



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Bildungsregionen in Bayern

Gemeinsamer Kongress von KPV Bayern und CSU-Arbeitskreis Schule, Bildung und Sport in Nürnberg

Bildung ist der Schlüssel zur Zukunft. In Bayern sollen die jungen Menschen auch in Zukunft mit einem passgenauen Bildungsangebot versorgt werden. Konzepte und Initiativen hierzu wurden in einer gemeinsamen Veranstaltung des CSU-Arbeitskreises Schule, Bildung und Sport (AKS) und der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV) in Nürnberg unter dem Motto „Bildungsregionen in Bayern“ vorgestellt.

„Das Thema der Bildungsregion ist sowohl für alle, die im Bildungsbereich tätig sind, als auch für die Vertreter der Kommunen vor Ort relevant. Deshalb haben wir uns entschlossen, einen gemeinsamen Kongress zu diesem Thema zu veranstalten“, betonten KPV-Landesvorsitzender Landrat Stefan Rößle und der Landtagsabgeordnete Georg Eisenreich, Landesvorsitzender des AKS, vor über 120 Gästen.

Stärkere Vernetzung

Über das Konzept der „Bildungsregionen in Bayern“ sprach Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle. Ende Mai hatte er gemeinsam mit dem oberbayerischen Regierungspräsidenten Christoph Hillenbrand und dem Präsidenten des Bayerischen Landkreistages, Landrat Dr. Jakob Kreidl, die Initiative gestartet, Landkreise und kreisfreie Städte des Freistaats zu „Bildungsregionen“ zu gestalten. Ziel ist es, durch die stärkere Vernetzung von Schulen, Kommunen, Wirtschaft und außerschulischen Organisationen die Bildungsqualität einer Region zu verbessern.

19 Landkreise und kreisfreie Städte aus allen Regierungsbezirken haben sich Spaenles Initiative mittlerweile zu Eigen gemacht. Im Mittelpunkt stehen ganzheitliche und nachhaltige Bildungsprozesse. Rund 20 weitere kreisfreie Städte und Landkreise haben ihr Interesse bekundet.

Der Minister freute sich über die große Resonanz. Mehr als ein Drittel der kreisfreien Städte und Landkreise Bayerns hätten in den

ersten vier Monaten bereits ihre Mitarbeit oder ihr Interesse bekundet. Mitinitiator ist das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen.

Fließende Übergänge

Inhaltlich stehen fünf Handlungsfelder bei der Gestaltung der Bildungsregionen im Mittelpunkt. Es geht darum,

1. Übergänge zwischen einzelnen Einrichtungen fließender zu gestalten, etwa von Kindergärten zu Schulen, von Schulen zu Unternehmen usw.
2. schulische und außerschulische Bildungsangebote zu vernetzen,
3. jungen Menschen in schwierigen Lebenssituationen zu helfen,

Landkreis Bayreuth:

Vielfalt und Visionen

Ausstellung im Haus der bayerischen Landkreise in München

Vor kurzem eröffneten der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Dr. Jakob Kreidl, Umweltstaatssekretärin Melanie Huml, MdL und der Bayreuther Landrat Hermann Hübner im Haus der bayerischen Landkreise in München die Ausstellung „Landkreis Bayreuth – Vielfalt, Visionen, neue Energien und fränkische Traditionen“. Die Imageausstellung ist bis Ende März 2013 zu besichtigen.

Der Landkreis Bayreuth wird unter fünf Gesichtspunkten präsentiert: 1. Kunst und Kultur: moderne Kunst in gelungener Symbiose mit Naturlandschaft, 2. Wirtschaft: „Hidden Champions“ – innovative Landkreistageunternehmen positionieren sich am Weltmarkt durch Nischenstrategien, 3. Energie/wandel: hin zu mehr regionaler Energieautonomie, 4. Erlebnisberg Ochsenkopf: neue Tourismuskonzeption mit Schwerpunkt auf junge, sportlich aktive Zielgruppen und 5. Bier: Gemeinde Aufseß mit der höchsten Brauereidichte der Welt als hohes touristisches Potential mit Brauereiwanderweg.

Lange Industrietradition und Naturräume vereint

Wie Landkreistagspräsident Kreidl erläuterte, vereint der oberfränkische Landkreis Bayreuth Mittelpunktslage, lange Industrietradition und landwirtschaftlich herausragende Naturräume. Als Wirtschaftsstandort mit langer Erfahrung in der Produktion bietet er eine hervorragende wirtschaftsnah Infrastruktur - Universität, hochkarätige Forschung - und



Bildungskongress in Nürnberg. Von links: KPV-Landesvorsitzender Stefan Rößle, Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle, der Vorsitzende des Bayerischen Volkshochschulverbands Karl Heinz Eisfeld und MdL Georg Eisenreich, Landesvorsitzender des AKS.

4. die Bürgergesellschaft zu stärken und dazu auch z. B. die Schulen und die Jugendarbeit enger zu verbinden und

5. den demografischen Wandel aktiv zu gestalten. KPV-Vorsitzender Stefan Rößle stellte einige in Donau-Ries entwickelte Bildungsprojekte der Initiative „Lernender Landkreis“ vor. Die Ernennung als Pilotregion fällt dort auf fruchtbaren Bo-

den: Erst 2011 wurde der „Lernende Landkreis“ initiiert. Seitdem wurde unter anderem das Technologie Centrum Westbayern in Zusammenarbeit mit der Hochschule Augsburg zu einem Hochschulzentrum entwickelt und ein schulisches Beratungszentrum in Harburg eingerichtet. Auch wurde ein Heimatbuch über den Landkreis für alle Grundschüler der

(Fortsetzung auf Seite 4)

beeinträchtigte, sei die Entwicklung der Sozialleistungen, monierte Kreidl. Der ständige Anstieg der Bezirks- und Kreisumlagesätze zur Finanzierung der Sozialausgaben führe bei den Gemeinden und Landkreisen zu enormen Investitionsverzichten. Die Folgen davon seien nicht nur an den Unterhaltungsrückständen bei Schulen, Einrichtungen und Straßen sowie an nicht realisierten Infrastrukturmaßnahmen abzulesen, sondern stellen auch eine Bürde für Handwerk, Mittelstand und Industrie, denen notwendige öffentliche Aufträge zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum fehlen, dar.

„Um die Investitionskraft der

(Fortsetzung auf Seite 4)



Gastgeber und Gäste bei der Ausstellungseröffnung – v. l.: Bayreuths Landrat Hermann Hübner, Gesundheitsstaatssekretärin Melanie Huml, Landkreistagspräsident Dr. Jakob Kreidl, Landtagsvizepräsident Peter Meyer und FDP-Fraktionsvorsitzender Thomas Hacker.

CSU-Parteitag in München:

Starkes Bayern, sichere Zukunft

Die Zukunft Europas, der Kampf gegen die Altersarmut und die Digitalisierung standen als „Megathemen der kommenden Jahre“ im Zentrum des CSU-Parteitags in der Messe München. Knapp 1.000 Parteitagdelegierte berieten über die dazu vorgelegten Leittrage des Parteivorstandes.

Einstimmig votierten die Delegierten nach einer Debatte um das „richtige Europa“ für den Leittrage. Darin fordert die CSU unter anderem Volksentscheide bei Fragen von besonderer Tragweite wie „erheblichen Finanzleistungen“ in der Euro-Krise. Geschaffen werden sollten Verfahren für das Ausscheiden eines Landes aus dem Euro und für eine Staatsinsolvenz. Verlangt wird außerdem, dass der Bundestag vor Abstimmungen über Hilfsanträge an den Rettungsschirm ESM ein Gutachten der Bundesbank zu den Auswirkungen auf das deutsche Haftungsrisiko einholen soll.

Lebensleistung honorieren

Der Leittrage gegen die Altersarmut mit dem Titel „Lebensleistung honorieren - Sicherheit im Alter“ wurde ebenfalls einstimmig verabschiedet. Geplant ist, die Erziehung von Kindern und Pflegeleistungen in der Familie stärker bei der Höhe der Altersbezüge zu berücksichtigen. Wörtlich heißt es: „Wer sein Leben lang gearbeitet und Vorsorge betrieben hat, muss im Alter angemessen abgesichert sein.“

Die Anerkennung der Kindererziehung hat höchste Priorität für die CSU. Bislang bekommen Mütter mit vor 1992 geborenen Kindern nur ein Kindererziehungsjahr gutgeschrieben. Diese Gerechtigkeitslücke will die CSU schließen. Darum sollen für zukünftige Rentnerinnen drei Kindererziehungsjahre pro Kind angerechnet werden, auch für vor 1992 geborene Kinder.

Außerdem verabschiedeten die Delegierten einstimmig einen Leittrage zum Thema Digitalisierung in Bayern. Mit einer Digitalisierungsmilliarde soll der Freistaat zu einer weltweit führenden Zukunftsregion im digitalen Zeitalter weiterentwickelt werden. Bis 2018 soll der Freistaat flächendeckend mit Hochgeschwindigkeitsinternet ausgestattet werden. Von 2012 bis 2014 seien dafür be-

reits 500 Millionen Euro zur Verfügung gestellt worden. Zudem sollen die Schulen modernisiert werden. Schüler sollten künftig unter anderem neben gebundenen Büchern Zugriff auf E-Books und digitale Schulbibliotheken haben.

Gleiche Lebensbedingungen

In seiner Grundsatzrede betonte CSU-Vorsitzender Horst Seehofer: „Es kann Bayern insgesamt nicht gut gehen, wenn es den bayerischen Kommunen nicht gut geht. Das ist unsere Motivation, den Kommunen unter die Arme zu greifen.“ Nur so sei das Ziel, nämlich gleiche Lebensbedingungen im Lande, realisierbar. Weiter sagte Seehofer: „Wir gebrauchen die Macht der Argumente, während der politische Gegner nur über Macht redet. Für uns steht Sach- und Überzeugungsarbeit an vorderster Stelle.“

Konkret bedeute dies, dass der Kommunale Finanzausgleich mit

(Fortsetzung auf Seite 4)



Dafür, dass es ein einzigartiges Experiment ist, wird Europa beileibe nicht schlecht gemanagt, meint die Vorzimmerperle. Trotz mancher Kritik ist ihre Freude darüber ungetrübt, dass die Europäische Union mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Bayern-SPD: Spitzenkandidat Ude nominiert	Seite 2
Bürokratieabbau: Auf dem Weg zum schlanken Staat	2
GZ-Kolumne Gabriele Bauer: Spielregeln für Bayerns Entwicklung	3
CDU/CSU im Bund: Starke Kommunen, starkes Land	3
Demographie: Resignation ist keine Lösung	3
Vertriebenenverband: Zentraler Tag der Heimat	4
GZ-Fachthemen: Kommunale Finanzthemen	5-9
Wasser - Abwasser	10-13
Aus den bayerischen Kommunen	13-16

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Regierungserklärung:

Justiz ist Eckpfeiler für Sicherheit und Freiheit

Opposition mahnt bessere Ausstattung an

Als Justiz, die sich den Herausforderungen der Zeit stellt und gewährleistet, dass Bürger und Unternehmer zügig zu ihrem Recht kommen, hat Justizministerin Beate Merk (CSU) in einer Regierungserklärung die Arbeit ihres Ressorts im Landtag aufgezeigt. Ihre neue Aufgabe als Verbraucherschutzministerin passe in das positive Bild des Ressorts als ein Eckpfeiler für Sicherheit und Freiheit und damit für ein starkes Bayern. Merk bekam für ihre Erklärung auch den bedingten Beifall der Opposition, die insbesondere den Personalmangel als Hemmnis und Ärgernis hervorhob.

Die Ministerin sprach aber auch von einem Spagat zwischen Sicherheit und Freiheit. Der Herausforderung durch extremistische Bedrohungen werde energisch entgegengewirkt. Im aktuellen Thema der Sicherungsverwahrung und der Entlassung daraus habe Bayern sofort mit der Umsetzung des letztjährigen Urteils des Bundesverfassungsgerichts begonnen. Die Resozialisierung gehöre zu den harten Anforderungen an die Strafrecht.

Zur personellen Ausstattung der Justiz verwies Merk auf 166 neue Stellen für Richter, Staatsanwälte, Rechtspfleger und Bewährungshelfer im Etat 2013/14.

Gutes Zeugnis - trotzdem Verbesserungsvorschläge

An diesem Punkt setzte die Kritik der Opposition ein. „Die Justiz ist gut, könnte aber noch besser sein“, konstatierte Franz Schindler (SPD). Auch Florian

Streibl (FW) und Christine Stahl (Grüne) waren dieser Meinung. 461 Richter und Staatsanwälte fehlten, etwa 180 Rechtspfleger sowie mindestens 50 Bewährungshelfer und viel zu wenig Mitarbeiter seien im mittleren Dienst. Mehr zu tun sei auch beim Datenschutz, beim zunehmenden Gebrauch von Handys und entsprechenden Download-Geräten.

Neue Button-Lösung bei Interneteinkäufen

Dazu verwies die Ministerin auf die neue „Button-Lösung“. Der Verbraucher könne sicher sein, nichts bezahlen zu müssen, wenn er nicht zuvor die Kostspflichtigkeit durch gesonderten Tastendruck bestätigt habe. Petra Guttenberger (CSU) bescheinigte der Ministerin gute Arbeit in der Verbindung von Recht und Verbraucherschutz. In gleichem Sinn äußerte sich Andreas Fischer (FDP), der indes nicht vergaß darauf hinzuweisen, dass seine Fraktion maßgeblichen Anteil an einer modernen Justiz geleistet und Wesentliches erreicht habe. **rm**

Kommunalwahl 2014:

Innenminister Herrmann schlägt den 16. März vor

Popularklage gegen Altersgrenze jetzt auch von den Freien Wählern

Innenminister Joachim Herrmann hat Sonntag, den 16. März 2014 als Termin für die nächsten allgemeinen Gemeinde- und Landkreiswahlen vorgeschlagen und die Kommunalen Spitzenverbände um Stellungnahme gebeten. Eine möglichst frühzeitige Entscheidung sei sinnvoll, da die Versammlungen der Parteien und Wählervereinigungen zur Aufstellung von Kandidaten bereits 15 Monate vor dem Monat des Wahltages stattfinden dürfen, also schon ab Dezember 2012.

Der 16. März sei am besten geeignet, hieß es in der Mitteilung des Ministers. Er liege nach den Faschingsferien und mit Blick auf erforderliche Stichwahlen auch weit genug vor den Osterferien. Die Popularklagen gegen die im neuen Wahlgesetz vorgesehenen Altersgrenzen für hauptamtliche (Ober-)Bürgermeister, Landräte und Bezirktagspräsidenten auf 65 und ab 2020 auf 67 Jahre bei Amtsantritt haben dabei keine Rolle gespielt, heißt es.

Diskriminierung

Nach dem SPD-Abgeordneten Peter Paul Gantzer hatte kurz vor dem Terminvorschlag des Innenministers auch die FW-Fraktion eine Popularklage beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof eingereicht. Sie fordert, die Altersgrenze generell abzuschaffen. Sie sei nicht mehr zeitgemäß und diskriminierend. Zudem verstoße sie gegen Grundrechte der Bayerischen Verfassung. So die Juristen Bernhard Pohl und Manfred Pointner, der bis 2008 Landrat in Freising war.

Besonders kurios sei, dass es für Abgeordnete und ehrenamtliche Bürgermeister ebenso wenig eine Altersgrenze gebe wie für den Ministerpräsidenten. Joachim Gauck sei mit 73 ein ausgezeichnete Bundespräsident. Auch der ehemalige Bürgermeister Joachim Hanisch wandte sich als kommunalpolitischer

Fraktionssprecher gegen die Altersgrenze. Schließlich seien die gewählten Bürgermeister und Landräte Wahl- und keine Laufbahnbeamten.

Zusätzliche Argumente

Die Freien Wähler haben sich mit ihrer Popularklage nicht der von Gantzer angeschlossen. Ihre Klage enthalte zusätzliche Argumente, erläuterten die drei Abgeordneten vor der Presse. Angesichts der Termine für Kandidatenaufstellung erwarten sie eine Entscheidung des Verfassungsgerichts bis Ende dieses Jahres. **rm**

SPD-Landesparteitag:

Spitzenkandidat Ude nominiert

Die SPD in Bayern hat auf ihrem Landesparteitag in Nürnberg Münchens Oberbürgermeister Christian Ude mit klarem Votum zu ihrem Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2013 gewählt. Sein Ziel: Ein sozial gerechteres Bayern und frischer Wind nach 56 Jahren CSU-Regierung.

„Ich bin seit 22 Jahren bei der Stadt München beschäftigt, habe dort immer nur befristete Verträge bekommen und bemühe mich jetzt um einen Bewährungsaufstieg beim Staat“, erklärte Ude in seiner Bewerbungsrede vor über 800 Delegierten und Gästen.

Ude setzt auf Verbesserungen statt radikaler Änderungen: „Bayern ist ein Land mit vielen Stärken, aber es ist kein Land im Gleichgewicht“, urteilte er über die Diskrepanz zwischen boomenden Städten und den von allmählicher Entvölkerung bedrohten Landkreisen im Norden und Osten Bayerns. Leere Versprechen will der Kandidat nicht abgeben. „Das ist mir das Allerwichtigste: Glaubwürdigkeit und Vertrauen da wieder herzustellen, wo sie beschädigt worden sind.“

Christian Ude streifte die gesamte Bandbreite bayerischer Politik, vom G8 bis zum umstrittenen Betreuungsgeld, von der Energiewende über Wirtschaftspolitik bis hin zu den Finanzen. Udes Versprechen: Unter seiner Führung werde Bayern ein Land auch für die auf der Schattenseite, für die Hartz-IV-Empfänger und die

Benachteiligten. Ein Land für alle. Dass er Soziales und wirtschaftlichen Erfolg bestens miteinander verknüpfen kann, habe er bereits in der Millionenstadt München gezeigt, so Ude. Nun sei er bereit für ganz Bayern. **□**

Deutscher Hospiztag

„Sterben darf nicht im Verborgenen stattfinden, sondern muss als Teil des Lebens begriffen werden! Todkranke Menschen und auch ihre Angehörigen brauchen für einen Abschied in Würde mitmenschliche Begleitung und Halt. Hospizarbeit ermöglicht dies. Sie ist einer der verdienstvollsten Bereiche des bürgerlich-familialen Engagements“, unterstrich Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer mit Blick auf den Deutschen Hospiztag.

„Viele ehrenamtliche Hospizhelferinnen und Helfer unterstützen Erkrankte und deren Familien auf dem Leidensweg. Sie leisten mit ihrem Engagement einen unschätzbaren wichtigen Dienst am Mitmenschen, sie leben zentrale gesellschaftliche Werte vorbildlich vor“, erklärte Haderthauer.

„Wenn ein Sterben zuhause nicht möglich ist, bieten stationäre Hospize eine optimale Rundumbetreuung, von der medizinischen Versorgung bis hin zur psychologischen Begleitung. Derzeit gibt es in Bayern bereits 14 stationäre Hospize mit insgesamt 142 Betten sowie das stationäre Kinderhospiz in Bad Grönenbach. Unser Ziel ist der bedarfsgerechte Ausbau in Bayern. Mein Haus unterstützt deshalb die Errichtung stationärer Hospize mit einer Anschubfinanzierung von 10.000 Euro pro Hospizbett.“ betonte Haderthauer.

In Würzburg erfolgte im August und in Pentling bei Regensburg im September diesen Jahres der Spatenstich für ein stationäres Hospiz mit jeweils 10 Betten. „Mit der Errichtung dieser Häuser, die wir mit jeweils 100.000 Euro aus Mitteln des Sozialfonds fördern, kommen wir unserem Ziel des bedarfsgerechten Ausbaus ein gutes Stück näher. Wir sind hier auf einem sehr guten Weg und werden diesen auch in Zukunft weiter beschreiten“, stellte die Ministerin abschließend fest. **□**

„Lex Schuierer“ bleibt in Kraft

Für die SPD ein „Relikt aus dem letzten Jahrhundert“

Die 1985 beschlossene Änderung des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes im Sinne eines Selbsteintrittsrechts des Staates anstelle nachgeordneter Behörden bleibt in Kraft. Die von der SPD beantragte Aufhebung dieser gesetzlichen Regelung wurde im Landtag abgelehnt. Koalitionsmehrheit und Freie Wähler waren der Meinung, der Eingriff in die unteren Verwaltungsbereiche sei zwar nur einmal nötig gewesen, solle jedoch prophylaktisch möglich bleiben.

Die „Lex Schuierer“ war von der allein regierenden CSU beschlossen worden, nachdem sich der Schwandorfer Landrat Hans Schuierer (SPD) 1984 geweigert hatte, bau- und wasserrechtliche Genehmigungen für die im Bau befindliche atomare Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Wackersdorf zu erteilen. Am 1. Oktober 1985 trat die Gesetzesänderung in Kraft und das Innenministerium unter Leitung von Dr. Karl Hillermeier machte alsbald davon Gebrauch. Anstelle des Schwandorfer Landrats erteilte die Regierung der Oberpfalz die Genehmigungen. Die WAA scheiterte dann nicht zuletzt am landesweiten Widerstand, aber auch an wirtschaftlichen Bedenken.

Respekt vor direkt gewählten Landräten

Es sei an der Zeit, erklärte Rechtsausschussvorsitzender Franz Schindler (SPD), „dieses völlig überflüssige und nur zu einem Zweck geschaffene Gesetz wieder aufzuheben“. Dies schon aus Respekt vor der besonderen Rolle der direkt gewählten Landräte als kommunale Wahl- und nicht Laufbahnbeamten. Ohnehin

könnten die Aufsichtsbehörden disziplinarisch einschreiten, wenn ein Behördenleiter dienstlichen

FW-Landesmitgliederversammlung in Roth:

Kommunale Kernthemen

Ganz im Zeichen der bevorstehenden Kommunal, Bezirks-, Landtags- und Bundestagswahlen stand die Landesmitgliederversammlung der Freien Wähler im mittelfränkischen Roth. „Nur starke Kommunen machen ein starkes Land, und nur Bürger, die ernst genommen werden, stützen unsere Gesellschaft!“, hob der wiedergewählte Vorsitzende der Freien Wähler Hubert Aiwanger hervor. Mit großer Zustimmung wurde er auch zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2013 gekürt.

Eine Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen und eine Orientierung der Politik an der Mehrheitsmeinung der Bevölkerung sei Wegweiser der Politik der Freien Wähler, betonte Aiwanger: „Unsere Kommunen sind systemrelevant, und wer über Nacht Milliarden aufspannt, um dem kriselnden Finanzsektor zu helfen, der muss auch die Finanzengpässe der Kommunen ernst nehmen! Und wer täglich leere Versprechungen abgibt, sich für Volksabstimmungen zu europapolitischen Themen einsetzen zu wollen, sollte erst mal das Votum der Bürger gegen die dritte Startbahn

Auflagen nicht nachkommt.

SPD weiter für Aufhebung

Mit der jetzigen Ablehnung, die Lex Schuierer aufzuheben, will sich Schindler nicht zufrieden geben. „Wir werden versuchen, dieses Relikt aus dem letzten Jahrhundert mit einer anderen Landtagsmehrheit abzuschaffen.“ **rm**

ebenso im Fokus wie die Stärkung des Ehrenamts und des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft sowie Erhalt und Ausbau der Infrastruktur - siehe Breitbandausbau.

Gegen Donau-Ausbau

Zugleich sprechen sich die Freien Wähler in ihrem Wahlprogramm für eine „Euro-Rettungspolitik in verantwortungsvoller Weise“ aus. Eine dritte Startbahn am Münchner Flughafen und den umstrittenen Donau-Ausbau zwischen Straubing und Vilshofen lehnen sie dagegen klar ab. **DK**

Keine Überraschungen

Mit Blick auf den bevorstehenden Wahlkampf sagte der frisch gebackene Spitzenkandidat: „Größere Überraschungen wird es bei uns nicht geben.“ Die Positionen der Freien Wähler in allen politischen Bereichen seien seit Jahren unverändert.

Bei der Versammlung in Roth legten die Freien Wähler zugleich die Kernthemen für das Landeswahlprogramm fest. Darin fordern sie unter anderem eine bessere Finanzausstattung der Kommunen und eine solide Finanzpolitik auf allen Ebenen, zudem gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilen Bayerns, die Stärkung des ländlichen Raums und der Regionen, eine bessere Bildungspolitik mit kleineren Klassen und mehr Lehrern, die Optimierung der Kinderbetreuungseinrichtungen sowie die Abschaffung der Studiengebühren, eine Energiewende mit größtmöglicher Wertschöpfung vor Ort und Einbeziehung der Bürger sowie wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen, die Stärkung von bäuerlicher Landwirtschaft, Mittelstand, Handwerk und Tourismus.

Darüber hinaus plädieren die FW für den Erhalt einer flächendeckenden Haus- und Facharztversorgung und kommunaler Kliniken, den fairen Umgang mit dem öffentlichen Dienst, die Stärkung des ÖPNV und die Sanierung der Staatsstraßen. Die Sicherstellung einer menschenwürdigen Altenbetreuung steht

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Herbert Rabus
87760 Lachen
am 2.11.

Bürgermeister
Lorenz Enlein
92715 Püchersreuth
am 2.11.

Bürgermeister Hans Klug
63762 Großostheim
am 4.11.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bernd Klein
63925 Laudonbach
am 2.11.

Bürgermeister
Karl Fleschhut
87787 Wolfertschwenden
am 4.11.

Bürgermeister Emil Sebald
97633 Großleibstadt
am 7.11.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Erwin Baumgartner
84494 Neumarkt - St. Veit
am 6.11.

Bürgermeister Helmut Weiß
91619 Oberzenn
am 9.11.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Irmgard Sauerer
93179 Brennbach
am 4.11.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Heinz Grundner
84405 Dorfen
am 1.11.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Tagung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Berlin:

Starke Kommunen, starkes Land

Im Regierungsprogramm hatten CDU/CSU angekündigt, die Kommunal Finanzen auf ein solideres Fundament zu stellen, die Kommunen stärker in politische Entscheidungsprozesse einzubeziehen und den Städten, Gemeinden und Landkreisen wieder echte Handlungsspielräume zu eröffnen. Mit dem Kongress „Starke Kommunen – starkes Land“ zog die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Bilanz und ging gemeinsam mit Wissenschaftlern, Experten aus der Bundes- und Landespolitik und kommunalen Vertretern der Frage nach, wo weiterer Handlungsbedarf besteht und wo sich angesichts der finanziellen Rahmenbedingungen und demographischen Herausforderungen wieder echte Handlungsspielräume eröffnen.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder hob eingangs hervor, dass die Zukunftsfähigkeit Deutschlands sich in den Kommunen entscheide. Er bedauerte, dass durch die Föderalismusreform „die Nabelschnur zwischen Bund und Kommunen“ gekappt wurde. Das wirke sich unter anderem in der Bildungspolitik negativ aus.

Gute Fortschritte

Gerda Hasselfeldt, Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und Erste Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion verwies ebenso wie ihre Fraktionskollegen auf eine Reihe von Erfolgen der christlich-liberalen Regierungskoalition bei der Unterstützung der Kommunen, etwa mit der Kostenübernahme bei der Altersgrundsicherung und bei der Erwerbsminderung durch den Bund, die Einführung einer Schuldenbremse in den Ländern und die Erhöhung der Finanzmittel für den Ausbau der Kinderbetreuung. Außerdem gebe es gute Fortschritte beim Breitbandausbau, der besonders für die ländlichen Regionen von großer Bedeutung ist. Mit der Übernahme der Nettoausgaben der Grundsicherung im Alter und bei der Erwerbsminderung entlaste der Bund die Kommunen im Zeitraum 2012 bis 2016 voraussichtlich um ca. 20 Mrd. Euro. Dabei handle es sich um die wohl größte Kommunalentlastung in der Geschichte der Bundesrepublik.

Hasselfeldt hob auch die Bedeutung eines intensiven Dialogs zwischen Bund, Ländern und Kommunen hervor: „Wir dürfen nicht nur die finanzielle Seite im Blick haben, sondern müssen auch schauen, wo strukturelle Anpassungen erforderlich sind.“

Reform des Sozialstaats gefordert

Eine grundlegende Reform des Sozialstaats forderte der Erste Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, der Bautzener Oberbürgermeister Christian Schramm. „Unser Sozialsystem als größter Ausgabenposten gehört auf den Prüfstand. Eine unabhängige Kommission muss das Sozialdickicht durchforsten“, erklärte Schramm und verwies darauf, dass es dabei vorrangig nicht um Leistungskürzungen gehe, sondern um die Frage, wie das Sozialsystem zukunftsfest gemacht werden könne. Die Sozialausgaben in den Kommunen seien inzwischen auf jährlich über 45 Milliarden Euro angestiegen. Trotz besserer Konjunktur setze sich dieser Anstieg weiter fort.

Schramm sprach sich zudem für mehr interkommunale Zusammenarbeit aus. Der Bund dürfe dabei aber nicht die Rahmenbedingungen verschlechtern, wie gerade jüngst durch eine Entscheidung des Bundesfinanzhofes in Sachen Steuerpflicht geschehen. Zudem plädierte der OB für einen massiven Ausbau der Breitbandnetze im ländlichen

Raum. Gerade für medizinische Versorgung sei diese neue Infrastruktur unerlässlich.

Der Hamburger Zukunftswissenschaftler Prof. Dr. Horst W. Opaschowski wartete mit einigen „sich bereits heute abzeichnenden Zukunftsperspektiven“ auf:

1. Weitsicht als Zukunftspflicht: Die Politik muss mehr Zukunft wagen
2. Wachstum neu denken: An die Mär vom Immer-Mehr glaubt niemand mehr
3. Das BIP ist kein Fortschrittsindikator mehr: NAWID, der Nationale Wohlstandsindex für Deutschland, misst Wohlstand neu
4. Die Deutschen gehen auf Nummer Sicher: Sicherheit wird wichtiger als Freiheit
5. Vom Wohlleben zum Wohlergehen. Es geht um Leib und Leben – und nicht um Glücksgefühle
6. Besser leben! Die nachhaltige Wachstumsagenda für Deutschland
7. Wahlverwandtschaften und soziale Konvois: Wohn- und Lebenskonzepte der Zukunft

Opaschowski zufolge verändert ein erweitertes Familienverständnis die Wohnwünsche. Gefragt seien in Zukunft vor allem generationsübergreifende Wohnkonzepte: Baugemeinschaften und Wohngenossenschaften. Bei den neuen Wohnkonzepten gehe es auch um Alternativen zu den

traditionellen Altersheimen. In der künftigen Gesellschaft des langen Lebens werde wie in früheren Jahrhunderten der Gedanke des „ganzen Hauses“ wieder aufleben, weil die Menschen mehr aufeinander angewiesen sind und sich auch mehr selber helfen müssen. „Die Genossenschaftsidee kommt wieder“, zeigte sich der Publizist und Berater für Wirtschaft und Politik überzeugt.

Gleichzeitig werde der Familienbegriff um den Gedanken des „ganzen Hauses“ erweitert. Hier hätten nicht nur natürliche Familienmitglieder Platz. Auch Enkel-, Kinder- und Familienlose würden wie durch Adoption in die Hausgemeinschaft aufgenommen. „Der Gedanke der Wahlfamilie und Wahlverwandtschaft erlebt eine Renaissance.“

Stadt der Zukunft

Opaschowski: „Nicht Ufos, Lufttaxi oder rollende Bürgersteige werden das Gesicht der Stadt der Zukunft prägen, sondern Singles und Senioren, Baugemeinschaften und Mehrgenerationenhäuser sowie Helferbörsen in jedem Stadtteil. Die radikale Trennung von Arbeiten, Wohnen und Erholen wird tendenziell aufgehoben. Pendler kehren in die Stadt und Tante-Emma-Läden in die Wohnquartiere zurück, weil sich das Einkaufsverhalten in der älter werdenden Stadtgesellschaft verändert und die Menschen mehr in Wohnungsnähe als auf der grünen Wiese einkaufen wollen. Quartiermanager bieten Concierge-, Einkaufs- und Begleitservices an. Und für Baugemeinschaften gibt es Gästezimmer, Gemeinschaftsräume und Innenhöfe, die alle nutzen können.“

Nach der Prognose des Wissenschaftlers werden viele Menschen noch bis 70 arbeiten müssen und

Fachtagung in Hof zum demographischen Wandel:

Resignation ist keine Lösung

Trotz des starken Rückgangs der Einwohnerzahlen wollen die Kommunen in Oberfranken nicht in Resignation verfallen, wurde auf einer Tagung des Bayerischen Innenministeriums und des Vereins „Oberfranken Offensiv“ zum demographischen Wandel in Hof deutlich. „Hof verliert massiv Einwohner, das bedeutet natürlich auch Rückbau“, räumte der Hofer Oberbürgermeister Harald Fichtner ein, betonte aber auch dass der Veranstaltungsort - die für rund 36 Millionen Euro sanierte Freiheitshalle - ein gutes Beispiel dafür sei, dass man die Stadt weiterhin attraktiv halten wolle.

Prognosen zufolge werden 2028 in Hof nur noch knapp über 40.000 Menschen leben. Coburgs Landrat Michael Busch zufolge müssen Politik und Bewohner nun gemeinsam aktiv werden: „Die Bürger merken es doch, wenn der letzte Laden schließt, wenn der letzte Arzt in Rente geht. Sie haben Offenheit verdient.“

Großes Potenzial

Wissenschaftlerin Gabi Troeger-Weiß von der TU Kaiserslautern erkannte in den Hochschulen und Universitäten Oberfrankens noch großes Potenzial. Es gebe viel zu wenig außeruniversitäre Forschungseinrichtungen wie Fraunhofer-Institute oder Niederlassungen der Max-Planck-Gesellschaft. Diese böten Jobs nicht nur für Wissenschaftler, sondern beispielsweise auch für Verwaltungspersonal, meinte die Professorin. Hier habe Oberfranken Nachholbedarf. Das Land Rheinland-Pfalz habe beispielsweise im Umfeld der TU Kaiserslautern Anschubfi-

nanzierungen für die Ansiedlung von Forschungsorganisationen geleistet.

Beispielländer

Die Wissenschaftlerin wies auch darauf hin, dass in einer Region, in der die Einwohnerzahl sinkt und das Durchschnittsalter steigt, nicht jede Gemeinde ihren eigenen Kindergarten oder ihre eigene Schule benötige. Immobilien verlören an Wert. Doch fand die Expertin für Regionalentwicklung und Raumordnung auch hoffnungsvolle Worte für die nach Hof gereisten Kommunalpolitiker und Wirtschaftsvertreter. Am Beispiel Skandinavien zeigte Troeger-Weiß auf, dass Schulwesen und medizinische Versorgung sehr gut funktionieren, obwohl die Länder extrem dünn besiedelt sind.

Auch forderte die Wissenschaftlerin Politiker von Land, Bund und EU dazu auf, sich verstärkt um ländliche Regionen zu kümmern: „Das Land braucht eine stärkere Lobby.“ Aber die ländlichen Regionen Oberfran-



Kolumne
Gabriele Bauer

Liebe Leserinnen und Leser,

ein beliebtes Bonmot sagt: „Die Landesplanung ersetzt den Zufall durch den Irrtum.“ Unbestritten, der Spagat zwischen längerfristig angelegten raumwirksamen Planungen und den oft kurzfristigen erratischen Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft ist nicht einfach. Ein Irrtum wäre es jedoch nur, wenn es die Spielregeln der Landesplanung nicht gäbe. Denn diese Spielregeln sind für eine geordnete räumliche Entwicklung in Bayern unverzichtbar.

Das Leitziel auch des neuen Landesentwicklungsprogramms Bayern (LEP) ist es, gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen zu schaffen.

Spielregeln für Bayerns Entwicklung

Als Oberbürgermeisterin der Stadt Rosenheim begrüße ich in diesem Zusammenhang die Beibehaltung des Zentrale-Orte-Systems ausdrücklich. Zentrale Orte wie das Oberzentrum Rosenheim sind der Motor der Entwicklung Bayerns. Nur durch die sinnvolle Verteilung zentralörtlicher Einrichtungen können wir die flächendeckende Daseinsvorsorge sicherstellen. Einer weiteren Zunahme an Zentralen Orten muss jedoch aus meiner Sicht entgegen gewirkt werden.

Wenn kleineren Orten zunehmend zentralörtliche Aufgaben übertragen werden, wird das letztendlich nicht zu einer Verbesserung des Angebotes vor Ort, sondern zu einer Schwächung der bisherigen Zentralen Orte insgesamt führen. Meiner Meinung nach würde dadurch auch die über Jahrzehnte hinweg erfolgreich und mit viel Geld geförderte Aufwertung unserer Ortskerne, Marktplätze und Innenstädte ad absurdum geführt. In

Rosenheim wurden seit Mitte der 1970er Jahre insgesamt rund 30 Millionen Euro in die Sanierung und Modernisierung unserer Innenstadt investiert. Es käme einer beträchtlichen Entwertung dieser in erheblichem Maße auch durch öffentliche Gelder geförderten Maßnahme gleich, wenn künftig große Nahversorgungseinrichtungen z. B. an verkehrsgünstig gelegenen Orten auf dem flachen Land angesiedelt werden könnten.

Aus guten Gründen stärkt der Entwurf des neuen Landesentwicklungsprogramms das Anbindungsgebot, das eine kompakte Siedlungsstruktur und den Vorrang der Innenentwicklung vor der Außenentwicklung fordert. Das Anbindungsangebot sichert eine Stadt der kurzen Wege, in der alle Versorgungseinrichtungen problemlos zu erreichen sind, in der der ÖPNV wirtschaftlich betrieben und der Individualverkehr reduziert werden kann. Mit Blick auf die demographische Entwicklung und die Energiewende kommt diesen Punkten eminente Bedeutung zu.

Die wohl größte Herausforderung steht uns jedoch bei der Bewältigung der Energiewende bevor. Leider behandelt der Reformentwurf der Landesplanung die Belange der Energiewende nur oberflächlich. Wie bisher fehlt ein Gesamtkonzept, das alle Verantwortlichen benennt und alle raumordnerisch relevanten Eckpunkte in das neue LEP integriert. Es fehlen klare Ziele zum Nutzungsvorrang regenerativer Energien genauso wie detaillierte Aussagen zur dezentralen Energieversorgung.

Es müssen also noch etliche Stellschrauben neu justiert werden. Doch die Arbeit lohnt. Denn ein LEP, das die richtigen Spielregeln für die zukünftige Entwicklung Bayerns, seiner Städte und Gemeinden sowie seiner ländlichen Räume vorgibt, ist für die auch weiterhin geordnete Entwicklung unseres Landes und seiner Kulturlandschaft unverzichtbar.

Ihre Gabriele Bauer

arbeiten wollen, aber auch Hilfeleistungen auf Gegenseitigkeit anbieten und beanspruchen. Weil sie immer älter werden, werde es – wider Erwarten – weniger Altersheime geben. Denn die Menschen bauten mehr als bisher auf familiäre und nachbarschaftliche Unterstützung. **DK**

schöpft werden. Herrmann: „Dies kommt auch der ‚Stadt der kurzen Wege‘, die in Zeiten des demographischen Wandels von besonderer Bedeutung ist, zu gute.“

„Die demografischen Umbrüche zwingen uns in vielen Bereichen zum Umdenken“, fuhr Herrmann fort. Ein gutes Beispiel, diesen Entwicklungen gegenzusteuern, seien neue Formen der interkommunalen Zusammenarbeit. Damit könne die kommunale Handlungsfähigkeit erheblich gesteigert werden. Dies biete sich beispielsweise bei der Grundversorgung, technischen Infrastrukturen oder alternativen Energieformen an. „Wir fördern solche Kooperationen durch Beratung und finanzielle Hilfen“, stellte der Minister fest.

Enge Kooperation

Die Fachtagung fand in enger Kooperation mit dem Verein Oberfranken Offensiv e.V. statt. Unter dem Vorsitz von Umweltschutzsekretärin Melanie Huml und dem oberfränkischen Regierungspräsidenten Wilhelm Wen-

ning konnte sich durch den Verein eine Kooperation von inzwischen über 300 Mitgliedern etablieren. Kommunen, Verbände, Initiativen, Unternehmen und engagierte Privatpersonen aus Oberfranken ziehen hier an einem Strang, um die gesellschaftlichen Veränderungen in den Griff zu bekommen. „Der Verein ist ein gutes Beispiel, wie Kräfte gebündelt, Identität gestiftet und Attraktivität nach außen transportiert werden kann“, fasste Herrmann das Engagement von Oberfranken Offensiv zusammen.

Im Freistaat Bayern wird die Bevölkerung noch bis zum Jahr 2020 wachsen. Schon jetzt ist aber die Entwicklung in den Regierungsbezirken, Landkreisen und Gemeinden höchst unterschiedlich. Für Oberfranken wird für den Zeitraum 2010 bis 2030 ein Bevölkerungsrückgang um 10,2 Prozent prognostiziert. Die Zahl der unter 18-Jährigen wird um 24,0 Prozent, die der 18- bis unter 65-Jährigen um 19,6 Prozent zurückgehen. Dagegen wird die Zahl der 65-Jährigen oder Älteren um 28,5 Prozent zunehmen. **DK**

Feuerwehr- und Hilfsorganisationen-Ehrenzeichen

Der Ministerrat hat den Entwurf eines Feuerwehr- und Hilfsorganisationen-Ehrenzeichengesetzes beschlossen. So sollen alle im Katastrophenschutz tätigen Organisationen bei staatlichen Ehrungen gleichgestellt werden.

Erweiterung

Dazu Bayerns Innenminister Joachim Herrmann: „Von den rund 470.000 Einsatzkräften der nicht polizeilichen Gefahrenabwehr sind in Bayern 450.000 ehrenamtlich in Feuerwehren, Hilfsorganisationen und im technischen Hilfswerk engagiert. Das ist der eindrucksvolle Beleg dafür: Das Ehrenamt ist ein starker Pfeiler unserer Gefahrenabwehr. Wir wollen dieses ehrenamtliche Engagement der vielen Helferinnen und Helfer auch gleichermaßen würdigen.“

Bisher werden im Freistaat Bayern Ehrenzeichen für langjährige Dienstzeiten und besondere Verdienste den Mitgliedern der Feuerwehren und des Roten Kreuzes verliehen. Der jetzt beschlossene Gesetzentwurf erweitert diese Möglichkeit: Künftig soll das Ehrenzeichen an alle katastrophenhilfspflichtigen, im Rettungsdienst mitwirkenden freiwilligen Hilfsorganisationen verliehen werden können. **□**

Bund der Vertriebenen in Bayern:

Zentraler „Tag der Heimat“

Gundelfingen - Mit starkem Beifall wurden die Hauptredner bei der Kundgebung zum zentralen Festakt des Bundes der Vertriebenen in Bayern anlässlich des „Tages der Heimat“ in Gundelfingen gefeiert. Mit Nachdruck forderten die Bayerische Justizministerin Dr. Beate Merk und der Vorsitzende des BdV in Bayern, Landrat Christian Knauer (Aichach-Friedberg) eine an Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit ausgerichtete Zukunftsgestaltung in Europa. Dies gelte auch für Deutschland und die Vertriebenen mit ihren Nachfahren.

Merk, die die erkrankte Ministerkollegin Christine Haderthauer vertrat, erklärte die dringende Notwendigkeit eines eigenen Gedenktages an die Vertreibung. Knauer betonte die Forderung, das Thema „Vertreibung und Entrechtung von 17 bis 18 Millionen Deutschen“ in den Geschichtsunterricht der Schulen aufzunehmen. Veranstaltungen zum „Tag der Heimat“ sei-

en notwendiger denn je und hochaktuell. Als vorbildlich herausgestellt wurde der Einsatz der Bayerischen Staatsregierung mit Ministerpräsident Horst Seehofer für die Vertriebenen von allen Rednern, darunter der Bezirksvorsitzende des BdV Schwaben, MdL Reinhard Pachner (Friedberg) und Bürgermeister Franz Kukla, Gundelfingen. **Text und Bild: jdt**



Hervorragende Steuermänner des glanzvollen bayernweit zentralen „Tages der Heimat“ in Gundelfingen waren Landrat Christian Knauer (2. von links), Felix Vogt-Gruber, Vorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Schwaben (Mitte) und der Geschäftsführer des BdV in Bayern, Walter Föllmer aus Friedberg (rechts), im Bild mit zwei schlesischen Trachtlerinnen und dem Vorsitzenden von „Rübezahls Zwergen“ aus München, Siegfried Lange (links). Hochgehalten wird in der Mitte ein von Redakteur Andreas Schmidt aus Friedberg in jahrelanger Arbeit hergestelltes Modell der berühmten Marienburg aus Westpreußen.

Starkes Bayern...

(Fortsetzung von Seite 1)

7,7 Mrd. Euro auf Rekordniveau bleibt. Zudem habe seine Partei den Erhalt der Gewerbesteuer gegen manchen Widerstand in Berlin durchgesetzt. „Besonders stolz“ ist Seehofer darauf, „dass die Grundversicherung im Alter und für Erwerbsunfähige nicht wie von Schröder und Fischer eingeführt, von den Kommunen, sondern nunmehr wieder vom Bund finanziert wird“. Seehofer: „Kommunen sind keine Rentenversicherungsträger. Hier haben wir eine Milliarden-Entlastung erreicht!“

Darüber hinaus wurde eine „gesellschaftliche Schiefelage korrigiert“. So ist die Eingliederungshilfe für Behinderte künftig nicht mehr der Fürsorge der Sozialhilfe zugeordnet, sondern soll durch ein Bundesleistungsgesetz geregelt werden. Auch diese Maßnahme werde die Kommunen entlasten, versprach der CSU-Chef.

Kommunale Anliegen fanden sich auch in einer Reihe von Anträgen an den Parteitag wieder. Einstimmig beschlossen wurde u. a. ein Antrag der Delegierten Manfred Weber, MdEP (Vorsitzender Zukunftskommission), Landrat Matthias Dießl (Fürth) sowie Stefan Rößle (Landrat Donau-Ries und KPV-Landesvorsitzender). Darin fordert die CSU die Bayerische Staatsregierung dazu auf, in der nächsten Legislaturperiode geeignete Rahmenbedingungen für die Effizienzsteigerung in der kommunalen Selbstverwaltung zu schaffen. Realisiert werden soll dies insbesondere durch eine Verstärkung und Erleichterung interkommunaler Zusammenarbeit, einem Anreizsystem für freiwillige Gemeindefusionen (innerhalb von Gebietskörperschaften oder auch dieser selbst) sowie kommunalen Allianzen zu bestimmten Aufgabenfeldern.

Zur Begründung heißt es: „Im Zuge des europäischen Einigungsprozesses nehmen die Aufgaben der Kommunen und Gebietskörperschaften im Verhältnis zu Bund und Ländern immer stärker zu. Diese umfangreiche Aufgabenerfüllung treibt viele Kommunen und Gebietskörperschaften an den Rand Ihrer Leistungsfähigkeit. Staatlich verordnete Gebietsreformen sind hier keine Lösung, weil sie bei den Bürgerinnen und Bürgern in der Regel keine Akzeptanz finden. Vielmehr sollte es den Kommunen, Landkreisen und kreisfreien Städten ermöglicht werden, freiwillig zusammenzuarbeiten oder sogar zu fusionieren. Nicht immer muss eine größere Einheit besser sein. Dort, wo eine größere Einheit aber Sinn macht, sollten die Betroffenen selbst entscheiden können und entsprechende Anreize oder Unterstützung erhalten.“

Zugestimmt wurde auch dem Antrag des CSU-Bezirksverbands Schwaben „Den ländlichen Raum stärken - Bayern als Ganzes voranbringen“. Wörtlich heißt es darin: „Gerade weil im internationalen Wettbewerb auch in und für Bayern Metropolen nötig sind, müssen wir sie funktions- und leistungsfähig erhalten und dafür sorgen, dass alles, was nicht zwingend dort sein muss, in anderen Landesteilen bleibt oder wieder dorthin zurückkehrt. Dabei hilft gerade die moderne Informationstechnologie und Logistik. Dazu brauchen wir eine Strukturpolitik, die das ganze Land im Auge hat und dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse verpflichtet ist, eine Regionalplanung, die das Prinzip der Subsidiarität wahr und Entwicklungen auf der jeweils niedrigsten möglichen Stufe vorsieht, eine Wirtschaftsförderung, die Cluster und Leuchtturmprojekte abseits der Zentren unterstützt und die Schaffung von Arbeitsplätzen dort stärker fördert sowie einen Finanzausgleich, der eine Teilha-

be des ländlichen Raums an den überproportionalen Vorteilen der Zentren und an der Förderung dortiger Großprojekte sicherstellt.“

Der ländliche Raum müsse seine Chancen in Abgrenzung und Ergänzung zu den Metropolen nutzen und sich dazwischen positionieren. Die internationale Anziehungskraft der großen Metropolen sei eine Tatsache, auf die der ländliche Raum nicht neidisch schauen darf, sondern die er für sich nutzen muss. „Er muss sich eigenständig positionieren und seine Vorteile im Verbund hervorheben.“ Und weiter: „Das Wachstum in den Metropolen ist auch eine Chance für den ländlichen Raum. Um sie zu nutzen, muss er ein eigenes Profil entwickeln... Dazu ist ein Bündel von Maßnahmen im Zusammenwirken von Staat und kommunaler Ebene nötig.“

Zu diesen Maßnahmen zählen unter anderem ein bedarfsgerechtes Angebot an Kindergarten und Krippenplätzen mit einem ausreichenden Personalschlüssel, ein vermehrtes Angebot beim Krippen- und Kindergartenausbau mit flexiblen Betreuungszeiten (Nachmittags-, Abend-, Ferienbetreuung), der Ausbau des Angebots an Tagesmüttern, die Ausgestaltung von Kindergärten zu sog. Familienzentren, die Bildung von Koordinierungsstellen „Beruf und Familie“ in den Landkreisen, selbständiges Wohnen im Alter durch Mehrgenerationenhäuser und Wohnraumanpassung der eigenen vier Wände und die Sicherstellung des alltäglichen Bedarfs, in dem Dienstleistungen zum Nachfrager kommen, z. B. rollender Dorfläden, Alltagshilfen, Arztemobil.

Nutzung des Wertschöpfungspotentials

Für die Menschen im ländlichen Raum sei ein ausreichendes Angebot an attraktiven Arbeitsplätzen in Handwerk, Handel, Industrie und Dienstleistung genauso Voraussetzung wie hochwertige Angebote zur Aus- und Weiterbildung. Deshalb würden eine verstärkte Förderung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in der Region, verbesserte Aus- und Weiterbildungsangebote und die Nutzung des Wertschöpfungspotentials in Land- und Forstwirtschaft benötigt.

Bei vielen, die „Lebensqualität“ bestimmenden Faktoren, verfüge der ländliche Raum über Vorteile, wie z. B. beim Preisniveau für Wohnen und Leben, im Umweltbereich, beim sozialen Umfeld. In anderen Bereichen müsse der ländliche Raum aber das Angebot verbessern, um als Wohnort attraktiv zu bleiben. „Dazu brauchen wir eine Verbesserung der Standortqualität als Imagefaktor und die Sicherstellung der Sozial- und Gesundheitsinfrastruktur.“

„Der ländliche Raum ist durch die Weite der Flächen gekennzeichnet und braucht die Verbindung in die Zentren“, so der Antrag. Dies erfordere eine entsprechende Vernetzung des ländlichen Raums intern und mit den Metropolen für Personen, Waren, Daten und Energie. „Dazu brauchen wir einen bedarfsgerechten, attraktiven öffentlichen Nahverkehr, ein leistungsfähiges Straßennetz und ein leistungsstarkes Netz für Daten und Energie.“ Die Umsetzung dieser Maßnahmen erfordere auch eine verstärkte finanzielle Förderung. Nötig sei eine Neujustierung der Aufgaben und Ausgaben zwischen den Metropolen und dem ländlichen Raum in der Erkenntnis, „dass nur ein starker ländlicher Raum Bayern insgesamt voranbringt – freilich nicht als Konkurrenz zu den Zentren, sondern als notwendige Ergänzung.“ **DK**

Bund-Länder-Streit über Krippenausbau

Vor dem Hintergrund der aktuellen Meinungsverschiedenheiten zwischen Bund und Ländern zum weiteren Ausbau der Betreuungseinrichtungen für unter dreijährige Kinder hat sich der Deutsche Landkreistag für eine zügige Lösung der bestehenden Probleme ausgesprochen.

Präsident Landrat Hans Jörg Duppré begrüßte nachdrücklich, dass der Bund im Rahmen des Fiskalpakts-Gesetzes den Kommunen über die Länder ca. 580 Mio. € zusätzlich zur Verfügung stelle, um das Ausbauziel bei der Krippenbetreuung zu erreichen. „Dadurch

wird die Finanzierungspflicht der Länder gemindert, die gegenüber den Kommunen die Mehrausgaben im Zusammenhang mit dem Krippenausbau zu tragen haben. Deshalb haben die Landkreise ein großes Interesse daran, dass dieses zusätzliche Geld schnellstmöglich

Umwelttag der seelischen Gesundheit

Als alarmierend bezeichnete der Präsident des Verbandes der bayerischen Bezirke, Manfred Hölzlein, den Anstieg psychischer Störungen bei Kindern und Jugendlichen. Aus Anlass des Welttages der seelischen Gesundheit nannte Hölzlein besorgniserregende Zahlen.

Nach einer groß angelegten Studie leide knapp jedes zehnte Kind unter einer psychischen Störung. Bayernweit seien das über 220.000 Kinder und Jugendliche. Rund die Hälfte davon seien akut behandlungsbedürftig. Zudem steige die Zahl von Kindern und Jugendlichen mit Verhaltensauffälligkeiten und Suchtproblemen.

Nach den Worten Hölzleins sind die Ursachen für diese Entwicklung vielfältig. Eine wichtige Rolle komme, so seine Einschätzung, insbesondere den Familien zu – und dies sowohl als Risiko – wie auch als Schutzfaktor. Familien könnten die Widerstandskraft eines Kindes gegen psychische Störungen entscheidend stärken und dem Kind wichtigen Halt geben. Umgekehrt aber seien schwere Konflikte im Elternhaus, übertriebene Erwartungshaltungen und Leistungsdruck durch die Eltern ebenso wie Vernachlässigung, Überforderung von Alleinerziehenden, psychische Erkrankungen eines Elternteils schwerwiegende Risikofaktoren für die seelische Gesundheit von Kindern. Hölzlein: „Eltern, Familien und Gesellschaft sind gefordert, jedes Kind mit seinen Stärken und Fähigkeiten zu akzeptieren und zu fördern!“

Wie Hölzlein weiter ausführte, haben die bayerischen Bezirke in den letzten zehn Jahren große Anstrengungen unternommen, um das klinische Versorgungsangebot in der Kinder- und Jugendpsychiatrie spürbar zu verbessern und fortzuentwickeln. So stellen die Bezirke über die Hälfte der kinder- und jugendpsychiatrischen Betten sowie teilstationären Plätze. Hölzlein verwies weiter darauf, dass der Bezirk Unterfranken in diesem Jahr mit einer Spezial-einrichtung für mehrfach behinderte Kinder und Jugendliche in Würzburg eine schmerzliche Lücke in der Versorgung insbesondere des nordbayerischen Raumes schließen konnte. Eine

weitere solche Einrichtung werde in Oberbayern geplant. **□**

zur Verfügung steht und die in Rede stehenden Schwierigkeiten zu Prüf-, Berichts- und Nachweispflichten zügig überwunden werden.“

Pragmatische Lösungen

Duppré machte deutlich, dass die Länder verpflichtet seien, Mehrausgaben der Kommunen im Zusammenhang mit dem Krippenausbau zu tragen: „Landkreise, Städte und Gemeinden dürfen nicht auf Kosten sitzen bleiben, weil die Länder ihrer – verfassungsgerichtlich bereits festgestellten – Finanzierungsverpflichtung nicht nachkommen.“ Von daher hilft das Investitionsprogramm des Bundes den Ländern, den Krippenausbau in den Kommunen zu bezahlen.

Er sprach sich in diesem Zusammenhang nachdrücklich dafür aus, bestehende Schwierigkeiten bei

der Abwicklung des Investitionsprogramms zügig und pragmatisch zu lösen: „Beispielsweise sollte es möglich sein, die Fristen für die Abrechnung durch die Länder zu verlängern, um das Ausbauziel nicht zu gefährden und die Kommunen nicht zu überfordern.“ Insgesamt würden bei Beibehaltung der Regelungen schon jetzt Probleme geschaffen, die sich leicht vermeiden ließen, ohne dass eine sachgerechte und zügige Verwendung der Mittel in Frage gestellt wäre.

Vor allem vor dem Hintergrund des ab 1.8.2013 bestehenden Rechtsanspruchs für Kinder ab dem ersten Lebensjahr sei es wichtig, die Ausbauanstrengungen bestmöglich voranzutreiben, sagte Duppré weiter. „Daher wird das frische Geld des Bundes bei der dauerhaften Erfüllung der Aufgabe helfen, so dass ein Weg gefunden werden muss, die bestehenden Probleme schnellstmöglich zu lösen.“ **□**

Bildungsregionen...

(Fortsetzung von Seite 1)
3. und 4. Klasse kindgerecht aufbereitet.

Ebenfalls zu Gast war der Vorsitzende des Bayerischen Volkshochschulverbands Karl Heinz Eisfeld, der die Präsentation des „Bildungsportals Bayern“ übernommen hatte. Dabei handelt es sich um eine sehr gute Möglichkeit, alle Bildungs- und Weiterbildungsangebote einer Region gemeinschaftlich auf einer Webseite zu präsentieren.

Ziel des mit Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus aus dem Kulturfonds Bayern geförderten Projektes ist, nach dem Vorbild des „Bildungsportals Ostallgäu“ in den Regionen Bayerns eine IT-gestützte Infrastruktur für Weiterbildung und Weiterbildungsberatung zu schaffen. Das Projekt ist für die Dauer von zwei Jahren bis Ende September 2013 angelegt. Im Rahmen des Kulturfonds-Projektes sollen bis dahin Eisfeld zufolge mindestens 60 Kommunen Bayerns über das Träger-, Institutionen- und Regionen übergreifende Portal für Weiterbildung und Bildungsberatung verfügen.

Ermittlung von Bedarf und Anforderungen

Das erste Projektjahr diene als Pilotphase, um die Bedarfe und Anforderungen zu ermitteln, die sich in den Regionen für den Aufbau, die Funktionsweise und die Ausgestaltung der Regionalportale ergeben. Die Pilotphase wurde Ende Juni 2012 erfolgreich abgeschlossen.

Nach umfangreichen Vorarbeiten haben die ersten Auftaktveranstaltungen für die Einrichtung der Regionalportale im Rahmen des Projektes Bildungsportal Bayern mit großem Erfolg im Landkreis

Mühlendorf a. Inn, im Landkreis Donau-Ries, in der Region A3 Stadt Augsburg sowie die Landkreise Augsburg und Aichach-Friedberg, im Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge, in Stadt und Landkreis Rosenheim, in Aschaffenburg, in Passau und im Landkreis Ebersberg stattgefunden.

Die ersten Regionalportale aus

der Pilotphase wurden im September 2012 zur breiten Nutzung freigeschaltet und mit öffentlichen Veranstaltungen bekannt gemacht. Zusätzlich sind Multiplikatoren-Workshops für Betriebe, Bildungsanbieter und kommunale Stellen geplant. Zahlreiche weitere Auftaktveranstaltungen sind im vierten Quartal 2012 vorgesehen. **DK**

Vielfalt und...

(Fortsetzung von Seite 1)
bayerischen Kommunen zu erhalten, brauchen wir eine Bundesbeteiligung an der Eingliederungshilfe, die zwischenzeitlich bereits 60 Prozent der Sozialausgaben ausmacht“, forderte Kreidl. Da das Leistungsrecht der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung das Nachrangprinzip der Sozialhilfe nicht anerkennt, müsse sich der Bund – wie im Rahmen der Vereinbarungen zum Fiskalpakts zugesagt – seiner gesamtgesellschaftlichen Verantwortung durch die Erarbeitung und Inkraftsetzung eines neuen Bundesleistungsgesetzes in der nächsten Legislaturperiode stellen.

Der Webfehler der im Ausland vielgelobten Reform Hartz IV besteht aus Kreidls Sicht darin, dass das zu berücksichtigende Einkommen und Vermögen zuerst die Geldleistungen der Agentur für Arbeit mindert, darüber hinaus erst dann die Geldleistungen der kommunalen Träger. Diese Regelung führe in der Praxis dazu, dass eigenes Einkommen, beispielsweise durch geringfügige Beschäftigung, den Aufwand der Agentur gegen Null drückt, die Kommunen jedoch in vollem Umfang die Leistungen für Unterkunft und Heizung zu erbringen haben. „Die klare Forderung

lautet: Eigenes Einkommen und Vermögen müssen anteilig auf die Geldleistungen der Agentur für Arbeit wie auf die Geldleistungen der kommunalen Träger angerechnet werden. Wir bitten die Bayerische Staatsregierung, uns auf Bundesebene in diesem Anliegen zu unterstützen.“

Kollektivhaftung

Nicht gesichert ist nach Kreidls Worten die Finanzierung der Krankenhäuser für 2012 und 2013. Die Landkreise fordern deshalb, dass Schluss sein muss mit der Kollektivhaftung aller Krankenhäuser, wenn es landesweit zu einem Anstieg der Krankenhausleistungen kommt. „Die Vorschrift, dass für alle Kliniken in einem Bundesland der Behandlungspreis abgesenkt wird, wenn dort die Krankenhausleistungen ansteigen, ist ungerecht.“

Außerdem soll nach dem Willen der Landkreise ab 2013 ein voller Kostenausgleich der Sach- und Personalkosten seitens der Krankenkassen erfolgen. Kreidl: „Wir hoffen in diesem Zusammenhang auf die tatkräftige Unterstützung durch Frau Staatssekretärin Huml und danken der Bayerischen Staatsregierung für die Bundesratsinitiative von Mitte September 2012.“ **DK**

200 Jahre Bayerischer Oberster Rechnungshof:

Beharrlicher Wächter für solide Finanzen

Festakt im Münchner Maximilianeum

Eine wirksame Finanzkontrolle ist unabdingbar für das Funktionieren eines Staates. Diese wichtige Rolle des Bayerischen Obersten Rechnungshofs, dessen Geburtsstunde vor 200 Jahren, am 20. Oktober 1812 schlug, würdigten Ministerpräsident Horst Seehofer und Landtagspräsidentin Barbara Stamm in einer Feierstunde im Münchner Maximilianeum. Anschließend wurde die Ausstellung „Mit uns muss man rechnen! 200 Jahre Bayerischer Oberster Rechnungshof“ im Bayerischen Landtag eröffnet.

Das Königreich Bayern stand bei seiner Gründung 1806 vor einem riesigen Berg Staatsschulden. Die übernommenen Gebiete führten nicht nur zu einer Vergrößerung des Landes, sondern auch zu hohen Schulden für das neue Königreich. Aber niemand kannte den genauen Schuldenstand. Auch über die Höhe der Einnahmen und Ausgaben des Staates gab es keine verlässlichen Zahlen. Das Kassenwesen war durch die dezentral organisierte Finanzverwaltung undurchsichtig, und manchem Beamten fehlte es an der in Geldangelegenheiten notwendigen Zuverlässigkeit. Um die Missstände zu beseitigen, kam es in mehreren Schritten zu einer umfassenden Reform der Finanzverwaltung.

Zentrale Haushaltsrechnung

Zunächst wurde eine zentrale Haushaltsrechnung auf den Weg gebracht. Für die Ermittlung des Schuldenstands und der Zinsbelastungen gründete König Max I. Joseph im August 1811 die „Königlich-Bayerische Staats-Schuldentilgungs-Kommission“. In der von Max I. Joseph und Graf von Montgelas unterzeichneten Ver-

ordnung hieß es dazu: „Wir werden überdieß sogleich die Vorsorge treffen, daß die laufenden Staats-Ausgaben durch die laufenden Staats-Einnahmen vollkommen gedeckt, und daß Unsere Finanzen hierdurch sowohl, als durch eine genaue Komptabilität fortwährend in Ordnung erhalten werden. Zugleich verordnen Wir, daß von nun an keine Staatsschuld mehr gemacht werden solle, wenn nicht ... ein neuer hinreichender Fond zur Abbezahlung der Zinsen und des Kapitals derselben ausgemittelt wird.“

Tilgungsplan

Zugleich legte die Verordnung als Zeitraum für die vollständige Tilgung der Staatsschulden 30 Jahre fest und forderte von der Kommission die Ausarbeitung eines Tilgungsplans. Jährlich musste sie eine Bilanz über den Abbau der Schulden vorlegen.

Als 1819 dem Landtag erstmals ein Haushalt vorgelegt werden konnte, beliefen sich die Staatsschulden auf rund 106 Mio. Gulden. Die Schulden waren mehr als dreimal so hoch wie die Staatseinnahmen und ausgaben in Höhe von jeweils rund 31 Mio. Gulden.

Die Zinslast für die Staatsschulden in Höhe von 3,3 Mio. Gulden war nach den Militärausgaben der zweitgrößte Ausgabenposten.

Zentrale Prüf- und Kontrollinstanz

Es war nur konsequent, dass die ersten Reformschritte durch die Errichtung einer zentralen Prüf- und Kontrollinstanz ergänzt wurden. Mit Verordnung vom 20. Oktober 1812 übertrug König Max I. Joseph die Revision und Superrevision dem „Obersten Rechnungshof“. In dieser königlich-bayerischen Verordnung waren die Aufgaben sowie die Organisation, die Befugnisse und die Bezahlung der Rechnungshofbeamten im Detail festgelegt.

Unabhängige oberste Staatsbehörde

Zunächst noch unter der Aufsicht des Finanzministeriums, hat sich der ORH über die Jahrzehnte zu einer von der Staatsregierung unabhängigen obersten Staatsbehörde entwickelt. Gestützt auf Verfassungsauftrag und Verfassungsgarantie und ausgestattet mit richterlicher Unabhängigkeit, prüft der ORH heute die gesamte Haushalts- und Wirtschaftsführung des Freistaates Bayern. Durch Gesetz können auch Institutionen außerhalb der staatlichen Verwaltung seiner Prüfung unterworfen werden.

Mit seinen Prüfungsergebnis-

sen und Empfehlungen unterstützt der ORH zunächst die geprüften Stellen. Hier leistet er mit guten Argumenten Überzeugungsarbeit. Eine Weisungsbefugnis oder gar Sanktionsmöglichkeiten besitzt er nicht. Helfen auch die besten Argumente nicht weiter und sind seine Erkenntnisse wichtig für das Entlastungsverfahren, kann der ORH diese Fälle in seinen jährlichen Bericht an den Landtag aufnehmen. Im Jahresbericht fasst er die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfungen zusammen, damit die Abgeordneten des Landtags ihr Budget- und Kontrollrecht über die staatlichen Einnahmen und Ausgaben wirksam ausüben können. Darüber hinaus hat der ORH die Möglichkeit, den Landtag und die Staatsregierung durch Sonderberichte oder beratende Äußerungen zu informieren.

Für Gerechtigkeit und Demokratie

Anlässlich der Feierstunde bezeichneten Ministerpräsident Seehofer und Landtagspräsidentin Stamm den Bayerischen Obersten Rechnungshof als „beharrlichen und kraftvollen Wächter für solide Finanzen und gelebte Generationengerechtigkeit“. Seine Anregungen seien wertvolle Grundlagen für viele Entscheidungen von Staatsregierung und Landtag. Der Bayerische Oberste Rechnungshof sei beharrlich, unbeugsam, unerschrocken und unbequem. „Wir danken dem Jubilar für seinen Einsatz für Gerechtigkeit und Demokratie.“

Seehofer verwies darauf, dass das Vertrauen der Bürger in staatliches Handeln und staatliche Institutionen ganz wesentlich darauf beruhe, dass der Staat sorgsam und verantwortungsbewusst

mit dem hart verdienten Geld der Steuerzahler umgeht. „Und dass er dies tut, darüber wacht als unabhängige Institution der Bayerische Oberste Rechnungshof. Wir Bayern sind stolz auf den ORH. Den Rechnungshof zu achten und zu fürchten, gehört zur Bayerischen Staatsräson. Dazu gehört auch, sich gelegentlich einmal auch kontrovers mit Anregungen des Rechnungshofs auseinanderzusetzen.“

Schuldenfreies Bayern 2030

Seehofer bekräftigte überdies das Bekenntnis der Bayerischen Staatsregierung zu einem schuldenfreien Bayern 2030: „Solide Staatsfinanzen sind die Gerechtigkeitsfrage des 21. Jahrhunderts. Verschuldung ist eine Umverteilung zu Lasten der Schwächsten, nämlich unserer Kinder. Damit wollen wir in Bayern aufhören. Deshalb schaffen wir zum achten und neunten Mal in Folge einen allgemeinen Haushalt ohne Netto-Neuverschuldung. Wir werden bis 2016 drei Milliarden Euro Schulden tilgen, investieren gleichzeitig jedes Jahr mehr als fünf Milliarden Euro für die Zukunft und nähern uns konsequent dem Ziel eines schuldenfreien Bayerns.“

Vertrauenswürdige Prüfung

Unabhängig sei der Oberste Rechnungshof in Bayern erst seit dem Inkrafttreten der Bayerischen Verfassung im Jahre 1946 und des Rechnungshofgesetzes von 1951, erinnerte Barbara Stamm in ihrer Begrüßungsrede. Seit dieser Zeit berichte er unmittelbar dem Bayerischen Landtag. Die vertrauenswürdige Prüfung der Staatsfinanzen sei gut und wichtig, vor allem für die Abgeordneten, die öffentliche Gelder

verantworteten. Um das richtig zu tun, bräuchten die Parlamentarier zuverlässige Zahlen und Informationen, die nur ein unabhängiger Prüfer liefern könne. Die Entscheidung aber, wie die Mittel verwendet und welche Prioritäten dabei gesetzt werden, sei Sache der Politik, betonte die Landtagspräsidentin: „Entscheidend dabei ist, dass sich beide Seiten ihrer Aufgaben bewusst sind und sich gegenseitig respektieren. Das bedeutet, dass die Arbeit des Parlaments nicht in Frage gestellt wird, sondern dass es die erforderliche Ausstattung bekommt, um - wie es in Artikel 5, Absatz 1 der Bayerischen Verfassung vorgesehen ist - seinen Verfassungsauftrag voll erfüllen zu können.“

Ein Kind der Not

In seinem Festvortrag schilderte der Historiker Professor Reinhard Heydenreuter die 200-jährige Geschichte des Obersten Rechnungshofes. „Der ORH ist ein Kind der Not. An seiner Wiege stand der drohende Staatsbankrott als Gespenst“, sagte Heydenreuter. Die Schulden, unter denen Bayern damals stöhnte, stammten nicht nur aus den Kriegen, sondern auch von den territorialen Erweiterungen. Dabei nannte der Festredner vor allem die Zugewinne in Franken. Das Urteil über den ORH heute: „Ein mutiger Rechnungshof erspart dem Bürger viel Geld. Er lenkt das Geld dorthin, wo es sinnvoll ist.“

ORH-Präsident Dr. Heinz Fischer-Heidberger sprach schließlich von einem stolzen Jubiläum: „Wir sind stolz auf die lange Geschichte und Tradition, stolz darauf, dass unsere Arbeit Beachtung findet und stolz, wenn unsere Prüfungsfeststellungen aufgegriffen und gewürdigt werden.“ **DK**

Vorschläge der EU-Kommission zur Bankenaufsicht:

Deutlicher Widerspruch zu bayerischer Position

Wirtschaftsminister Zeil: „Europäische Bankenaufsicht nur für systemrelevante Kreditinstitute“

Das Bayerische Kabinett hat sich mit den Empfehlungen der EU-Kommission für eine Verordnung bezüglich eines einheitlichen Aufsichtsmechanismus in der Eurozone befasst. Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil, Europaministerin Emilia Müller und Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer sehen die Vorschläge der EU-Kommission zur Schaffung einer europäischen Bankenaufsicht in deutlichem Widerspruch zur Haltung der Staatsregierung.

„Der Vorschlag, der EZB die Aufsicht über mehr als 6.000 Kreditinstitute im Euroraum zu übertragen, ist in besonderem Maße kritisch zu bewerten. Die Staatsregierung hat in ihrem im September verabschiedeten 10-Punkte-Programm überzeugend begründet, dass eine Zentralisierung der Aufsicht über alle Banken im Euroraum weder praktikabel, noch notwendig noch sinnvoll ist. Eine effektive europäische Bankenaufsicht darf sich ausschließlich auf systemrelevante und grenzüberschreitend tätige Kreditinstitute erstrecken.“

Unrealistischer Zeitplan

Der Wirtschaftsminister wies darüber hinaus darauf hin, dass der von der EU-Kommission ins Auge gefasste Zeitplan vollkommen unrealistisch ist: „Die europäische Bankenaufsicht stellt einen Eckpfeiler der künftigen Bankenunion dar. Die Finanzmärkte und Institute müssen das Vertrauen haben, dass die neuen Aufsichtsstrukturen tragfähig sind und vor allem effektiv arbeiten. Hier muss der Grundsatz gelten: Sorgfalt vor Schnelligkeit.“ Zeil begrüßte zudem ausdrücklich, dass diese Positionen der Bayerischen

Staatsregierung auch von der Bundesregierung geteilt werden: „Der Bundesfinanzminister hat mehrfach seine kritische Haltung zu den Vorschlägen der EU-Kommission dargelegt. Ich freue mich, dass hierzu zwischen der Bundesregierung und der Bayerischen Staatsregierung Konsens besteht. Es gilt nun, in den Brüsseler Verhandlungen die aus deutscher Sicht wesentlichen Punkte einzubringen und akzeptable Regelungen festzulegen. Die Bundesregierung hat hierbei unsere Unterstützung.“

Falscher Ansatz

Wirtschaftsminister Zeil betonte, dass die Pläne zu einer Bankenunion nicht durch die Hintertür zu einer weiteren Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken führen dürften: „Insbesondere ein europäischer Einlagensicherungsfonds oder ein europäischer Abwicklungsfonds für Banken sind für uns der völlig falsche Ansatz. Auch grundsätzlich gilt, dass wir direkte Bankenhilfen aus dem ESM ohne Beteiligung der Mitgliedstaaten weiterhin ablehnen, auch nach der Etablierung einer Bankenunion.“ **Bayerns Europaministerin**

Emilia Müller mahnte zudem an, die deutschen Interessen bei der geplanten europäischen Bankenaufsicht zu wahren: „Deutschland muss jetzt wachsam sein. Die Vorschläge der EU-Kommission und der südlichen Euro-Länder für einen gemeinschaftlichen Einlagensicherungsfonds und einen Bankenabwicklungsfonds bedeuten im Ergebnis eine deutsche Haftung für die Fehler anderer. Es darf aber nur genau anders herum sein: Auch künftig müssen alle betroffenen Mitgliedsstaaten für eigene Bankenrisiken voll haften. Die gemeinsame Europäische Bankenaufsicht darf nicht still und heimlich zu gemeinschaftlicher Haftung führen.“ Müller forderte, bei der Ausgestaltung der europäischen Bankenaufsicht, die Unabhängigkeit der EZB weiter sicherzustellen.

Gründlichkeit hat Priorität

Finanzstaatssekretär Pschierer erklärte: „Eine effektive Bankenaufsicht ist von zentraler Bedeutung für den Finanz- und Wirtschaftsraum in Europa. Daher muss das Motto lauten: Gründlichkeit an erster Stelle. Dabei muss auch die besondere Rolle der kleinen, mittleren und Förderbanken berücksichtigt werden, die nicht systemrelevant sind.“ Eine Bankenunion lehnte Pschierer ab: „Wir wollen keine versteckte Haftungsunion und keine Bankenhilfen ohne Haftung der Mitgliedsstaaten.“ **□**

ENERGIE

Ohne uns fehlt Ihnen was.

LfA FÖRDERBANK BAYERN

Wir fördern die Energiewende – für die Zukunft Bayerns.

Sie investieren in Energieeinsparung oder umweltfreundliche Energieträger? Die LfA Förderbank Bayern unterstützt kommunale Infrastrukturprojekte mit zinsgünstigen Finanzierungen.

Lassen Sie sich persönlich und kostenlos beraten.
Telefon: 0800 / 21 24 24 0

www.lfa.de



Im Rahmen des 125. Zentral-Landwirtschaftsfests:

Tag der bayerischen Sparkassen

Sparkassen als Finanzierer und Partner der Agrarwirtschaft

„Sparkassen und Landwirtschaft – Partner in der Region“. Unter diesem Motto erlebten mehr als 2.500 Gäste im Festzelt auf dem Gelände des Zentral-Landwirtschaftsfests beim Tag der bayerischen Sparkassen ein Bekenntnis zur Landwirtschaft. Der Präsident des Sparkassenverbandes Bayern Theo Zellner stellte die Leistungen der Sparkassen-Finanzgruppe für die Agrarwirtschaft heraus. Der Präsident des Bayerischen Bauernverbandes Walter Heidl bezeichnete die Sparkassen als wichtigen und wertvollen Partner der Landwirtschaft.

Die Hallertauer Hopfenkönigin Elisabeth Fuß mit Bauernpräsident Walter Heidl und dem Präsidenten des Sparkassenverbandes Bayern, Theo Zellner.

Rückgrat

Der Präsident würdigte die Leistungen der modernen Agrarwirtschaft für die bayerischen Regionen. Die landwirtschaftlichen Betriebe seien das wirtschaftliche und gesellschaftliche Rückgrat der ländlichen Räume und hinsichtlich

Effizienz und Ertrag europaweit Nr. 1. Dabei habe sich der Alltag der Landwirte in den vergangenen Jahrzehnten sehr gewandelt: „Landwirte sind auch Energiewirte. Sie sind Träger der Energiewende. Diese Entwicklung ist ohne den flexiblen Einsatz von Finanzierungen gar nicht machbar.“

Gelebte Realität

Die bayerischen Sparkassen begleiten die bayerische Agrarwirtschaft dabei, die Energie-

wende aktiv voranzutreiben, dabei aber ihr ursprüngliches Standbein als Landwirte stabil zu halten. Auch für die Sparkassen ist die Energiewende keine Worthülse, sondern gelebte Realität: Schon heute sind die bayerischen Sparkassen mit über 40 Prozent Marktanteil führend bei der Finanzierung erneuerbarer Energien. Im Verbund der Sparkassen-Finanzgruppe Bayern wurden etwa bereits mehr als 1.200 Windkraftanlagen finanziert.

Kreditgeschäft

Das gesamte Kreditgeschäft der Sparkassen in Bayern mit den Landwirten in der Nahrungsmittelproduktion und der Energiewirtschaft hat in den vergangenen zehn Jahren um mehr als 40 Prozent zugenommen. Aktuell wird jeder dritte Kreditvertrag in der bayerischen Landwirtschaft über Sparkassen abgewickelt. Bei der Vermittlung von landwirtschaftlichen Förderprogrammen konnten die bayerischen Sparkassen einen im Vergleich zum Markt überdurchschnittlichen Zuwachs von 56 Prozent erreichen. Zugleich stehen die Sparkassen für eine umfassende Vermögensberatung zur Verfügung.

Komplette Bandbreite an Finanzdienstleistungen

Gemeinsam mit ihren Verbundpartnern der Sparkassen-Finanzgruppe bieten sie die

komplette Bandbreite an Finanzdienstleistungen von der Absicherung für Haus und Hof über die Altersvorsorge und der Preisabsicherung von Rohstoffen bis hin zum Leasing von Photovoltaik-Anlagen.

Wertvoller Partner

Bauernpräsident Walter Heidl hob besonders die wechselseitige Wertschätzung hervor. „Die Sparkassen sind für unsere Bäuerinnen und Bauern ein wichtiger und wertvoller Partner – dies zeigt sich deutlich am Marktanteil: die bayerischen Sparkassen bedienen knapp ein Drittel des Agrargeschäfts.“ Als zentralen Erfolgsfaktor nannte Heidl das bayernweit flächendeckende Netz an Geschäftsstellen und damit eine auf kurzem Weg gegebene Erreichbarkeit sowie vor allem die persönliche Beratung. „Bei steigendem Investitionsvolumen wächst auch der Bedarf an Finanzierung. Die Land- und Forstwirtschaft braucht stabile und faire Finanzierungsgrundlagen sowie eine gute Beratung.“

Tradition bewahren

Die Hallertauer Hopfenkönigin 2012, Elisabeth Fuß, lobte abschließend die Zusammenarbeit der Sparkassen mit den Landwirten, speziell den Hopfenbauern. Sie böten ihnen Sicherheit und trügen damit erheblich zum Strukturwandel bei. Mit Unterstützung der Sparkassen könnten viele Familienbetriebe ihre Existenz sichern und somit die Tradition der Hallertau ein Stück weit bewahren. Durch die Begleitung der Entwicklung von Landwirten zu Energiewirten bereiteten sie außerdem den Weg für eine nachhaltigere Zukunft. □

Bayerns Sparkassen:

Engagement für „Initiative Lebensbank“

Den bayerischen Sparkassen liegt auch das gesundheitliche Wohlergehen der Menschen vor Ort am Herzen. Deshalb wird der Sparkassenverband Bayern künftig jährlich zusammen mit einem gemeinnützigen Partner Aktionswochen der Sparkassen im Freistaat initiieren, in denen die Kreditinstitute ein ausgewähltes Projekt in der Öffentlichkeit mit unterstützen werden. Wie der Präsident des Sparkassenverbandes Bayern Theo Zellner bei einer Pressekonferenz in München mitteilte, wurde als erstes Unterstützungsprojekt die Stiftung Aktion Knochenmarkspende Bayern (AKB) gemeinsam mit dem Universitätsklinikum Erlangen (UKE) ausgewählt.

Mehr als 9.000 Menschen erkranken jährlich von heute auf morgen an Leukämie. Vom Baby bis ins hohe Alter besteht für viele von ihnen die einzige Überlebenschance in einer erfolgreichen Stammzellentransplantation. „Durch die aktive Unterstützung der ‚Initiative Lebensbank‘ können die bayerischen Sparkassen nachhaltig helfen, möglichst viele Sparkassenkunden mit dem Thema vertraut zu machen“, informierte Zellner. Die bayerischen Sparkassen unterstützen deshalb die „Initiative Landesbank“ beim Aufbau der ersten gemeinnützigen Stammzellenbank in Bayern für Transplantate aus Nabelschnurblut.

Auch Verbundpartner mit von der Partie

Zellner zufolge beteiligen sich 34 bayerische Sparkassen mit über 1.200 Geschäftsstellen vor Ort an dieser Kooperation und unterstützen die „Initiative Lebensbank“ durch Aufklärung, Spendenaufrufe und eigene Aktionen. Einzelne Sparkassen planen zusätzliche Aktivitäten vor Ort – so zum Beispiel Gesundheitstage mit Infoständen, um so für das Thema zu sensibilisieren und zu Spenden aufzurufen. Auch die Verbundpartner LBS Bayern und Versicherungskammer Bayern werden sich für die „Initiative Lebensbank“ engagieren und planen interne und externe Maßnahmen.

Wie der Sparkassenpräsident betonte, ist die Bayern weite Kooperation mit der „Lebensbank“ zunächst bis Anfang Dezember terminiert. Es liege im Ermessen jeder einzelnen Sparkasse, sich darüber hinaus zu engagieren.

Leuchtturm-Charakter

Für den Sparkassenverband Bayern habe die Zusammenarbeit „Leuchtturm-Charakter“. Zusätzlich zum Auftakt der Aktionswochen habe er aus den Mitteln des Reinertrags des PS Sparens und Gewinns der bayerischen Sparkassen zehn Patenschaften für Nabelschnurpräparate im Gesamtwert von 10.000 Euro übernommen.

Landtagspräsidentin Barbara Stamm, die Schirmherrin der Aktion Knochenmarkspende,

„Der erneute Sieg im CityContest ist für uns ein Ansporn und zeigt, dass es sich lohnt, Service und Beratung stetig zu verbessern“, erklärt Andreas Fröhlich, Vorstand der Sparkassen-Finanzgruppe. „So nutzen wir beispielsweise das Sparkassen-Finanzkonzept flächendeckend in der Beratung. Aber auch bei unseren Konditionen wollen wir weiterhin punkten.“

Preisfreies Online-Girokonto

So hat die Kreissparkasse 2012 unter anderem ein preisfreies Online-Girokonto eingeführt. Ein Mindestguthaben ist nicht erforderlich, die Kreissparkasse setzt nur einen monatlichen Geldeintrag von 1.000 Euro voraus. □

zeigte sich begeistert von der Initiative des Sparkassenverbandes: „Diese Aktionswochen tragen dazu bei, dass Menschen in ganz Bayern für das Anliegen sensibilisiert werden und das Projekt Unterstützung bekommt. Die ‚Initiative Lebensbank‘ ist ein hoffnungsvolles Signal: Stammzellen, die aus Nabelschnurblut gewonnen werden, sind für Empfänger noch verträglicher als die Stammzellen aus einer Knochenmarkspende. Damit bekommen leukämiekranken Kinder und zunehmend auch Erwachsene mit seltenen Gewebemerkmalen, für die im weltweiten Register kein passender Spender gefunden werden kann, eine echte Chance auf Heilung. Diese Perspektive ist jeden Einsatz wert.“

Förderung des Ministeriums

Das innovative Potential der Nabelschnur-Stammzellen-Übertragung und die ethische Unbedenklichkeit der Methode haben auch die Bayerische Staatsregierung auf den Plan gerufen. Wie Prof. Dr. Wolfgang Caselmann vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit erläuterte, hat das Ministerium die Stiftung Aktion Knochenmarkspende sowie die Transfusionsmedizinische und Hämostaseologische Abteilung des Universitätsklinikums Erlangen in den Jahren 2010 bis 2012 mit insgesamt 750.000 Euro gefördert, um den raschen Aufbau eines ausreichenden Bestands an Nabelschnurpräparaten für die Versorgung der bayerischen Patientinnen und Patienten zu ermöglichen.

Bündelung der Kräfte

Aus Sicht des Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst entsteht mit der eindrucksvollen Bündelung der Kräfte der Stiftung Aktion Knochenmarkspende Bayern und des Universitätsklinikums Erlangen ein Leuchtturmprojekt für die Patientenversorgung in Bayern und für die Stammzellforschung. Am Universitätsklinikum Erlangen seien mit dem Erweiterungsbau der Stammzellenbank hervorragende Voraussetzungen geschaffen worden, die nun auch für die Lebensbank zum Vorteil für die Patienten und die Forschung genutzt werden kann.

Prof. Dr. Reinhold Eckstein vom Universitätsklinikum Erlangen und der Geschäftsführende Vorstand der Stiftung Aktion Knochenmarkspende Bayern Dr. Hans Knabe skizzierten die Projektidee und Unterstützungsmöglichkeiten für die Lebensbank zum Aufbau der ersten gemeinnützigen Stammzellenbank in Bayern für Transplantate aus Nabelschnurblut. Nach den Worten Professor Ecksteins „ist Nabelschnurblut viel zu wertvoll, um es wegzuworfen“. Deshalb seine Bitte: „Unterstützen Sie uns mit Ihrer Spende bei der Gewinnung dieser lebensrettenden Stammzellen.“ DK

DSGV-Präsident Fahrenscho:

„Bei Bankenunion realistisch werden“

Als einen wichtigen Schritt hin zu einem realistischen Weg zu einer europäischen Bankenunion hat der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), Georg Fahrenscho, die Ergebnisse des Gipfeltreffens der europäischen Staats- und Regierungschefs in Brüssel bezeichnet. „Es ist gut, dass man sich einig ist, dass eine Europäische Bankenaufsicht ihre praktische Arbeit nicht zum 1. Januar 2013 aufnehmen kann. Allerdings werden die notwendigen rechtlichen, technischen und administrativen Vorarbeiten für eine wirksame europäische Bankenaufsicht noch immer deutlich unterschätzt. Niemandem ist mit einer kurzfristig ins Werk gesetzten, aber nicht ausreichend arbeitsfähigen Mammutbehörde gedient.“

Fahrenscho forderte erneut, die ausschließlich regional oder nur national tätigen Kreditinstitute auch weiterhin durch die nationalen Behörden beaufsichtigen zu lassen. „Eine europäische Aufsicht wird überfordert, wenn sie mehr als 6.000 Kreditinstitute beaufsichtigen soll. Das kann nicht funktionieren und würde zu weniger Qualität in der Aufsicht als heute führen. Deshalb solle sich die europäische Aufsicht auf grenzüberschreitend tätige, besonders große Institute beschränken. „Die Zeit bis zur Verabschiedung des neuen Regelwerks muss jetzt dazu genutzt werden, diese Position klar in der Verordnung zu verankern“, so Fahrenscho.

Unablässiger Widerstand

Zugleich machte der DSGV-Präsident klar, dass die Sparkassen ebenso wie die Genossen-

schaftsbanken in ihrem Widerstand gegen eine einheitliche europäische Einlagensicherung nicht nachlassen werden. Es sei zwar zu begrüßen, dass dieses Thema nicht beim Gipfel behandelt worden sei, man wisse aber, dass die EU-Kommission und die EBA dieses Ziel insgeheim weiter verfolgten.

Etikettenschwindel

„Deshalb in aller Klarheit: Wir werden niemals zustimmen, die für die Absicherung deutscher Sparer vorgesehenen Sicherungsmittel bei fremden Banken einzusetzen. Es ist ein Etikettenschwindel, unter der Überschrift ‚mehr Europa‘ immer in fremde Taschen greifen zu wollen. Wir brauchen eine solidarische politische und fiskalische Union, aber keine Umverteilungsunion in Europa“, stellte Fahrenscho fest. □

Beste Beratung bestätigt

Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg siegt zum zweiten Mal in Folge beim Focus-Money CityContest

Kompetente Kundenberatung und freundlicher Service: Darin ist die Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg laut Finanzmagazin Focus-Money die Nummer eins in der Landeshauptstadt. Das Magazin hat die Kreissparkasse im CityContest 2012 zum zweiten Mal in Folge als Sieger im Bankentest München ausgezeichnet. Mit der Gesamtnote 2,2 konnte sich die Kreissparkasse gegenüber dem Vorjahr sogar noch verbessern.

Für den CityContest machten sich verdeckte Tester des Instituts für Vermögensaufbau (IVA), sog. Mystery Shopper, in Zusammenarbeit mit Focus-Money bundesweit auf die scheinbare Suche nach einer neuen Hausbank. Sie wollten sich auch über Altersvorsorge und Vermögensaufbau informieren.

In München unterzogen die Mystery Shopper – allesamt geschulte Bankkaufleute mit mehrjähriger Berufserfahrung – acht Institute einem exakten Vergleich.

Vor- und Nachbetreuung

Bei der Auswertung setzte sich die Kreissparkasse in vier von fünf Testkategorien an die Spitze der untersuchten Geldhäuser. Bei den Kriterien „Vor- und Nachbetreuung“ und „Atmosphäre“ schnitt die Kreissparkasse besonders gut ab und verdiente sich eine Eins vor dem Komma. „Die Mitarbeiter wurden durch die Tester als ausgesprochen freundlich wahrgenommen und nahmen sich Zeit für eine ausführliche Beratung“, so Kai Förderer, Mitglied der Geschäftsführung beim Institut für Vermögensaufbau.

Kunden- und Sachgerechtigkeit

Auch bei der Kunden- und der Sachgerechtigkeit hatte die Kreissparkasse laut IVA die Nase vorn. „Konto, Risikoabsicherung oder Altersvorsorge: In gut strukturierten Gesprächen haben die Berater alle wichtigen Themenfelder kompetent abgedeckt und mit den passenden Produkten unterlegt“, so Förderer weiter.

Deka Kommunal Consult GmbH. Kommunen – fit für die Zukunft!

Praxisnahe Kommunalberatung – Ein Mehrwert für Kommunen und Sparkassen.

- Investitionen wirtschaftlich realisieren.
- Immobilien effizient managen.
- Haushalts- und Finanzwirtschaft modernisieren.
- Den „Konzern Kommune“ für den Wettbewerb stärken.
- Krankenhäuser strategisch entwickeln.
- Verwaltung bedarfsgerecht organisieren.

Sprechen Sie uns an:

DKC Deka Kommunal Consult GmbH
Hans-Böckler-Straße 33, 40476 Düsseldorf
Telefon: (0211) 88288 – 811, Telefax: (0211) 88288 – 781
E-Mail: dkc@deka.de, Internet: www.dekakk.de

DKC



Finanzgruppe

8. Kommunalforum der Sparkasse Mittelfranken-Süd:

Demographische Entwicklung und Wohnen im Alter

Die Sparkasse Mittelfranken-Süd hatte Landräte, Bürgermeister, Kämmerer und sonstige Funktionsträger der Städte und Gemeinden aus der Stadt Schwabach, dem Landkreis Roth und dem Altlandkreis Weißenburg zum 8. Kommunalforum eingeladen. Diesmal standen die Themen „Demographische Entwicklung der Bevölkerung und deren Auswirkungen auf die Städte und ländlichen Regionen“ und „Wohnen im Alter“ auf dem Programm.

Der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Mittelfranken-Süd, Jürgen Rohmer, begrüßte die Anwesenden und führte mit kurzen Worten zu den Themen hin. Welche Bedeutung gerade dieser Themenkomplex für die Landkreise und Städte hat ist daran zu erkennen, dass für den Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen bereits ein Seniorenkonzept erarbeitet wurde und der Landkreis Roth dieses Konzept in Auftrag gegeben hat. Mit entsprechenden Ergebnissen für den Landkreis Roth ist Mitte des Jahres 2013 zu rechnen. Die fertigen Konzepte sind die Grundlage für weitere Maßnahmen der Kommunen in diesem Bereich.

Weniger-älter-bunter

Als erster Referent beleuchtete Detlev Etteldorf vom Amt für Ländliche Entwicklung Mittelfranken das Thema „Demographische Entwicklung und deren Auswirkungen“. Zum Demographiewandel führte er aus, dass wir immer weniger, älter und bunter werden. Im Jahr 2030 wird gegenüber dem Jahr 2010 in beiden Landkreisen die Anzahl der über 65-Jährigen um 35 bis 40 % zunehmen, während die Anzahl der unter 18-jährigen um 20 bis 25 % abnehmen wird. Diese Entwicklung ist unumkehrbar und sie wird in ihren Auswirkungen fast alle Lebensbereiche berühren. Die Ge-

samtbevölkerung wird im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen in diesem Zeitraum um mehr als 7,5 % abnehmen und sich im Landkreis Roth im Bereich von 2,5 % bis 7,5 % verringern.

Abwärtsspirale

Aufgrund dieser Entwicklungen werden sich Infrastrukturen anpassen, die Kaufkraft und Nachfrage ist rückläufig, die Wirtschaftsleistung schrumpft, die Sozialsysteme werden kollabieren und es wird ein Nachwuchs- und Fachkräftemangel entstehen. Daraus wird sich eine Abwärtsspirale entwickeln.

Werben um junge Familien

Momentan kann seitens der Städte und Gemeinden eine „Schlacht“ um die jungen Familien in Form eines Willkommensbonus von z. B. 500 Euro oder ein Zuschuss von 2.500 Euro beim Erwerb von Bauland, erweitert um einen Kinderzuschuss von 1.500 Euro festgestellt werden. Dadurch können zwar einzelne Gemeinden gewinnen, aber die Region wird verlieren. Etteldorf führte dazu aus, dass viele Probleme nur im übergemeindlichen Konsens vernünftig geregelt werden können, dass mit Zusammenarbeit Geld gespart wird, dass zusammen ein attraktives Freizeit- und Kulturangebot vorgehalten wer-

den muss und lebenswerte Dorf- und Stadtkerne erzeugt werden müssen. Gerade in diesem Bereich unterstützt das Amt für Ländliche Entwicklung in Mittelfranken in Form von Dorferneuerungsverfahren. In beiden Landkreisen sind momentan 59 solcher Verfahren am Laufen.

Übergemeindlicher Konsens

Als Lösung appellierte Etteldorf an alle Anwesenden, dass regionale Kreisläufe gefördert, Problemstellungen im übergemeindlichen Konsens angegangen, bürgerschaftliches Engagement gestärkt, soziale Netzwerke aufgebaut und altersgerechte Mobilität sichergestellt werden muss. Um den Verdichtungstendenzen im Altort entgegenzuwirken, muss die Innenentwicklung Vorrang vor der Außenentwicklung haben und es sollte kein Bauland auf der „grünen Wiese“ ausgewiesen werden. Die jeweilige Gemeindepolitik muss sich vom „Machen“ zum „Möglich-machen“ weiterentwickeln. Wird dies alles beherzigt, dann kann der Demographischen Entwicklung mit den Auswirkungen für die jeweilige Region paroli geboten werden.

Ambulant vor stationär

Als zweiter Referent widmete sich Anja Wenniger, Geographin (B.Sc.) von der Arbeitsgruppe Sozialplanung und Altersforschung dem Thema „Wohnen im Alter“. Die Aufgabe ihrer Institution ist die Beratung von Kommunen, Wohlfahrtsverbänden, Erfassung, Vermittlung und Weiterentwicklung von Konzepten rund um das Thema Wohnen zu

Hause und die Information der Öffentlichkeit über neue Ansätze in diesem Bereich. Beim Seniorenpolitischen Gesamtkonzept gilt der Grundsatz „ambulant vor stationär“. Als Trend ist im Moment feststellbar, dass das Wohnen zu Hause solange wie möglich oberste Priorität hat.

Die Ergebnisse aus der Bürgerbefragung im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen zeigten deutlich auf, dass zum Beispiel Treppen und mögliche Probleme mit Bad und Türbreiten entstehen können. Ein Umzug kommt für 39,2 % der Befragten nicht in Frage und Wohnalternativen in der Wohnung mit gesicherter Betreuung haben einen sehr hohen Stellenwert.

Defizite kompensieren

Als Ergebnis aus den Befragungen kann festgestellt werden, dass für die Bürger soziale Netzwerke erhalten und aufgebaut, Wohnungen den Bedürfnissen angepasst und das Umfeld für Älterwerden geeignet gestaltet werden muss. Für Kommunen kann festgestellt werden, dass seniorengerechte Wohnungen bereitgestellt, ausreichende Infrastruktur geschaffen und Freizeitmöglichkeiten mit Orten der Begegnung vorgehalten werden müssen. Ziel muss sein: Nicht die Lebensqualität einschränken, sondern Defizite kompensieren.

Wenniger erläuterte kurz die verschiedenen Wohnformen zu Hause, wie Wohnen für Hilfe, Betreutes Wohnen, Seniorengossenschaften und Quartierskonzepte. Bei dem Umzug in neue Wohnformen stellte sie die Modelle, Betreute Wohnanlagen, Ambulante Hausgemeinschaften, Generationsübergreifendes



Von links: Daniela Heil, Vorstandsmitglied der Sparkasse, Detlev Etteldorf, Amt für ländliche Entwicklung, Anja Wenniger und Rita Smischek, stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Sparkasse und Vorstandsvorsitzender Jürgen Rohmer.

Wohnen, Ambulant betreute Wohngemeinschaften und Betreutes Wohnen in Gastfamilien vor.

Langer Weg

Wenniger schlussfolgerte, dass es noch ein langer Weg von einem eher zentralen zu einem dezentralen bedarfsgerechten, quartiersorientierten Betreuungs- und Wohnangebot ist. Alternative Wohnangebote werden sich weiterhin ausdifferenzieren und das „Wohnen bleiben“ gilt es zu stärken. Hiefür braucht es bezahlbaren Wohnraum, verbindliche Nachbarschaften und bürgerschaftliches Engagement.

Die Konsequenz daraus ist, dass Wohnen im Alter als kommunalpolitische Aufgabe verstanden werden muss und hierfür müssen Bürger als Beteiligte stärker als bislang eingebunden und Bürgermeister beraten und informiert werden.

Reger Informationsaustausch

In seinem Schlusswort stellte der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Jürgen Rohmer fest, dass die Auswahl dieses Themenkomplexes mit der jeweiligen regen Diskussion in aller Munde und topaktuell ist. Sollten weitere Informationen und Kontakte für diese Thematik gewünscht werden, bietet der Kommunalkundenbetreuer der Sparkasse Mittelfranken-Süd Bruno Werzinger Hilfestellung.

In der Pause und beim Mittagssimbiss standen neben den Referenten weitere Experten der Verbundpartner der Sparkasse zum Informationsaustausch zur Verfügung, was auch intensiv genutzt wurde. Das Kommunalforum machte wieder deutlich, was die Sparkasse mit Hilfe ihrer Verbundpartner bei der Betreuung von Kommunen alles leisten kann.

„Problem der Währungsunion sind zu hohe Staatsschulden“

DSGV-Präsident Fahrenschon: Schuldenabbau über Altschuldentilgungsfonds

Mit den derzeitigen großvolumigen Programmen zur Stabilisierung des Euroraums lässt sich nach Einschätzung des Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), Georg Fahrenschon, bestenfalls eine zeitweise Beruhigung der Märkte erreichen. „Man kann ein Überschuldungsproblem nicht dadurch lösen, dass man Schuldnern die Refinanzierung alter oder gar die Aufnahme neuer Schulden erleichtert. Eine dauerhafte Lösung ist nur durch Schuldenabbau möglich“, so der DSGV-Präsident bei der Pressekonferenz des DSGV anlässlich der Herbsttagung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank in Tokio.

Fahrenschon kritisierte, dass man mit immer mehr Liquidität keine Solvenzkrise lösen könne, die auf zu viel billiges Geld der Vergangenheit zurückgehe. Sparer und Kunden von Lebensversicherungen würden so durch Entwertung ihrer Einlagen zu ungefragten Solidarleistungen herangezogen und es werde ein Keim für neue Instabilitäten in der Zukunft gelegt.

Zwingende Zinsunterschiede

Zugleich wandte sich Fahrenschon gegen Einschätzungen, die unterschiedlichen Zinshöhen für Staatsanleihen in der Europäischen Währungsunion stellten ein vorrangig zu lösendes Problem dar. „Zinsunterschiede zwischen Schuldnern mit unterschiedlichen Bonitäten sind ökonomisch zwingend. Ein höheres Risiko muss auch mit einem höheren Risikoaufschlag bezahlt werden. Gegen diese ökonomische Logik kann man nicht Politik machen - auch nicht mit Zinsinterventionen oder Anleihekäufen“, so Fahrenschon.

Der DSGV-Präsident schlug vor, den Abbau zu hoher alter

nis müsse jeder Euro-Staat für die eigenen Schulden haften.

Wirksames Instrumentarium

Um eine unkontrollierte und unkonditionierte Haftungsunion zu vermeiden, könnten die in den Fonds eingebrachten Altschulden zu 100 % durch die Währungsreserven der einbringenden Länder besichert werden. Hierzu wäre es möglich, einen solchen Fonds dann jeweils über fünf Jahre aufzulegen und zu tilgen.

In der ersten Periode würde ein solcher Fonds ein Volumen von 330 Mrd. Euro umfassen. Ein Land, das die übernommenen Zins- und Tilgungspflichten nicht erfülle, solle für die nächste Fünf-Jahres-Periode nicht mehr zugelassen werden. Damit entstünde - anders als nach den Maastricht-Kriterien und anders als bei den jetzigen Rettungsmaßnahmen - ein wirksames Instrumentarium, die Regeln gemeinsam einzuhalten. „Mit einem solchen Konzept ist es möglich, in längstens 38 Jahren die Schulden in allen teilnehmenden Euro-Ländern auf höchstens 60 % des BIP und damit auf das Maastricht-Kriterium zurückzuführen.“ Auf diese Weise würden die Euroländer ihren gemeinsamen Willen zur Lösung der Schuldenkrise glaubwürdig unter Beweis stellen.



Georg Fahrenschon.

hinausgehenden Altschulden in einen gemeinsamen Fonds einbringen und durch gemeinsame Anleihen finanzieren. Im Innenverhält-



Wann ist ein Geldinstitut gut für Deutschland?

Wenn es Investitionen ermöglicht, die sich für die Umwelt rentieren.



Sparkassen fördern den Wachstumsmarkt Umwelt. Mit ihren Finanzierungs- und Beratungsangeboten unterstützen sie den Ausbau innovativer Klimaschutztechnologien. Gemeinsam mit ihren Kunden tragen sie so zu einer erfolgreichen Energiewende in Deutschland bei. Das ist gut für die Wirtschaft und gut für die Umwelt. www.gut-fuer-deutschland.de

Sparkassen. Gut für Deutschland.

6. Bayerischer Finanzgipfel in München:

Bayern - Pionier in Sachen Stabilität

Beim 6. Bayerischen Finanzgipfel zum Thema „Staatsfinanzen, soziale Sicherung, Demographie und Rating – eine Herausforderung für Banken, Versicherungen und Unternehmen“ erörterten hochrangige Vertreter der Finanzwirtschaft in der Landeshauptstadt aktuelle Themen vor dem Hintergrund der noch immer anhaltenden Finanz- und Schuldenkrise. Dabei ist ein zentrales Anliegen, für Stabilität auf den Finanzmärkten zu sorgen. Die dazu nötigen Aufsichtsstrukturen müssten jedoch effizient sein, so der Tenor.

Der Bayerische Finanzgipfel hat sich als fester Treffpunkt für die Finanzbranche etabliert. Er wird einmal jährlich vom Bayerischen Finanz Zentrum (BFZ) veranstaltet. Die Moderation erfolgte durch die BFZ-Präsidenten Prof. Dr. Wolfgang Gerke und Prof. Dr. Elmar Helten.

Hochrangige Referenten

Eröffnet wurde die Tagung von Wirtschaftsminister Martin Zeil. Zu den weiteren Rednern gehörten unter anderem die Präsidentin der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Elke König, Theodor Weimer, der Vorstandssprecher der UniCredit Bank AG, Wolfgang Weiler, der Vorstandssprecher der HUK-Coburg Versicherungsgruppe, Joe Kaeser, der Finanzvorstand der Siemens AG sowie Torsten Hinrichs, der Geschäftsführer der

Standard & Poor's Credit Market Services Europe Limited. An einer Podiumsdiskussion nahmen neben Torsten Hinrichs auch Christian Becker-Hussong (Leiter Investor & Rating Agency Relations der Munich RE), Markus Kramer (Mitglied des Vorstands der Bayern LB) und Reiner Will (Geschäftsführender Gesellschafter der ASSEKURATA Assekuranz Rating-Agentur GmbH) teil.

Zeil bezeichnete Bayern als „Pionier und Erfolgsmodell in punkto finanzpolitischer Solidität und Stabilität“. Im aktuellen Doppelhaushalt 2013/14 setze der Freistaat auf das Erfolgsrezept „Sparen, Tilgen und Investieren“ und zahle mehr als 1 Milliarde Euro an Schulden zurück. Bis 2030 soll Bayern komplett schuldenfrei sein.

Auch die Unternehmensfinanzierung verlaufe momentan sehr zufrieden stellend, äußerte Zeil.

Dies gelte insbesondere für die Finanzierung des Bayerischen Mittelstands. Der Anteil der gewerblichen Unternehmen, die laut ifo Konjunkturtest die Kreditvergabe als restriktiv empfanden, sank von 44 Prozent im Dezember 2009 fast kontinuierlich auf 19,5 Prozent im April 2012. Das ist der niedrigste Wert seit Beginn der Erhebungen in 2003. Im letzten Monat waren es 20,7 Prozent. „Ich kann allerdings nicht garantieren, dass die ‚Kreditthürde‘ auf diesem niedrigen Niveau verharren wird“, meinte Zeil. Es werde sich zeigen, in wieweit schärfere regulatorische Vorgaben und die südeuropäische Schuldenkrise die Kreditvergabe des Bankensektors beeinflussen werden. Eines aber stehe fest: „Wir sind mit unserem robusten dreigliedrigen Bankensystem für die Zukunft in der Mittelstandsfinanzierung gut aufgestellt.“

Bankenaufsicht

Mit Blick auf aktuelle Fragen zur Regulierung im Finanzwesen führte der Minister zunächst das Thema Europäische Bankenaufsicht an. Den aktuellen Vorschlägen der EU-Kommission zur Etablierung einer europäischen Bankenaufsicht bei der EZB stehe er dabei äußerst skeptisch gegenüber. Eine wirksame Bankenaufsicht könne man nicht im Hauruckverfahren einführen. Ein Start bereits Anfang 2013 bezeichnete Zeil als völlig unrealistisch. Hier müsse Sorgfalt vor Schnelligkeit gehen.

Die Bayerische Staatsregierung habe in einem Zehn-Punkte-Programm detailliert aufgezeigt, wie sie zur europäischen Bankenaufsicht stehe. Ihre Forderungen lauteten: 1. Eine europäische Bankenaufsicht muss sich auf systemrelevante, grenzüberschreitende Institute beschränken. Neue Bürokratiemonster für Sparkassen und Genossenschaftsbanken und kleinere private Institute wer-

den abgelehnt. 2. Die Unabhängigkeit der EZB darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Um einen Interessenskonflikt innerhalb der EZB zu vermeiden, müssen bankenaufsichtliche und geldpolitische Aufgaben strikt getrennt werden. 3. Die Pläne der EU-Kommission für eine „Bankenunion“ mit einer europäischen Einlagensicherung und einem europäischen Restrukturierungsfonds werden entschieden abgelehnt. Die europäische Bankenaufsicht dürfe nicht zum Vehikel für eine Vergemeinschaftung von Bankschulden werden. Schließlich sei der Freistaat gegen direkte Bankenhilfen aus dem ESM ohne volle Haftung der betroffenen Mitgliedstaaten.

Basel III und Solvency II

Auch die adäquate Umsetzung von Basel III und Solvency II dürfe nicht in Vergessenheit geraten, fuhr der Minister fort. „Wir müssen uns schließlich über Eines im Klaren sein: Die angepeilten Regulierungsvorhaben sind grundsätzlicher Natur. Sie werden den Finanzsektor, seine Kundenbeziehungen und die Aufsicht auf längere Zeit prägen. Wir haben uns daher nachdrücklich in die laufende Regulierungsdiskussion eingeschaltet. Denn, um nur zwei Punkte zu nennen: Wir brauchen eine bessere Mittelstandskomponente in Basel III. Wir brauchen im Rahmen von Solvency II ein Versicherungsregelwerk, das traditionelle deutsche Produkte wie zum Beispiel das Modell der Lebensversicherung nicht über Gebühr belastet.“

Kein Hehl machte Zeil daraus, dass der Finanzplatz München und Bayern gut aufgestellt ist. Das Bayerische Finanz Zentrum decke den finanzwissenschaftlichen Bereich ab und wirke als Bindeglied zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Daneben habe sich die FPFI seit ihrer Gründung vor zwölf Jahren als angesehene Sprachrohr des Finanzplatzes etabliert. „Ich bin überzeugt, dass der Finanzplatz München mit diesem schlagkräftigen Instrumentarium dazu in der Lage ist, die Wirtschaft in Bayern möglichst zu unterstützen“, so Zeil abschließend. **DK**

Infotag Hof:

Förderkredite für mehr Energieeffizienz

Impulse für Mittelstandsunternehmen in Oberfranken

Rund 100 mittelständische Unternehmen aus Oberfranken informierten sich auf dem Infotag Wirtschaftsförderung der LfA Förderbank Bayern in der Freiheitshalle Hof über Hilfen zur Unternehmensfinanzierung. Unter dem Motto „Energieeffizienz – eine erfolgreiche Zukunft mit LfA Krediten“ standen die Finanzierungsmöglichkeiten von Investitionen zur Einsparung des Energieverbrauchs im Mittelpunkt.

Zusammen mit Wilhelm Wenning, Regierungspräsident von Oberfranken, und Hof's Oberbürgermeister Dr. Harald Fichtner eröffnete LfA-Chef Dr. Otto Beierl den Infotag. „Die günstigste Energie ist diejenige, die nicht verbraucht wird. Das erkennen immer mehr Mittelständler und wollen investieren, um die Energieeffizienz im Unternehmen zu steigern. Moderne Anlagen, Verfahren und Technik bringen Kostenvorteile, verbessern die Wettbewerbsposition nachhaltig und dienen einer sauberen Umwelt. Die nötigen Investitionen können im Verbund von Hausbank und Förderbank stabil finanziert werden. Gemeinsam bieten wir Zinssicherheit, äußerst günstige Konditionen und schlanke Verfahren“, so Beierl.

Wirtschaftsförderung im Auftrag der Bayerischen Staatsregierung ist seit über 60 Jahren das Geschäft der LfA Förderbank Bayern. Allein im letzten Jahr hat die LfA in Oberfranken über 400 klei-

nen und mittleren Unternehmen zinsgünstige Förderkredite in Höhe von 130 Millionen Euro zugesagt. Im Schnitt haben diese Firmen jeweils einen Förderkredit über gut 300.000 Euro erhalten. Damit konnten sie Vorhaben in Höhe von jeweils über 500.000 Euro stemmen, etwa für neue Maschinen, Betriebserweiterungen und bei Unternehmensnachfolgen.

Podiumsdiskussion: Angebote nutzen

Höhepunkt des Infotags war eine Podiumsdiskussion mit Georg Rittmayer von der Brauerei Rittmayer, Dr. Heinrich Strunz von der IHK, Thomas Zimmer von der HWK sowie Wenning und Beierl. Die Podiumsteilnehmer riefen die Mittelständler auf, die vorhandenen Förderangebote zu nutzen, um die Herausforderungen der Energiewende zu meistern und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. **DK**

Finanzminister Söder:

100 Millionen Euro mehr für Kommunen

Der Freistaat übertrifft das bisherige Rekordniveau im kommunalen Finanzausgleich. „Die Leistungen an die Kommunen steigen für 2013 um weitere 100 Millionen Euro auf insgesamt 7,8 Milliarden Euro“, teilte Finanzminister Dr. Markus Söder in München mit. Grund dafür seien höhere Steuereinnahmen, die in die Schlüsselzuweisungen fließen können. „Damit stärken wir vor allem die strukturschwächeren Gemeinden in Bayern“, so Söder.

Bereits beim Gespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden am 22. Juni 2012 konnte Söder mit 7,7 Milliarden Euro einen kommunalen Finanzausgleich 2013 in neuer Rekordhöhe vorstellen (2012: rund 7,3 Milliarden Euro).

Auf Rekordniveau

Da das tatsächliche Steueraufkommen im maßgeblichen Zeitraum vom 1. Oktober 2011 bis 30. September 2012 höher als ur-

sprünglich prognostiziert war, wird das Budget für 2013 nun entsprechend angepasst. „Der kommunale Finanzausgleich war schon nach den bisherigen Planungen ein Finanzausgleich auf Rekordniveau. Mit weiteren 100 Millionen Euro übertrifft der Freistaat diesen Spitzenwert erneut“, sagte Söder. Die Schlüsselzuweisungen sind Teil des kommunalen Finanzausgleichs und nicht zweckgebunden. Kommunen können darüber frei verfügen. **DK**

EU-Beihilferecht und Besteuerung der öffentlichen Hand

LKC KommunalForum 2012 mit Bayerischem Städtetag und VKU

Wie jedes Jahr im Herbst, veranstaltet die Münchner Rechtsanwaltskanzlei LKC auch heuer wieder in Kooperation mit dem Bayerischen Städtetag und dem Verband kommunaler Unternehmen (VKU) das LKC KommunalForum. In den vergangenen Jahren hat sich die Tagung zu einer festen Größe und zu einem beliebten Treffpunkt für Bürgermeister, Kämmerer und allen in der Kommunalwirtschaft Tätigen entwickelt. Am 5. Dezember wird sich im Pullacher Bürgerhaus daher wieder alles um Finanzierung kommunaler Infrastruktur, insbesondere im Energiebereich, EU-Beihilferecht und die Besteuerung der öffentlichen Hand drehen.

Das Podium ist abermals hochkarätig besetzt: Prof. Dr. Kirchhoff von der Universität Augsburg wird den Impulsvortrag halten, Rechtsanwalt Dr. Stefan Detig (LKC) beschreibt die Herausforderungen und die neuen Handlungsmöglichkeiten bei der Finanzierung kommunaler Infrastruktur und Andrea Bastian (Sparkassenverband Bayern) sowie Tanja Mönkhoff (BayernLB) erläutern die Finanzierung kommunaler Investitionen aus Kreditgebersicht. Gunnar Braun (VKU) stellt den Wandel in der Energiewirtschaft aus betriebswirtschaftlicher Sicht dar, der anschließend durch Wirtschaftsprüfer Dr. Robert Konold (LKC) mit der Wirtschaftlichkeitsberechnung am Beispiel von Windkraftanlagen ergänzt wird.

Die aktuellen EU-beihilferechtlichen Sachverhalte, Risiken und Lösungsmöglichkeiten in der kommunalen Praxis werden von Rechtsanwalt Dr. Stefan Detig (LKC) erläutert. Höchst aktuell ist auch der Vortrag von Dr. Monika Hochreiter aus dem Bayerischen Wirtschaftsministerium. Sie wird die neuen beihilferechtlichen Möglichkeiten und Grenzen der Breitbandförderung in Bayern darlegen.

Von Neuerungen und Wegen des Vorsteuerabzugs bei Sporthallen weiß Karl-Anton Zitzelsberger von der Landeshauptstadt München zu berichten. Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Dr. Franz-Stephan von Gronau wird der brisanten Frage nachgehen, ob der Vorsteuerabzug bei dauerdefizitären Einrichtungen möglicherweise kippt oder doch erhalten bleibt. Die Besteuerungsprobleme von Landkreisen rückt Rechtsanwalt Thomas Kastenmeier (LKC) aufgrund der großen finanziellen Tragweite in seinem Vortrag mit Recht nach vorne und in das Bewusstsein der zuständigen Kreismitarbeiter. Das Finale gestaltet Erich Pinkos aus dem Bundesfinanzministerium mit seinem Referat „Aktuelles aus der Finanzverwaltung“.

Die Kombination aus hochaktuellen Vorträgen und lockerer Diskussionsatmosphäre ist das Wahrzeichen des LKC KommunalForums.

Informationen sind unter 089/232416910 erhältlich sowie in der Einladungsbroschüre, die unter www.lkc.de/kommunalforum zum Download zur Verfügung steht. Bis zum 5. November erhalten Anmeldungen einen attraktiven Frühbucherrabatt. **DK**

Bayerische Genossenschaftsbanken:

Weiter Marktführer bei Landwirtschaftskrediten

Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken konnten ihre Kreditvergabe an land- und forstwirtschaftliche Betriebe im ersten Halbjahr 2012 erneut ausweiten. Von Januar bis Juni stiegen die Ausleihungen unter den Mitgliedsbanken des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB) um 119 Millionen Euro. Das entspricht einem stabilen Wachstum von 2,3 Prozent.

Insgesamt haben die Genossenschaftsbanken im Freistaat nun Kredite in Höhe von 5,3 Milliarden Euro an den Agrarsektor ausgereicht. Mit einem Marktanteil von rund 63 Prozent sind sie damit Marktführer bei Landwirtschaftskrediten. „Die Zahlen zeigen einmal mehr: Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken sind zentrale Finanzierungspartner für die Landwirte in den Regionen“, erklärt GVB-Präsident Stephan

Götzl. Dabei konnten sie ihre Position in den vergangenen Jahren stetig ausbauen. So wuchs ihr Marktanteil in der Land- und Forstwirtschaft seit 2005 um etwa fünf Prozentpunkte. Gerade im Flächenstaat Bayern sei der Agrarsektor traditionell ein bedeutender Wirtschaftszweig, so Götzl: „Und seit jeher stehen die bayerischen Kreditgenossenschaften den Landwirten bei Investitionsvorhaben verlässlich zur Seite.“ **DK**

Münchener Hypothekenbank:

Internationaler Preis für beste Euro-Pfandbriefemission

Die Münchener Hypothekenbank gewann bei den Covered Bond Awards 2012 in München den Preis für den „Euro Deal of the Year“. Damit wurde ein zehnjähriger Hypotheken-Jumbopfandbrief ausgezeichnet, den die Bank im Juni dieses Jahres begeben hatte.

Bereits bei der Emission hatte dieser Pfandbrief großen Anklang bei den Investoren gefunden. Insgesamt war die MünchenerHyp in fünf Kategorien nominiert. In den weiteren Kategorien belegte die Bank ebenfalls die vorderen Ränge. Sie erreichte drei 2. Plätze und einmal den 3. Platz.

„Die Auszeichnung bestätigt das hohe Renommee, das die MünchenerHyp an den internationalen Kapitalmärkten genießt. Sie bringt zudem das hohe Vertrauen unserer Investoren zum Ausdruck“, sagte Dr. Louis Hagen, Vorstandssprecher der MünchenerHyp, anlässlich der Preisvergabe.

Die Covered Bond Awards werden jährlich von dem renommierten internationalen Fachmagazin The Cover in insgesamt 22 Kategorien verliehen. Die Gewinner werden über eine Umfrage bei internationalen Investoren, Investmentbanken und Emittenten ermittelt. **DK**

GVB-Präsident Götzl:

EBA-Fehleinschätzung wird für Mittelstand teuer

Die Europäische Bankenaufsicht EBA stellt sich nach Presseberichten gegen den gemeinsamen Vorschlag von EU-Kommission und -Parlament zur Umsetzung von Basel III. Nach Auffassung der EBA sollen die Eigenkapitalanforderungen für Mittelstandskredite verschärft werden. In Brüssel besteht dagegen längst Einigkeit, dass Kredite an kleine und mittlere Unternehmen (KMU) die Finanzkrise nicht verursacht haben und deshalb nicht verteuert werden dürfen.

„Unsere Erfahrungen der letzten 20 Jahre bestätigen, dass die bestehenden Eigenkapitalvorgaben für unsere Firmenkredite mehr als ausreichend sind“, sagt Stephan Götzl, Präsident der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken. Er weist dabei auch auf die Ergebnisse zahlreicher nationaler und internationaler Studien, wonach Kredite an KMU risikoarm sind und geringe Ausfallwahrscheinlichkeiten aufweisen.

Gesicherte Innovationsfähigkeit

Die zuverlässige Kreditvergabe der Kreditgenossenschaften habe die Innovationsfähigkeit des Mittelstands und damit die

gute konjunkturelle Entwicklung gesichert: „Investitionen in Maschinen und neue Produktionsverfahren sind für unsere Wettbewerbsfähigkeit unverzichtbar“, so Götzl. Eine Verknapfung und Verteuerung der Kredite an kleine und mittlere Unternehmen durch Basel III sei deswegen sachlich nicht gerechtfertigt. „Sonst werden am Ende des Tages kleine Familienunternehmer für die Fehleinschätzung der EBA zahlen müssen.“

Die anderen europäischen Institutionen dürften sich jetzt nicht von den Ideen der Europäischen Bankenaufsicht beirren lassen. Vor allem, da die Behörde seit ihrem kurzen Bestehen mit ihren Urteilen schon mehrfach daneben gelegen habe. **DK**

„Frischer Wind“ für Augsburg und Friedberg

Jugendinitiativen mit Stiftungspreis der Stiftung „Aufwind“ geehrt

Zwei Jugendprojekte haben in Ottmaring den Jugendpreis „Frischer Wind“ der Stiftung „Aufwind“, der Kinder- und Jugendstiftung der Stadtsparkasse Augsburg erhalten. Stiftungsratsvorsitzender und Vorstandsvorsitzender der Stadtsparkasse Augsburg, Rolf Settelmeier, prämierte Simone Uhl vom Projekt GamePäd für ihre Initiative einer Jugend-LAN-Party „LVL-Up“ und Ludger Elfgen von der Fokolar-Bewegung für sein Jugend-Aktionsprogramm „Let's Bridge“.

„Wir mögen ja manchmal als Sparkasse etwas bieder und gesetzt daher kommen, aber mit unserem Stiftungspreis „Frischer Wind“ wollen wir ganz bewusst neue, junge Ideen und Initiativen ermutigen und fördern“ eröffnete Rolf Settelmeier schmunzelnd die Preisverleihung.

Vor gespanntem jungem Publikum machte er deutlich, was die Jury zur Auswahl der Preisträger bewogen hatte: Mit dem Seminar über Computerspiele „LVL-Up“ initiiert von Studierenden unterschiedlicher Fachrichtungen sei es gelungen, Jugendlichen nachhaltig Medienkompetenz zu vermitteln und mediale Inhalte in pädagogisch wertvoller Weise mit realen Erfahrungen zu verbinden. Dem Team der Fokolar-Bewegung gratulierte er zu zahlreichen Veranstaltungen und Aktionen unter dem Motto „Let's Bridge“, mit denen sie Brücken geschlagen hätten zwischen Menschen unterschiedlicher Nationen, Kulturen und Generationen.

Jugendliche Dynamik

In Vertretung der beiden Schirmherren der Preisverleihung, dem ersten Bürgermeister der Stadt Friedberg, Dr. Peter Bergmaier und dem Oberbürgermeister der Stadt Augsburg, Dr. Kurt Gribl, sprachen Roland Fuchs, der zweite Bürgermeister von Friedberg und Hermann Köhler, Leiter des Referats Schule und Bildung der Stadt Augsburg. Beide unterstrichen, wie sehr sie die jugendliche Dynamik und das Potential in den Jugendprojekten schätzten und zeigten sich beeindruckt vom begeistern-

den Engagement der Preisträger.

Nachdem die Preisträger mit Bildern und Life-Berichten von Teilnehmern Gelegenheit hatten ihre Projektergebnisse vorzustellen, eröffnete die Vorsitzende der Stiftung „Aufwind“, Ursula Brandhorst, die neue Bewerbungsphase für den Jugendpreis „Frischer Wind“ 2012. Dazu konnte erstmals ein prominenter Vertreter aus der Sportwelt als Botschafter gewonnen werden, der auch mit dem neuen Facebook-Auftritt des Jugendpreises vorgestellt wird: Der Torwart des FC Augsburg, Simon Jentzsch, warb für die Teilnahme an der neuen Preisvergabe, bei der die Stiftung „Aufwind“ 5.000 Euro für gute Ideen und nachhaltiges Engagement für Kinder und Jugendliche zur Verfügung stellt.

Wichtiger Teamgeist

„Ich habe selbst in meiner Jugend von Unterstützung und Förderung durch solche Organisationen und Initiativen profitiert und weiß, wie wichtig auch im Sport Teamgeist und Zusammenhalt sind. Deshalb mache ich mich stark für diesen Preis und freue mich, wenn sich viele Projekte bewerben“, ermutigte der erfolgreiche Fußballer die Anwesenden und stand anschließend den jungen Fans für persönlichen Kontakt und Autogramme zur Verfügung. Künstlerisch umrahmt wurde der Abend von der „Street Academy“, die mit einer mitreißenden Show einlage ihr Können in Tanz und Jonglage zeigte und der Band „Let's Bridge“, die musikalisch den jugendlichen Akzent der Preisverleihung unterstrich.



Viele Lechhauser nutzten die Chance, bei mäßigem Wetter an Spiel, Spaß und Unterhaltung in der Geschäftsstelle Schlössle teilzunehmen.

Kinder- und Jugendstiftung „Aufwind“:

Gewinner des Marktsonntags in Lechhausen

Der Marktsonntag in Lechhausen war ein guter Tag für „Aufwind“, die Kinder- und Jugendstiftung der Stadtsparkasse Augsburg. In der Geschäftsstelle Schlössle baute Geschäftsstellenleiter Mirco Poggiani zusammen mit seinem Team u.a. eine „Spielstraße“ für die kleinen Kunden auf. Schöne Preise versprach ein Dreh am Knax-Glücksrad.

Als Gewinner stand hier die Stiftung „Aufwind“ von vornherein fest. Denn der kleine Obolus von 50 Cent pro Dreh kam komplett der Stiftung zugute. Da zahlreiche Familien mit ihrem Nachwuchs für einen regelrechten Ansturm sorgten, konnte sich die Stiftung am Schluss über 380 Euro freuen. „Ich danke allen, die „den

Dreh raus hatten“. Ihr Beitrag hilft mit, Kindern und Jugendlichen in der Region Augsburg positive Zukunftschancen für deren geistige, seelische, körperliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu eröffnen.“, so Rolf Settelmeier, Vorstandsvorsitzender der Stadtsparkasse Augsburg und Stiftungsratsvorsitzender von „Aufwind“.



FCA-Torwart Simon Jentzsch (Bildmitte) wirbt für den Jugendpreis „Frischer Wind“ 2012. Augsburgs Bildungsreferent Hermann Köhler (rechts neben Jentzsch) und Roland Fuchs, 2. Bürgermeister der Stadt Friedberg (2. v. r.) gratulierten im Namen der Schirmherren. Stiftungsratsvorsitzender Rolf Settelmeier (untere Reihe, 4. v. l.) würdigte die Preisträger 2011.

Stadtsparkasse München:

Unter den Top 3 bei Beratung zur Altersvorsorge

Deutsches Institut für Service-Qualität bescheinigt Kundenberatern der SSKM überzeugende Leistung

Die Stadtsparkasse München gehört in der aktuellen Studie „Beratung Altersvorsorge 2012“ des Deutschen Instituts für Service-Qualität (DISQ) zu den drei besten regionalen Banken.

Im Auftrag des Nachrichtensenders n.tv hatte das unabhängige Marktforschungsinstitut 15 Kreditinstitute mit Filialberatung untersucht. Die anonymen Tester besuchten sechs überregionale Banken, die jeweils größten Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken sowie Sparda-Banken in den Städten Hamburg, Berlin und München und vereinbarten jeweils zehn Beratungsgespräche vor Ort. Die Marktforscher werteten sowohl die Beratungsleistung als auch die Angebotsunterlagen aus.

Individuelle Beratung

Die Stadtsparkasse München überzeugte im Test insbesondere mit den guten Leistungen ihrer Kundenberater. Diese nahmen sich für die individuelle Beratung ausreichend Zeit und erklärten den Inhalt stets korrekt und verständlich. Die Tester bescheinigten den Kundenberatern der Stadtsparkasse eine ausgeprägte Hilfsbereitschaft und Freundlichkeit. Die angenehme Gesprächsatmosphäre runde das positive Ergebnis ab, so das Fazit der Jury. Im Gesamtvergleich aller 15 Kreditinstitute belegte die fünftgrößte deutsche Sparkasse den vierten Platz.

Vierte Auszeichnung

Mit der hervorragenden Platzierung im Test des Deutschen Instituts für Service-Qualität hat die Stadtsparkasse München in diesem Jahr bereits die vierte Auszeichnung für ihre Beratungsleistung erhalten. Aus der diesjährigen Studie zur Geldanlageberatung des deutschen Instituts für Service-Qualität ging die Stadtsparkasse dank individueller Beratung und mit einem auf den Anleger zugeschnittenen Angebot als Testsieger mit der besten Wertung hervor und erhielt damit das Qualitätsurteil sehr gut.

Marktführer

Im April bescheinigten ihr die Zeitschrift „Euro am Sonntag“ und das Institut für angewandte Marketing- und Kommunikationsforschung (iMK) in zwei voneinander unabhängigen Untersuchungen jeweils die Note „sehr gut“ für ihre Kunden- und Anlageberatung.

Jeder zweite Münchner vertraut in Geldfragen auf die Stadtsparkasse München. Der Marktführer unter den Münchner Banken im Privatkundenbereich, bezogen auf Hauptbankverbindun-

gen, bietet mit 91 Geschäftsstellen, 56 SB-Servicestellen sowie Betreuungs- und Kompetenzzentren das dichteste Filialnetz aller Kreditinstitute im Stadtgebiet. Mit ihren Partnern aus der Sparkassen-Finanzgruppe, dem größten Finanzverbund Deutschlands, stellt die Stadtsparkasse München das gesamte Spektrum von Finanzdienstleistungen, Anlagemöglichkeiten und Finanzierungsformen bereit.

Veränderungen im Vorstand der BayernLB

Jan-Christian Dreesen verlässt Vorstand und wechselt zum FC Bayern

Jan-Christian Dreesen (45) verlässt die BayernLB, um bei der FC Bayern München AG die Position des Finanzvorstands zu übernehmen.

Dreesen gehört seit dem 1. September 2009 dem Vorstand der BayernLB an und war zuletzt für das Ressort Corporates, Mittelstand & Privatkunden zuständig. Er hat in dieser Zeit maßgeblich das neue Geschäftsmodell der BayernLB mitentwickelt und das Mittelstandsgeschäft der Bank in Bayern und Deutschland geprägt. Mit der Eröffnung der Niederlassung Düsseldorf Ende 2010 hat er für die BayernLB zahlreiche mittelständische Unternehmen in dieser Region als Neukunden gewinnen können.

Den Wandel mitgestaltet

Der Vorstand der BayernLB wünscht Jan-Christian Dreesen für seine neue Herausforderung außerhalb der Bankenbranche alles Gute und viel Erfolg. „Mit seiner Markt- und Vertriebsorientierung hat Jan-Christian Dreesen in den letzten Jahren den Wandel der BayernLB zu einer kundenorientierten Bank mit gestaltet und maßgeblich vorangetrieben. Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen, um die BayernLB nachhaltig als verlässlichen Unternehmens- und Immobilienfinanzierer sowie Partner der Sparkassen in Bayern und Deutschland zu positionieren“, so Gerd Häusler, Vorstandsvorsitzender der BayernLB.

Dr. Markus Söder, Verwaltungsratsvorsitzender der BayernLB: „Die Berufung von Herrn Dreesen in den Vorstand des FC Bayern zeigt die hohe Qualität der BayernLB. Der FC Bayern verpflichtet nur gute Leute. Wir wünschen ihm weiterhin viel Erfolg“.

Diverse Funktionen

Jan-Christian Dreesen startete seine berufliche Karriere nach Banklehre und Studium der Betriebswirtschaftslehre bei der damaligen Bayerischen Vereinsbank mit einer Traineeausbildung. In verschiedenen Funktionen war er bis 2006 für die HypoVereinsbank tätig, zuletzt als Vorstand für das Ressort Privatkunden und Private Banking. Im Juli 2006 wechselte Dreesen in den Vorstand und als CEO Wealth Management zur UBS Deutschland AG, dessen Vorsitz er im März 2008 übernahm, bevor er zum 1. September 2009 in den Vorstand der BayernLB wechselte.



Intelligente Lösungen für bayerische Kommunalkunden

Wir machen uns stark für die Kommunen

In Kooperation mit den bayerischen Sparkassen bieten wir den bayerischen Kommunen ein innovatives und lückenloses Leistungsspektrum an. Hierzu gehört die Finanzierung von kommunalen Bau- und Infrastrukturprojekten ebenso wie die Begleitung von Maßnahmen zur Energieeinsparung im Rahmen der Energiewende oder die Analyse und Optimierung von Kreditportfolien. Dabei sind wir nicht nur kreativ bei der Nutzung innovativer Finanzierungsquellen. Wir haben auch viel Erfahrung mit der Ausschöpfung aller relevanten Fördermöglichkeiten. Haben wir etwas vergessen? Dann sagen Sie es uns. Wir können es sicher auch. > vertriebsdirektion-kommunalkunden@bayernlb.de

Finanzgruppe

BayernLB

Neues Entwässerungssystem für ein Welterbe

DS CityLiner: Pilotprojekt auf Zollverein

Rund 3.500 Meter schadhafter Kanäle hat die Diring & Scheidel Rohrreparatur GmbH & Co. KG im Rahmen eines Pilotprojektes auf dem Gelände der Kokerei Zollverein mit dem DS CityLiner saniert. Bei dem Verfahren wird ein außenseitig PU-beschichteter Nadelfilzschlauch unmittelbar vor dem Einbau auf der Baustelle in einer eigens dafür konstruierten Mischanlage mit Epoxidharz getränkt, kontrolliert kalibriert und dann mit Wasserdruck im Inversionsverfahren in die vorbereitete Haltung eingebracht.

Das wirtschaftliche und flexible Sanierungsverfahren hatte sich in einer Machbarkeitsstudie der Essener bPLAN Ingenieurgesellschaft vor allem unter ökologischen und ökonomischen Aspekten gegen einen kompletten Neubau des Kanalnetzes durchgesetzt. Die Sanierungsarbeiten, die neben dem Einzug von Schlauchlinern im Nennweitenbereich von DN 200 bis DN 900 die händische Sanierung eines rund 420 m langen begehbaren Kastenprofils sowie die Auskleidung von rund 90 Schachtbauwerken umfasste, konnten zur vollsten Zufriedenheit des Auftraggebers abgeschlossen werden: Bei allen 24 Haltungen waren sowohl bei den Materialkennwerten als auch bei der Dichtigkeit die ermittelten Werte deutlich besser als die geforderten Sollvorgaben.

Eintrag in UNESCO-Liste

Die Kokerei Zollverein wurde in den Jahren 1957-61 in Anbindung an den Schacht XII der Zeche Zollverein errichtet. Mitte der 1960er Jahre erreichte die Kokerei erstmals ihre Höchstkapazität von 5000 Tonnen Koks pro Tag. Anfang der 1970er Jahre wurde sie zu einer der weltweit größten Anlagen ausgebaut. Rund 1000 Menschen arbeiteten in Spitzenzeiten hier, viele davon im Schichtbetrieb. Im Zuge der großen Stahlkrisen und dem damit verbundenen Rückgang der Produktion, wurde die Kokerei im Juni 1993 stillgelegt. Im Jahr 2000 wurde die Kokerei Zollverein mit den Bereichen der Koksproduktion (schwarze Seite) und der chemischen Produktion zur Gewinnung der Nebenprodukte (weiße Seite) unter Denkmalschutz gestellt. 2001 folgte der Eintrag der Zeche Zollverein Schacht XII und Schacht 1/2/8 sowie der Kokerei Zollverein in die UNESCO-Liste des Welterbes.

Machbarkeitsstudie als Grundlage

Bei der weiteren städtebaulichen Entwicklung der einzigartigen industriellen Kulturlandschaft steht unter anderem eine nachhaltige Siedlungswasserwirtschaft im Fokus. Vor dem Hintergrund einer

Machbarkeitsstudie, die den Umbau der Abwasseranlagen der Kokerei Zollverein unter Berücksichtigung einer naturnahen Regenwasserbewirtschaftung zum Gegenstand hatte, beschlossen Emsergenossenschaft und Stiftung Zollverein die vorhandenen Mischsysteme des Gesamtbereichs Zollverein näher untersuchen zu lassen. „Hierbei standen die Entflechtung unterschiedlich bela-



Schlauchlinersanierung auf Zeche Zollverein: Die Mischanlage ist im so genannten DS CityLiner untergebracht. Foto: D&S

steter Wasserströme, insbesondere Schmutz- und Regenwasser, eine naturnahe Regenwasserbewirtschaftung unter den Randbedingungen einer altindustriellen Fläche, die Behandlungsbedürftigkeit des Regenwassers vor Einleitung ins Gewässer sowie die Einsparpotentiale bei der baulichen Sanierung des vorhandenen Abwasserkanalnetzes durch Entflechtung des Mischsystems besonders im Blickpunkt“, erläutert Dipl.-Ing. Peter Günster, Objektplaner bei der bPLAN Ingenieurgesellschaft.

Bislang zwei Kanäle

Bisher existierten auf dem Kokereigelände in weiten Teilbereichen für das Mischsystem zwei parallel verlaufende Kanäle. „In einem so genannten „Tageswasserkanal“ wurden das anfallende Schmutzwasser sowie das Niederschlagswasser der bebauten und befestigten Flächen abgeleitet“, so Günster weiter. „Der „Betriebswasserkanal“ hatte die Aufgabe, die betrieblichen Abwasser der

Kokerei zu sammeln und abzuleiten. Beide Systeme mündeten in die im nordöstlichen Bereich befindliche Kokerei-Kläranlage. Von der ehemaligen Kläranlage aus flossen sämtliche Abwässer im Mischsystem durch den teilweise offenen Kokereigraben zum verrohrten Katemberger Bach. Für den Bereich Schacht XII bestand ein Mischwasserkanalsystem, ein Betriebswasserkanal war dort nicht vorhanden.“

Wirtschaftlich und flexibel

Im Zuge der Ausführungsplanung der mit Mitteln des Landes und der Emsergenossenschaft geförderten Abkopplungsmaßnah-

men wurde das vorhandene Kanalnetz komplett untersucht und ein umfangreiches Sanierungskonzept erstellt. Dabei hat sich die bauliche und hydraulische Aussanierung des Tageswasserkanals als zukünftig öffentlichen Mischwasserkanal und Sanierung des Betriebswasserkanals als privaten Regenwasserkanal der Stiftung mit Einleitung in den Katemberger Bach sowohl ökologisch als auch ökonomisch als die eindeutige Vorzugsvariante herausgestellt. Auftraggeber und Planer entschieden sich deshalb, einen Großteil der vorhandenen Kanalisation mit einem Schlauchliner zu sanieren. Zu den nennenswerten Vorteilen dieses Verfahrens zählt für Dipl.-Ing. Rüdiger Rang, Objektüberwachung bPLAN Ingenieurgesellschaft, „neben der sehr kurzen Einbauzeit der Umstände, dass im Gegensatz zu Sanierungsmaßnahmen in offener Bauweise Aufgrabungen weitestgehend entfallen.“ Eine wichtige Voraussetzung für die Arbeiten auf dem ehemaligen Zechengelände.

Insgesamt wurden rund 3500 Meter des alten Leitungsnetzes – es bestand aus Beton- und Steinzeugrohren in Nennweiten von DN 200 bis DN 900 – mit Schlauchlinern saniert. Bei dem Verfahren wird ein außenseitig PU-beschichteter Nadelfilzschlauch unmittelbar vor dem Einbau auf der Baustelle in einer eigens dafür konstruierten Mischanlage mit einem Epoxidharz getränkt, kontrolliert kalibriert, und dann mit Wasserdruck im Inversionsverfahren in die vorbereitete Haltung eingebracht. Das Ergebnis ist ein Produkt, dessen Standard und Qualität allen Anforderungen in punkto Dichtigkeit, statischer Tragfähigkeit und hydraulischem Abflussverhalten gerecht wird.

Herausragende Ergebnisse

„Das zeigte sich auch bei den Auswertungen der Baustellenproben“, erläutert Bauleiter Dipl.-Ing. Jens Wahr, Diring & Scheidel Rohrreparatur GmbH & Co. KG, NL Herne. „An gekrümmten Prüflingen, die aus der Baustellenprobe entnommen wurden, wurden unter anderem die Kurzzeitwerte der Biegefestigkeit und des Biege-E-Moduls ermittelt. Die Ergebnisse waren hervorragend.“

RAL-Gütegemeinschaft Kanalbau:

Fachgerechte Ausschreibung, Ausführung und Bauüberwachung

Auftraggeber-Fachgespräche zum Thema Rohrvortrieb

„Ausgewählte Aspekte fachgerechter Rohrvortriebsarbeiten, Ausschreibung und Bauausführung – Grundlagen, Erfahrungen und Hinweise“ lautete der Titel der Auftraggeber-Fachgespräche zum Thema Rohrvortrieb, zu dem die RAL-Gütegemeinschaft Kanalbau kommunale Auftraggeber und Mitarbeiter von Ingenieurbüros nach Dahlewitz, Duisburg und Kassel eingeladen hatte. Die von Dipl.-Ing. Stephan Tolkmitt, einem der vom Güteausschuss der Gütegemeinschaft Kanalbau beauftragten Prüfingenieure moderierte Diskussionsplattform ist Bestandteil einer umfangreichen Veranstaltungsreihe, welche die Gütegemeinschaft Güteschutz Kanalbau für Auftraggeber und beratende Ingenieure anbietet.

Zum Programm der Veranstaltungsreihe gehört neben einer allgemeinen Einführung zum Thema „Gütesicherung – Neuerungen und Entwicklungen“ eine kurze Übersicht über die technischen Regeln. Darüber hinaus werden „Anforderungen an Planung und Ausschreibung“ vorgestellt und über die „Bemessung der Rohre und vortriebsbegleitende Messwertaufzeichnung“ gesprochen. „Bauausführung nach den Regeln der Technik“ sowie „Abschlussprüfungen“ runden die Veranstaltung inhaltlich ab.

Aktuelle Entwicklungen und Regelwerke

„Mit den praxisbezogenen Vorträgen zu den einzelnen Themenbereichen bringt die Veranstaltung für Auftraggeber und Mitarbeiter von Ingenieurbüros auf den Punkt, was für den Rohrvortrieb wichtig ist“, erklärt Referent Stephan Tolkmitt. Das kommt bei den Teilnehmern gut an. Ebenso wie die vielfältigen Informationen zu aktuellen technischen Entwicklungen und Regelwerken.

Etwa zur Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB), Teil C: Allgemeine Technische Vertragsbedingungen für Bauleistungen (ATV) – Rohrvortriebsarbeiten. In der neuen Ausgabe 2012-09 wurden gegenüber der DIN 18319 von April 2010 Änderungen vorgenommen. So wurde das Dokument redaktionell überarbeitet, die Verweisungen auf VOB/A und VOB/C und Normenverweisungen aktualisiert. Behandelt wurden unter anderem Neuerscheinungen bei den Technischen Regelwerken, wie zum Beispiel die DIN 4123 –

Die Mischanlage ist im so genannten DS CityLiner untergebracht. Die mobile Tränkstation verfügt über je einen Harz- und einen Härtertank. „Sie sind klimatisiert, um die Harztemperaturen unabhängig von den Außentemperaturen auf einem definierten Stand zu halten“, so Wahr weiter.

Inversionsverfahren

Die Überwachung erfolgt über integrierte Messgeräte. Regelbare Förderpumpen sorgen für den Transport der erforderlichen Harz- und Härtermengen zum Zwangsmischer. Nun werden die Komponenten unter Luftabschluss zusammgeführt und in den Filzschlauch eingebracht. Der vorbereitete Inliner wird dann mit Wasserdruck im Inversionsverfahren in die zu sanierende Haltung eingebracht. Durch Aufheizen des bei der Inversion benutzten Wassers erfolgt die Aushärtung des Epoxidharz-Systems. Nach dem Aushärten werden – falls vorhanden – verschlossene Kanalanschlussleitungen mit dem KA-TE-Roboter geöffnet.

Im Zuge der Sanierungsarbeiten wurden zusätzlich rund 90 Schächte saniert und mit einer mineralischen Beschichtung versehen. Hinzu kam die händische Beschichtung des 420 Meter langen abge-

deckelten Kokereigrabens. „Es handelt sich um ein begehbare Kastenprofil mit Trockenwetterrinne“, erläutert Bauleiter Rang. „Nach einer Hochdruckreinigung und der Reprofilierung der Sohle wurde der Untergrund – insbesondere die freiliegende Bewehrung – vorbehandelt und anschließend mit Spritzbeton ausgekleidet.“

Wichtige Bausteine

Die Sanierungsarbeiten auf dem Gelände der Zeche Zollverein konnten zur Zufriedenheit der Auftraggeber abgeschlossen werden. Nach Fertigstellung der Abkopplungsmaßnahmen sind sämtliche Abwasseranlagen gemäß den allgemeinen Regeln der Technik saniert und die Dichtheit der Schmutz- und Mischsysteme ist nachgewiesen. Neben den umfangreichen Arbeiten in grabenloser Bauweise zählten die Neuverlegung eines Abwasserkanals DN 500, diverse Umkleumarbeiten von Schmutz- und Regenwasserkanälen, die Einrichtung von Pumpenanlagen und eines Regenrückhaltebeckens sowie der Bau einer Druckwasserleitung und eines Bodenfilters zu den wichtigsten Bausteinen des umfangreichen Sanierungskonzeptes. □

gruppe ABV) und bei der Ausführung entsprechender Arbeiten (Beurteilungsgruppen „VO, VOD“, „VM, VMD“, „VP“). Ebenfalls enthalten sind Textbausteine für den „Verlangten Nachweis der Bieterreinigung nach RAL-GZ 961“ und die Broschüre „Auftragsvergabe und Bieterqualifikation“.

Neben allgemeinen und technisch-fachlichen Sachverhalten wird in den Veranstaltungen auch über die verschiedenen Aspekte der Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961 diskutiert – etwa über Maßnahmen zur Berücksichtigung der technischen Anforderungen oder die Sicherstellung einer fachgerechten Ausführung. Die Referenten – in der Regel handelt es sich um vom Güteausschuss der Gütegemeinschaft Kanalbau beauftragten Prüfingenieure – bringen ihre Erfahrungen in die Diskussionen ein.

Praxisnähe

Mit vielen praxisnahen Bezügen führen sie anschaulich durch das gesamte Spektrum von Herstellung und Instandhaltung von Abwasserleitungen und -kanälen. Immer wieder wird deutlich: Nur dauerhaft intakte und dichte Kanäle ermöglichen letztlich tragbare Entsorgungskosten. Angesichts dieser Tatsache und der von schadhafte Kanälen ausgehenden Umweltbeeinträchtigungen ist eine zuverlässige Qualitätssicherung im Kanalbau besonders wichtig. Auftraggeber berücksichtigen dies insbesondere durch Sicherstellung der Qualifikation der ausführenden Unternehmen.

Die Fachgespräche geben Gelegenheit zum Gewinn aktueller Kenntnisse und zur Erweiterung bestehenden Wissens. Ebenso wie die Schulungen bieten sie eine gute Möglichkeit zur Auffrischung der Kenntnisse, die zum Beispiel in den entsprechenden Grundlagen- und Ausbildungskursen der DWA Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. erworben wurden. Die Teilnehmer profitieren von der Diskussion, aber auch von den Arbeitshilfen, die sie an die Hand bekommen. □



Grabenlos gut!

DIRINGER & SCHEIDEL
ROHR SANIERUNG



Aschaffenburg · Dessau · Freiburg · Hannover · Herne · Leipzig · Mannheim
München · Nürnberg · Oldenburg · Saar · Wetzlar · www.dus-rohr.de

Versickern, verbinden, belüften, bewässern:

Funke hat die Lösungen

Versickern, verbinden, belüften, bewässern hießen die Themen, mit denen die Funke Kunststoffe GmbH auf der GaLaBau in Nürnberg Akzente setzte. Neben vielfältigen Lösungen „vom Hausanschluss bis zum Sammler“ standen moderne und zukunftsweisende Produkte für Regenwasserbewirtschaftung und Baumpflege im Mittelpunkt. Hierzu gehörten D-Raintank®, D-Rainclean®, INNOLET® und die Golpla-Rasengitterplatte sowie der HS®-Baumwurzelbelüfter und der HS-Baumbewässerungswinkel. Zu den weiteren Messehighlights zählten die VPC®-Rohrkupplung, deren Spannbereich bis 1000 mm erweitert wurde und eine neue Variante des INNOLET®-Systems, das nun auch bei Straßenabläufen mit Nass-Schlammfang verwendet werden kann.

INNOLET® wird seit Jahren mit großem Erfolg von vielen Kommunen in Deutschland in Straßenabläufen eingesetzt. „Das System reinigt Niederschlagsabflüsse dezentral, noch bevor sie in den Regenwasserkanal bzw. in den Oberflächengewässer gelangen“, erläutert Frank Horstmann, Produktmanager Geschäftsbereich Tiefbau, Funke Kunststoffe GmbH.

Variables System

In der aktuellen Ausführung INNOLET®-G ist das System nicht nur bei herkömmlichen tiefen Straßenabläufen mit 1a-Bodenteilen einsetzbar, sondern auch bei Straßenabläufen, die mit einem Nass-Schlammfang ausgestattet sind. „Das mit Feststoffen angereicherte Niederschlagswasser fließt in den mit INNOLET®-G ausgerüsteten Straßenablauf“, beschreibt Horstmann die einfache Funktionsweise des Systems. „Ein Verteilerkegel sorgt dafür, dass das Niederschlagswasser an dem Einsatz vorbeifließt und sich am Boden des Straßenablaufs sammelt.“

Mit steigendem Wasserstand durchströmt das Niederschlagswasser die mit einem speziellen Substrat gefüllte Filterpatrone. Hier werden die im Oberflächenabfluss mitgeführten gelösten Schwermetalle, Öl, sowie die organischen Substanzen adsorbiert. Das auf diese Weise gereinigte Wasser kann nun über einen oben angebrachten Ablauf in den Kanal gelangen.

Kur- und Heilbäder:

Gesundheitsprofil schärfen

Regionalkonferenz für Niederbayern und die Oberpfalz in Bad Füssing

Ein wichtiger Pfeiler des Gesundheitslands Bayern sind die bayerischen Kur- und Heilbäder. Dort arbeiten im Freistaat über 100.000 Menschen, pro Jahr werden rund 3,67 Milliarden Euro umgesetzt. Chancen und Probleme der Kur- und Heilbäder standen im Mittelpunkt einer Heilbäder-Regionalkonferenz in Bad Füssing im Landkreis Passau. Nach Bad Wörthshofen (für Schwaben), Bad Windsheim (für Franken) und Bad Reichenhall (für Oberbayern) handelte es sich dabei um die nunmehr vierte Versammlung von Bürgermeistern, Kurdirektoren sowie weiteren Kur- und Bäderverantwortlichen in Bayern.

Nach den Worten von Gesundheitsminister Marcel Huber stehen die Kur- und Heilbäder vor enormen Herausforderungen. Ihre Probleme gehen in erster Linie auf tief greifende Umstrukturierungen zurück. So ist beispielsweise der Anteil der verschriebenen Kuren seit Mitte der 1990er Jahre von 900.000 auf 68.000 im Jahr 2011 gesunken. Darüber hinaus haben die Verantwortlichen der bayerischen Kur- und Heilbäder mit ausländischen Konkurrenzangeboten zu kämpfen.

„Wir wollen Bayerns Heilbäder zukunftsfest machen. Sie sollen sich als moderne Gesundheitszentren für eine immer gesundheitsbewusstere Gesellschaft präsentieren. Kurorte sind nicht nur Orte, um dort gesund zu werden, sondern auch um gesund zu bleiben“, unterstrich Huber.

Der Freistaat habe ein bundesweit einmaliges Förderprogramm für die bayerischen Kur- und Heilbäder aufgelegt, um die medizinische Qualität weiter zu steigern. Mit einer Fördersumme von über sieben Millionen Euro sollen die 47 hochpräzidierten Kurorte und Heilbäder sowie die zehn Gemein-

Mit D-Raintank® und D-Rainclean® hat Funke weitere bewährte Produkte für die Regenwasserbewirtschaftung im Programm. Der D-Raintank® ist ein aus Gitterplatten zusammengesetztes Element, das mit einem Geotextil umschlossen wird. Die einzelnen Tanks können je nach Raumsituation variabel verlegt werden. So entstehen Regenwasser-Stauräume, in denen Niederschlagswasser von Dächern, Terrassen-, Hofflächen, Gehwegen und sonstigen versiegelten Oberflächen aufgenommen und versickert oder weitergeleitet werden kann.

Offene Version

D-Rainclean®, die Sickermulde mit Substrat, dient zur Behandlung und Versickerung von belasteten Niederschlagsabflüssen von Straßen und Parkplätzen. D-Rainclean® mit DIBt-Zulassung Z-84.2-1 erfüllt die Forderungen gemäß Regelwerk DWA A-138 für belastetes Oberflächenwasser. Durch Adsorption, Kationenaustausch und Filtration werden Schwermetalle gebunden. Ölrückstände werden biologisch abgebaut. Eine Belastung von Klärwerken, Böden und vor allem des Grundwassers wird vermieden. Die D-Rainclean®-Sickermulde gibt es als offene Version für die nachträgliche Begrünung und als geschlossene Version mit einer befahrbaren Guss-Abdeckung Klasse A/B 12,5t oder Klasse D 40t.

Mit dem HS®-Baumwurzelbelüfter und dem HS-Baumbewässerungswinkel bietet Funke eine praktikable Lösung für die optimale Ausstattung von Baumstandorten. Bodenverdichtung und Bodenversiegelung sind meist die Hauptursache für einen mangelnden Gas- und Sauerstoffaustausch im Boden sowie eine verminderte Wasser- und Nährstoffaufnahme.

Abhilfe schafft der HS-Baumwurzelbelüfter, der mit einem von 160 bis 230 Millimeter teleskopierbarem Aufsatz aus Kunststoff sowie mit einem 1,5 Meter langen HS-Steigrohr ausgestattet ist. Über dieses System lassen sich den Wurzeln in erster Linie Luft, aber auch Wasser und Nährstoffe zuführen. Das Kunststoff-Oberteil hat einen geschlitzten Deckel und lässt sich mit dem teleskopierbaren Aufsatz optimal an die Einbausituation vor Ort anpassen. Es verfügt darüber hinaus über eine fest angeformte Auflageplatte mit HS®-Verbindungsnuße DN/OD 110. Für befahrbare Flächen ist ein Guss-Oberteil der Klasse A/B erhältlich. Das Unterteil besteht aus einem 1,5 Meter langen Steigrohr mit Bodenverankerung, das in geschlitzter oder geschlossener Ausführung erhältlich ist.

Das geschlitzte Rohr ist zusätzlich mit einem Geotextiltrumpf ausgestattet. Der verbleibende Ringspalt zwischen Bohrwand und Unterteil wird mit dränfähigem Schüttgut – zum Beispiel Lava 8/16 mm – verfüllt. Das System eignet sich sowohl für Neuanpflanzungen als auch für Baumsanierungsmaßnahmen.

Der HS-Baumbewässerungswinkel besteht aus geschlitzten und wandverstärkten Bewässerungsröhren DN/OD 160, die mit wandverstärkten Formteilen zu einem Winkel verbunden werden. Das flexible Bauteil kann individuell auf den Durchmesser einer Baumscheibe und die jeweiligen Bodenverhältnisse angepasst werden.

Trend zu privatfinanzierter Kur

Wie Huber erläuterte, geht der Trend zur privatfinanzierten Kur, bei der der Kurgast den Ort nach Attraktivität und Angebot selbst wählt. Das Gesundheitsland Bayern müsse auch der steigenden internationalen Nachfrage gerecht werden. So könnten etwa neue Anlaufstellen in den Kurorten bezuschusst werden, die den Gästen bei der Planung des Kurablaufs als

„Lotse im Kurort und Heilbad“ zur Verfügung stehen. Zudem werden Maßnahmen zur Fortbildung und Qualifikation des kurmedizinischen Fachpersonals gefördert, die die Qualität der Behandlung, der Versorgungsabläufe und der Behandlungsergebnisse umfassen, interne Qualitätsmanagementsysteme oder die Fort- und Weiterbildung von Ärzten zu Kur- und Badeärzten. Anträge nimmt die Bayerische Gesundheitsagentur entgegen.

„Der Arbeitsplatz Kur- und Heilbad muss künftig attraktiv bleiben. Deshalb wird sich das Bayerische Gesundheitsministerium auch für weitere Finanzmittel einsetzen“, versprach der Minister.

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit Bad Füssings Kurdirektor und Geschäftsführer des Bayerischen Heilbäderverbandes Rudolf Weinberger, Bad Füssings Bürgermeister Alois Brundobler und Passaus Landrat Franz Meyer meinte Kurdirektor Weinberger mit Blick auf das Thema der betrieblichen Gesundheitsprävention: „Wir sehen darin eine Riesenchance.“ Vor allem bei kleinen und mittelständischen Betrieben bestehe hier enormer Handlungsbedarf.

Bürgermeister Brundobler zufolge führen die Krankenkassen regelmäßig Gespräche mit den Unternehmen. „Hier wäre es wünschenswert, wenn sie dabei auch über die Möglichkeit der Prävention in den Heilbädern und Kurorten informieren würden.“ Dem stimmte Minister Huber uneingeschränkt zu. **DK**

Gut zu kombinieren

den und sorgt dafür, dass die Wurzeln auf lange Sicht ausreichend mit Wasser und Nährstoffen versorgt werden. Der Baumbewässerungswinkel eignet sich hervorragend für die Kombination mit dem Baumwurzelbelüfter, der zur Tiefenbelüftung, Bewässerung und gezielten Düngung des Wurzelbereichs eingesetzt wird.

Ebenso viel Beachtung bei den Messebesuchern fand die VPC®-Rohrkupplung. Das Bauteil, das für eine optimale und dauerhaft dichte Verbindung von Rohren gleicher Nennweiten aus gleichen oder verschiedenen Werkstoffen mit unterschiedlichen Außendurchmessern sorgt, ist seit diesem Jahr für Spannbereiche bis 1000 mm erhältlich. Und das individuell nach Kundenwunsch in jedem Nennweitenbereich – stufenlos. „Sie sagen uns, was Sie brauchen und wir stellen es her, lautet die klare Botschaft, die wir mit diesem Produkt verbinden“, macht Produktmanager Horstmann deutlich.

Mehr Flexibilität im Kanalbau

Mit einem Spannbereich von bis zu 1000 Millimeter lassen sich auch bei Sammlern im öffentlichen Kanalnetz vernünftige Übergangslösungen schaffen. Egal ob bei einer Sanierung, einer Reparatur oder bei der Verlegung einer neuen Leitung: Aufgrund seiner bauartbedingten Vorteile erleichtert das Formteil die Montage selbst bei unterschiedlichen Außendurchmessern erheblich. Damit trägt Funke zu noch mehr Flexibilität auf der Baustelle bei.

Die Montage der Rohrkupplungen verläuft einfach. Während ein Drehmomentschlüssel für das Anziehen der Spannbänder bei den kleineren Spannbereichen (< 300 Millimeter) ausreicht, erleichtert ein ebenfalls bei Funke erhältlicher Tangentialspanner den Einbau der Rohrkupplungen in den Spannbereichen von 300 bis 1000 Millimeter. In diesem Zusammenhang ist es erwähnenswert, dass mit der Rohrkupplung werkstoffbedingte Unterschiede in den Außendurchmessern der Rohre von bis zu 70 Millimeter ausgeglichen werden können.

Die Funke VPC®-Rohrkupplung ist in der Version DN 150 BF (für Außendurchmesser von 210 bis 215 Millimeter) auch für die Verbindung mit einem Betonrohr mit Fuß einsetzbar. Das Set besteht aus einer VPC®-Rohrkupplung, einem Betonadapter aus Kunststoff und einem Adapterring aus Ethylen-Propylen-Dien-Kautschuk (EPDM). Für die Verbindung von Kunststoffrohren mit runden Betonrohren in den Nennweiten DN 250 bis 1000 stehen Ausgleichsringe aus EPDM oder Betonadapter aus Kunststoff zur Verfügung, die den materialbedingten erheblichen Unterschied bei dem Rohraußendurchmesser ausgleichen. **□**

Ökologische Maßnahmen

Wesentlicher Bestandteil des Investitionsprogramms sind ökologische Maßnahmen, die zur nachhaltigen Verbesserung des Lebensraums der dort heimischen Tier- und Pflanzenwelt beitragen. So wurde mit einer neuen Fischaufstiegsanlage im Bereich des Filzinger Wehrs die Durchgängigkeit der Iller für heimische Fischarten wie Äschen, Barben und Nasen wiederhergestellt. Im Rahmen des Pilotprojekts wird die Funktionalität der Anlage untersucht, um daraus Rückschlüsse für andere Fischtreppe in der Region zu gewinnen.

Auch das Projekt zur Auwaldbewässerung hat Vorbildcharakter. „Mit dem umfangreichen Modernisierungs- und Sanierungsprogramm haben wir die Zukunfts-



Versickern, verbinden, belüften, bewässern: Für jedes Thema präsentierte Funke auf der GaLaBau in Nürnberg eine passende Lösung. Bild: Funke Kunststoffe GmbH

Wasserkraftbetreiber UIAG:

Auwaldprojekt an Unterer Iller eingeweiht

Mit einem Festakt hat die Untere Iller AG (UIAG) gemeinsam mit Vertretern von Politik, Fachbehörden sowie Naturschutz- und Fischereiverbänden den Abschluss eines umfassenden Modernisierungs- und Sanierungsprogramms begangen, in das der Wasserkraftbetreiber rund 23 Millionen Euro investiert hat. In diesem Rahmen ist auch eine Anlage zur Auwaldbewässerung entstanden, die im Rahmen der Veranstaltung offiziell in Betrieb gegangen ist. Mit der Anlage werden zwischen Iller und Illerkanal auf über zwei Kilometern Länge auwaldtypische Lebensräume neu geschaffen.

Die UIAG betreibt an der Unteren Iller die Wasserkraftwerke Au, Untereichen und Altenstadt. Im Zuge der Modernisierung wurden sowohl die Maschinen als auch die elektrotechnischen Anlagen und Kommunikationssysteme in den drei Kraftwerken erneuert. An der Wehranlage Altenstadt sowie den Kraftwerken Untereichen und Au wurde eine Betonsanierung durchgeführt. Auch die Dämme und Deiche im Konzessionsbereich der UIAG sowie Teile des Iller-Kanals wurden umfassend saniert.

Ökologische Maßnahmen

Wesentlicher Bestandteil des Investitionsprogramms sind ökologische Maßnahmen, die zur nachhaltigen Verbesserung des Lebensraums der dort heimischen Tier- und Pflanzenwelt beitragen. So wurde mit einer neuen Fischaufstiegsanlage im Bereich des Filzinger Wehrs die Durchgängigkeit der Iller für heimische Fischarten wie Äschen, Barben und Nasen wiederhergestellt. Im Rahmen des Pilotprojekts wird die Funktionalität der Anlage untersucht, um daraus Rückschlüsse für andere Fischtreppe in der Region zu gewinnen.

Auch das Projekt zur Auwaldbewässerung hat Vorbildcharakter. „Mit dem umfangreichen Modernisierungs- und Sanierungsprogramm haben wir die Zukunfts-

fähigkeit der UIAG nachhaltig gesichert“, sagte Peter Strobel, Vorstandsmitglied der UIAG, bei dem Festakt. „Unsere Kraftwerke werden mit modernster Leit- und Steuerungstechnik auch in den kommenden Jahrzehnten klimafreundlich und verlässlich Strom erzeugen. Wir haben in dem Programm auch noch einmal deutliche Verbesserungen im Hochwasserschutz umgesetzt. In diesem Rahmen haben wir an den Dämmen und Deichen auch Wege, die im Hochwasserfall von unseren Einsatzkräften genutzt würden, saniert und neu angelegt. Dieses Wesenetz steht selbstverständlich auch Fußgängern und Radfahrern zur Verfügung und verbessert damit den Freizeitwert der Region.“

Verbesserter Lebensraum

Strobels Vorstandskollege Ludwig Tremml ergänzte: „Wesentliches Ziel war es auch, in unserem Verantwortungsbereich echte Verbesserungen des Lebensraums für die heimischen Tier- und Pflanzenarten zu erreichen. Erfolgsscheidend für die Verwirklichung dieser Projekte war insbesondere die hervorragende Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachbehörden, den Naturschutz- und Fischereiverbänden. Das Auwaldprojekt haben wir nur durch die besondere Unterstützung des Forstbetriebs Weißenhorn umsetzen können.“ **□**



komplett – stark – wirtschaftlich

HS®-Kanalrohrsystem SN 12



Funke Kunststoffe GmbH
Siegenbeckstraße 15
59071 Hamm-Uentrop
Tel. +49 (0) 2388 3071-0
info@funkegruppe.de
www.funkegruppe.de



25. Lindauer Seminar:

Zukunftsfähige Entwässerungssysteme

Mit knapp 600 Teilnehmern, 58 ausstellenden Firmen und 30 informativen Vorträgen wartete die Jubiläumsveranstaltung des Lindauer Seminars auf. Einmal mehr wurde das ungebrochene Interesse am Thema Entwässerung, Inspektion und Sanierung von Kanal- und Rohrsystemen eindrucksvoll dokumentiert.

Veranstalter Dipl.-Ing. (FH) Ulrich Jöckel (JT-elektronik GmbH, Lindau) blickte eingangs auf die vergangenen 25 Jahre des Seminars zurück. Als großen Durchbruch in der Inspektionstechnik nannte er die Einbindung des Videorecorders, gemeinsame Standards in derameratechnik sowie eine verbesserte Sicherheitstechnik bei der Kanalinspektion. Zudem stellte er fest, dass neben dem ursprünglichen Initiativgedanken, gemeinsame Standards im Bereich des Kanalfernsehens zu schaffen, im Laufe der Jahre viele weitere, die gesamte Siedlungsentwässerung umfassende Themen hinzugekommen seien.

Siedlungsentwässerung

In seinem Einführungsvortrag beleuchtete Ministerialdirigent Dr.-Ing. Martin Grambow vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit die „Herausforderungen und Perspektiven für die Siedlungsentwässerung“. Deutschlandweit kommt nach seinen Ausführungen dem Erhalt der Funktionsfähigkeit der bestehenden Systeme und deren Anpassung an absehbar langfristige Entwicklungen eine gesteigerte Bedeutung zu. Dabei seien insbesondere Faktoren wie die rechtzeitige Sanierung, die Vorsorge durch Rücklagenbildung sowie die Kostensenkung durch weiterentwickelte neuartige Sanierungsverfahren von Bedeutung, um auf den hohen Sanierungsbedarf deutscher Entwässerungsnetze reagieren zu können. Aber auch weitere Randbedingungen wie beispielsweise Starkregenereignisse, demografischer Wandel, Energiewende oder die Spurenstoffproblematik sollten hierbei stets berücksichtigt werden.

Neue Konzepte

Im ersten Vortragsblock zum Thema „Neue Konzepte der Siedlungsentwässerung“ wurden u. a. aktuelle Leitbilder der Siedlungswasserwirtschaft sowie neue Perspektiven und Erfahrungsberichte präsentiert. Am Beispiel der Stadt Dortmund veranschaulichte Dr.-Ing. Christian Falk, wie man durch die Umsetzung von Maßnahmen der Regenwasserabkopplung und durch Einbeziehung der Oberflächenabflüsse in die Bauleitplanung - beispielsweise durch Berücksichtigung von Notwasserwegen - aus den vergangenen Starkregenereignissen gelernt und entsprechende Konsequenzen gezogen hat.

Antworten auf Fragen zur Finanzierung der Aufgaben in der Siedlungsentwässerung gab es im zweiten Vortragsblock. Univ.-Prof. Dr.-Ing. Max Dohmann hob hervor, dass sich entgegen des allgemeinen Empfindens die Kosten für die öffentliche Siedlungsentwässerung in den vergangenen Jahrzehnten nur unwesentlich verändert haben und sich auch künftig nicht signifikant ändern werden. In Zahlen entspricht dies einem Anstieg der Wohnnebenkosten für den Bereich Abwasser für den Zeitraum 2005 bis 2009 von gerade einmal 4,1 Prozent. Während also die Finanzierung der öffentlichen Siedlungswasserwirtschaftlichen Anlagen im kommunalen Bereich trotz weniger Personal in kommunalen Verwaltungen über die Abwassergebühren zu gewährleisten ist, stellt sich die Finanzierung der privaten Anlagen nach wie vor schwierig dar.

An dieser Stelle zeigte der Vortrag von Dr.-Ing. Holger Krier auf,

wie in Frankfurt am Main mit den Kosten für Inspektionen und Instandhaltungsmaßnahmen an den privaten Zuleitungskanälen zum öffentlichen Kanalnetz umgegangen wird. Mit einer detaillierten Gegenüberstellung unterschiedlicher Methoden der Kostenumlage auf den Grundstückseigentümer legte er die Entscheidungsfindung für eine ganzheitliche Vorgehensweise mittels des Gebührenverfahrens anschaulich dar. In der Summe der Gesamtkosten ist dieser Gegenüberstellung zufolge das Gebührenverfahren am preisgünstigsten und die Belastung des Grundstückseigentümers am geringsten.

Bauliche und betriebliche Maßnahmen

Im dritten Vortragsblock ging es um die Umsetzung baulicher und betrieblicher Maßnahmen von Kanalisationen und Grundstücksentwässerungsanlagen. Dr. Bernhard Fischer vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung in Bonn hielt fest, dass die Liegenschaften des Bundes grundsätzlich und unabhängig von den länderspezifischen Regelungen alle zehn Jahre untersucht werden. Dipl.-Ing. Uwe Neuschäfer wiederum stellte klar, dass sowohl die gesetzten Anforderungen als auch die anschließende Überwachung einen entscheidenden Einfluss auf die Qualität einer Baumaßnahme ausüben und häufig unpräzise Anforderungen des Auftraggebers zu einer mangelnden Qualität beitragen.

Dipl.-Ing. Silke Roder wies auf den von Vielen bereits befürchteten Umstand hin, dass praktisch keine Überprüfung von Sanierungsmaßnahmen stattfindet. Der Grundstein zur Werterhaltung der Kanalisationen wird nach Meinung von Dipl.-Ing. Bruno Schmuck bereits beim Neubau und damit durch ein fundiertes Fachwissen des Planers gelegt. Die geeignete Auswahl der eingesetzten Materialien habe beispielsweise einen entscheidenden Einfluss auf die Lebensdauer und somit auf die Kosten für den Bauherren.

Das Interesse an der Vorgehensweise bei den Grundstücksentwässerungsanlagen ist nach wie vor sehr hoch und wurde daher im vierten Seminarblock diskutiert. Wie der Erste Bürgermeister der Stadt Pfankirchen Georg Riedl erklärte, liege die Verantwortung für die Umsetzung des Wasserhaushaltsgesetzes bei den Kommunen, weshalb kein Weg an der Überprüfung der Grundstücksentwässerungsanlagen vorbeiführen könne.

Zukunft der Kanalsanierung

Seminarblock 5 beschäftigte sich schließlich mit der Zukunft der Kanalsanierung. Dr. Emanuel Grün berichtete, dass bei der Planung von Sanierungsvorhaben auch deren wasserwirtschaftliche Auswirkungen berücksichtigt werden müssen. So könne beispielsweise der Fokus nicht allein auf der Dichtigkeit der Kanäle liegen, wenn die Erhöhung des Grundwasserstandes die Mobilisierung von Altlasten zur Folge hätte.

Privatdozent Dr.-Ing. Bert Boseler machte deutlich, dass eine sorgfältig durchgeführte Qualitätssicherung von Produkten und Verfahren der Kanalsanierung mit den wichtigen Bewertungsmaßstäben Funktionsfähigkeit, Dichtheit und Standsicherheit zu einer Wert erhaltenden Kanalsanierung beiträgt. **DK**



Das Donaukraftwerk Jochenstein: Ansicht vom oberösterreichischen Ufer mit Blick auf den Kraftwerksübergang. Foto: DKJ

Donaukraftwerk Jochenstein:

Zwei Nationen, ein Denkmal

Das Donaukraftwerk Jochenstein an der deutsch-österreichischen Grenze zwischen Engelhartszell und Passau ist eines der schönsten und das einzige gemeinsame Technikdenkmal Österreichs und Bayerns.

Das Donaukraftwerk Jochenstein (DKJ) steht seit November 2011 in Bayern und seit Juni 2012 nun auch in Österreich unter Denkmalschutz. Bayerns Generalkonservator Prof. Egon Johannes Greipl hat die Wasserkraftanlage in seinem aktuellen Buch „Der Geschichte auf der Spur – 2. Etappe“ (erschienen im Volk Verlag) als Denkmal gewürdigt. Ziel des Denkmalschutzes ist es, die herausragende architekturgeschichtliche Substanz zu erhalten und gleichzeitig eine moderne, regenerative Energieerzeugung zuzulassen, in dem Technik und Gebäude den modernen Anforderungen angepasst und auch erweitert werden dürfen.

Die Bayerische Denkmalbehörde begrüßt es, dass sie in einem Unternehmen wie der Donaukraftwerk Jochenstein AG einen Partner findet, der sich um den originalgetreuen Erhalt der Anlagen sorgt und gleichzeitig die tatsächliche Aufgabe dieser technischen Anlage, nämlich regenerative Stromerzeugung durch kontinuierliche Instandhaltungsarbeiten und Modernisierungen, gewährleistet.

Moderate Modernisierung und Erweiterung der Kraftwerksanlage

Laut dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege ist gerade das Kraftwerk Jochenstein ein gutes Beispiel für die Kombination eines großartigen Technikdenkmals mit den Erfordernissen der modernen Energieerzeugung, die der amtliche Denkmalschutz nicht behindern soll und will.

Es ist wesentliches Ziel des amtlichen Denkmalschutzes, einerseits die Denkmalsubstanz zu erhalten und andererseits die Möglichkeit offen zu lassen, die Technik moderat zu modernisieren bzw. den modernen Anforderungen an den Betrieb anzupassen. Darunter fallen auch eventuell Kraftwerkserweiterungen, die der Effizienzsteigerung der Anlage zur Erzeugung und Speicherung von regenerativem Strom dienen. Auch sind die Belange der Schifffahrt und des Hochwasserschutzes

entsprechend der Mehrzwecknutzung der Anlage zu berücksichtigen. Dafür ist das Kraftwerk Jochenstein, bei dem die Denkmaleigenschaft in seinem äußeren Erscheinungsbild begründet ist, ein ausgezeichnetes Beispiel.

Hocheffizienter Kraftwerksbetrieb für regenerativen Strom

Beim Kraftwerk Jochenstein handelt es sich um einen erfolgreichen Wirtschaftsbetrieb. Das soll auch langfristig so bleiben. Das Kraftwerk gilt als Musterbeispiel, dass sich Denkmalschutz und Wirtschaftlichkeit nicht ausschließen. Daher ist ein ausschließliches Konservieren der technischen Ausrüstung sowie des Gebäudes selbst und folglich die Reduktion auf eine Art Museumsbetrieb kein erstrebenswertes Ziel des Denkmalschutzes, denn letztendlich führe das zwangsläufig dazu, dass die öffentliche Hand möglicherweise für den Unterhalt aufkommen müsste.

Das Donaukraftwerk Jochenstein ist ein hervorragendes Beispiel: Denkmalschutz kennt keine Grenzen!“, so Generalkonservator Prof. Dr. Egon Johannes Greipl. „Wir haben es hier mit einem einzigartigen Denkmal zu tun, denn nur das Donaukraftwerk Jochenstein ist zugleich in Österreich und Bayern ein Denkmal.“

Strom für fast 250.000 Haushalte

Das Donaukraftwerk Jochenstein erzeugt im Durchschnitt 850 Millionen Kilowattstunden Strom pro Jahr. Diese Stromerzeugung aus heimischer Wasserkraft entspricht dem Verbrauch von fast 250.000 Durchschnittshaushalten. Die Einwohner Passaus könnten mit der Jahresproduktion von Jochenstein rein rechnerisch fast 13 Jahre ihren Strombedarf decken, die Privathaushalte der Stadt Linz könnten annähernd dreieinhalb Jahre lang versorgt werden. Damit erspart das Donaukraftwerk Jochenstein der Umwelt über 590.000 Tonnen Kohlendioxid. **□**

Im fairen Spiel 4.100 Euro erkämpft

RMD-Mitarbeiter unterstützen Regensburger VKKK Ostbayern e. V.

Der Verein zur Förderung krebskranker und körperbehinderter Kinder Ostbayern e. V., kurz VKKK Ostbayern mit Sitz in Regensburg, kann sich freuen. Dank des Engagements von Josef Schiegl, Mitarbeiter im zentralen Baubüro Deggendorf der Rhein-Main-Donau Wasserstraßen GmbH, und Johann Thiel, eben dortiger Gesamtbetriebsrat, kamen 4.100 Euro zu Gunsten des VKKK Ostbayern zusammen.

Die Mitarbeiter der drei RMD-Gesellschaften RMD AG, RMD Consult und RMD Wasserstraßen GmbH veranstalteten während eines gemeinsamen Betriebsausflugs ein kräftiges Wettnageln und eine Art Bockstechen mit verbundenen Augen auf einen festen, scheibenartigen Bock. Damit legten sie den Grundstock für die Spende. Vorstand und Geschäftsleitungen der Rhein-Main-Donau-Gesellschaften taten das Ihrige, um schließlich auf die stolze Summe von 4.100 Euro zu kommen.

Nähe ermöglichen

„Mit Ihrer Spende können wir den Ausbau und Unterhalt unseres Elternhauses für Familien und Angehörige schwerstkranker Kinder ein gutes Stück voranbringen“, bedankte sich 1. VKKK-Vorstand Prof. Dr. Franz-Josef Helmig, ehemaliger Chefarzt der Kinderchirurgischen Klinik St. Hedwig, für die Unterstützung und ergänzte: „Für die leidgeprüften Angehörigen unserer noch so jungen Patienten wollen wir

Möglichkeiten zur Nähe schaffen, die eine erfolgreiche Behandlung der Kinder fördert und den Eltern die schweren Stunden erleichtert. Ihre Spende kommt also direkt dort an, wo es Not tut“, so Prof. Helmig weiter.

Stolz auf die Mitarbeiter

Zusammen mit Johann Thiel und Josef Schiegl überreichte Dr. Albrecht Schleich, Vorstand der Rhein-Main-Donau AG stellvertretend für alle RMD-ler, den Spendenscheck. Schleich freute sich: „Ich bin schon ein wenig stolz auf unsere Mitarbeiter, denn die Idee und auch die Ausführung der Aktion kam aus Ihren Reihen, namentlich von Josef Schiegl. Als Eltern haben wir versucht, uns bei der RMD in die Situation betroffener Angehöriger hineinzuversetzen und zu erfassen, wie wichtig die Möglichkeit der Nähe zu ihren kranken Kindern ist. Daher war es für uns gar keine Frage, sich dem Engagement unserer Mitarbeiter anzuschließen und auf die jetzige Summe aufzustoßen.“ **□**



1. VKKK-Vorstand Prof. Dr. Franz-Josef Helmig, ehemaliger Chefarzt der Kinderchirurgischen Klinik St. Hedwig, (2. v. l.) und Theresia Buhl, Geschäftsstellenleiterin des VKKK Ostbayern e. V. in Regensburg, nahmen den Spendenscheck aus den Händen von Dr. Albrecht Schleich (2. v. r.), Vorstand der Rhein-Main-Donau AG, entgegen. Stellvertretend für alle RMD-ler: Johann Thiel (r.), Gesamtbetriebsrat der Rhein-Main-Donau Wasserstraßen GmbH im zentralen Baubüro Deggendorf und Josef Schiegl, dortiger Mitarbeiter und Initiator der Spendenaktion. Foto: Jan Kiver

bbiv-Hauptgeschäftsführer Gerhard Hess:

Donauausbau verbindet Naturschutz und Wirtschaft

München. „Der Donauausbau zwischen Straubing und Vilsbibingen ist kein massiver Eingriff in die Natur, wie Minister Huber in der Süddeutschen Zeitung behauptet hat, sondern – richtig gemacht – verbindet er Umwelt und Verkehr hervorragend“, bekräftigt Gerhard Hess, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes.

Hess spricht sich eindeutig für die Variante C 2,80 aus. „So entsteht an der Mühlhamer Schleife ein neues Biotop, in dem sich die Natur ungestört von den Schiffen entfalten kann. Ein rund 2 km langer Kanal ermöglicht eine unfallfreie Fahrt für die Schiffe, sie müssen sich nicht mehr durch die unfallträchtige Mühlhamer Schleife zwängen.“

Entlastung der A 3

Gleichzeitig erreicht die Donau mit der Variante C 2,80 die geforderte Abladetiefe von mindestens 2,5 m und damit eine ausreichende Zuverlässigkeit für

die ökologisch vorteilhafte Güterschiffahrt. Hess: „Erst so kann die Donau damit ihre ökologische und regionalpolitische Funktion erfüllen. Zudem wird die parallel laufende, völlig überlastete A 3 entlastet.“

Verminderte Unfallgefahr

„Wer Umweltaspekte hervorhebt, muss auch die durch den Donauausbau verminderte Unfallgefahr mit einbeziehen. Jeder Unfall, egal ob auf der Donau oder den überlasteten Autobahnen ist schließlich ein beträchtliches Umweltrisiko“, so Hess abschließend. **□**

RS BlueLine:

Rohr-Schlauchlining im Trinkwasserbereich

Mit der Entwicklung des RS BlueLine-Verfahrens hat die RS Technik AG Akzente gesetzt. Bei dem Verfahren wird ein flexibler Schlauchträger mit einem Zweikomponenten-Epoxidharz imprägniert, in die zu sanierende Leitung eingebracht und anschließend durch Wärmezufuhr mit Warmwasser oder Dampf zu einem neuen Rohr ausgehärtet.

Die Rohr im Rohr-Lösung ist unabhängig und alleine tragfähig und übernimmt ohne Unterstützung des Altröhres alle statischen Außen- und Innenlasten. Grundsätzlich stehen zwei verschiedene Schlauchträger-Typen zur Verfügung: Beim so genannten BlueLiner Inversion erfolgt die Inversion mittels hydrostatischer Wassersäule oder mit Druckluft; der BlueLiner Pull-In wird mit einer Winde eingezogen und anschließend durch die Inversion eines Kalibrierschlauches aufgestellt.

Das Verfahren, das von der RS Technik Aqua GmbH auf dem deutschen Markt angeboten wird, macht deutlich, welche Entwicklungspotentiale nach wie vor in der Linertechnologie vorhanden sind. Mit BlueLine entstand ein leistungsstarkes Paket aus modernster Sanierungstechnik und hochwertigen Harzsystemen, von dem Versorger, Netzbetreiber und Anwender gleichermaßen profitieren können. Es eignet sich für eine An-

wendung im Trinkwasserbereich ebenso wie für industrielle Anwendungen und sorgt für technisch ausgereifte, langlebige und wirtschaftliche Sanierungsergebnisse. Dabei ergeben sich nicht nur Einsparpotentiale in punkto Kosten und Zeit. Aufgrund der Materialeigenschaften des verwendeten Epoxidharzes finden auch umweltschutztechnische Gesichtspunkte Berücksichtigung.

Produktpalette erweitert

„Die RS Technik AG hat mit dem modernen Liner-Verfahren ihr Produktportfolio speziell im Bereich der Sanierung von Trinkwasserleitungen komplettiert“, erläutert Lutz Kaiser, Geschäftsführer der RS Technik Aqua GmbH. „RS BlueLine ist im Nennweitenbereich von DN 100 bis DN 1000 mm (4“ bis 32“) einsetzbar, Schläuche mit größeren Nennweiten auf Anfrage lieferbar.“ Aufgrund der für das Verfahren charakteristischen Vor-

Ort-Imprägnierung mit Epoxidharz MaxPox bietet RS BlueLine ein Höchstmaß an Flexibilität an der Einbaustelle. Das Trägermaterial des Schlauches besteht aus einem Gemisch aus Advantex-Glas und Polyesterfasern. Der querelastische Glas-Filz-Verbund ist auf der Innenseite mit Polyolefin beschichtet. Die Dosierung und luftfreie Mischung der Harzkomponenten sowie die Imprägnierung des Liners erfolgen direkt vor Ort in einer mobilen Misch- und Tränkanlage. Dabei wird der Liner unter Vakuum gesetzt, gleichmäßig mit dem Harzsystem getränkt und kalibriert.

Kontrollierter Einbauprozess

„Eine so genannte speicherprogrammierbare Steuerung (SPS) sorgt dabei für einen kontrollierten Einbauprozess und konstante Sanierungsergebnisse“, nennt Kaiser weitere Vorteile des Verfahrens, das darüber hinaus über eine umfangreiche Mess- und Dokumentationstechnik verfügt. Der Schlauchliner für Druckrohrsysteme erfüllt die Bestimmungen des DVGW Arbeitsblattes W270 sowie der „Leitlinie des Umweltbundesamtes zur hygienischen Beurteilung von organischen Materialien im Kontakt mit Trinkwasser“ (KTW-Leitlinie). Das eingesetzte Harz entspricht der Verordnung der Registration, Evaluation und Authorisation of Chemicals (REACH) gemäß DIN 16946 Teil 2 – EU Chemikalienverordnung. □



Landrätin Johanna Rumschöttel (r.) freut sich über die kulinarischen Köstlichkeiten der Schülerinnen der Staatlichen Berufsschule München-Land. Bild: Landratsamt München

Landratsamt München:

Große Resonanz beim Tag der Offenen Tür

Die Feier zum 150-jährigen Bestehen unter dem Motto „Von der Tradition zur Moderne“ mit vielfältigem Besucherangebot, Workshops, Beratungen, Musik, Kinderprogramm, Film, Podiumsdiskussion und die Jubiläumsausstellung lockten rund 1.000 Besucher zum Münchner Mariahilfplatz.

Mit fröhlichen Klängen eröffneten die Schleißheimer Schloßpfeiffer den „Tag der offenen Tür“ im Landratsamt München. Großer Andrang herrschte beim Gesundheits-Check, mit den Experten des Staatlichen Gesundheitsamtes und bei der Energieberatung, aber auch beim Jobcenter und den Informationen über eine Ausbildung im Landratsamt München.

Begehrtes Elektroauto

Das für Dienstfahrten des Landratsamtes eingesetzte Elektroauto war für Probefahrten heiß begehrt und auch Natur- und Garteninteressierte erhielten Tipps zum Heckenschneiden und dem richtigen Umgang mit Wespen, Hornissen und Fledermäusen. Feuerwehren aus Unterbiberg und Ottobrunn und der Förderverein des Rettungshubschraubers Christoph 1 präsentierten sich. Die Kleinen tummelten sich bei der „Märchentante“ und einem echten Landkreishit, der Biene Maja: Der einst in Schleißheim ansässige Schriftsteller Waldemar Bonsels brachte Maja vor 100 Jahren das Fliegen bei.

Die Fast-Erwachsenen informierten sich über den Führer-

schein mit 17. Dass das Landratsamt auf historischem Boden steht, nämlich dem ehemaligen Paulanerkloster, vermittelte eindrucksvoll der Kreisarchivpfleger Dr. Falk Bächter in seinen Führungen im Klosterbau. Und die ganz Sportlichen konnten stündlich auf den 93 Meter hohen Glockenturm der Mariahilfkirche steigen. Kulinarische Köstlichkeiten boten die Schülerinnen der Staatlichen Berufsschule München-Land. Die Brauerei Aying hat zum 150-jährigen Jubiläum ein spezielles Jubiläums-Bier abgefüllt.

Kennenlernen der Verwaltung

Für Landrätin Johanna Rumschöttel war der Tag ein voller Erfolg: „Wir befinden uns ja heuer in einem Festjahr und feiern sozusagen eine große Geburtstagsparty mit unseren Landkreisbürgern und unseren Nachbarn. Stand bei unserem großen Festakt am 4. Oktober in der Mariahilfkirche die Historie im Mittelpunkt, so konnten die Besucher heute die Verwaltung, ihre Aufgaben und unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kennen lernen – das

Unterfränkische Bezirkskulturtage:

Genussvoller Reigen

Unterfranken ist mit Kulturgütern reich gesegnet, wie die Unterfränkischen Bezirkskulturtage von Ende September bis Mitte Oktober einmal mehr nachdrücklich bewiesen. Seit rund 25 Jahren präsentiert der Bezirk Unterfranken gemeinsam mit jeweils einem anderen Landkreis und einer Kommune eine der vielen unterfränkischen Kulturlandschaften. Heuer waren dies sogar zwei Kommunen, nämlich die Gemeinde Mainaschaff und der Markt Stockstadt am Main. Eröffnet wurden die Unterfränkischen Kulturtage in diesem Jahr in der Maintalhalle in Mainaschaff vom Jugendblasorchester Vorspessart, beendet wurden sie mit der Verleihung des Kleinkunstpreises „Stockstädter Römerhelm“ im Rahmen der dortigen Kleinkunsttage.

Die unterfränkischen Kulturtage seien so wichtig und notwendig, weil Kultur den Menschen Identität und Halt gebe, hatte Bezirksstagspräsident Erwin Dotzel im Vorfeld erklärt. Kultur bezeichnete der Bezirksstagspräsident als „eine Antwort auf die aus den Fugen geratene Zeit“, in der alles austauschbar zu sein scheint. Ausdrücklich dankte Dotzel Aschaffenburgs Landrat Dr. Ulrich Reuter sowie den Bürgermeistern Horst Engler (Mainaschaff) und Peter Wolf (Stockstadt). Die unterfränkischen Kulturtage bezeichnete Dotzel als Musterbeispiel für die hervorragende Zusammenarbeit innerhalb der kommunalen Familie.

Einzigartiges Ereignis für eine Kommune

Horst Engler sprach von einem „einzigartigen Ereignis“ für eine Kommune, aber auch von einer

Landratsamt München in all seinen Facetten.“

Die Landrätin zeigte sich erfreut über die vielen Besucher der schönen Jubiläumsausstellung „Stadt-Land-Fluss - 150 Jahre rechts und links der Isar“. Auf vier Etagen kann man dem Beziehungsgeflecht zwischen München und dem Land um die „große Stadt“ in den vergangenen mehr als 150 Jahren nachspüren. Die Ausstellung läuft noch bis zum 12. November.

Dokumentarfilm

Gut besucht war auch die Vorführung des Dokumentarfilms „Monaco, Italia - Geschichten vom Ankommen in Deutschland“ von Regisseur Alessandro Melazzini. Der Film erinnert an die ersten Italiener die in den 1950er Jahren als erste „Gastarbeiter“ am Münchner Hauptbahnhof ankamen. Heute leben 100 000 italienisch-stämmige Mitbürger hierzulande, 20 000 alleine in der Landeshauptstadt, 3840 im Landkreis München

Integrationsdiskussion

Eine Podiumsdiskussion unter dem Titel: „Bereicherung durch Zuwanderung“ versammelte hochkarätige italienische Gäste: Der Integrationsbeauftragte des Landkreises München, Ali E. Danabas sprach mit dem Regisseur des Films, Alessandro Melazzini, mit Dr. Mauro Ricci, Rechtsanwalt und Vizepräsident des Komitees der Italiener in Bayern, mit Dr. Patrizia Mazzadi, 1. Vorsitzende BiDiBi e.V., dem Deutsch-Italienischen Bildungsverein und dem Garching-Astrophysiker Dr. Claudio Cumanì über den italienischen Lebensstil, interkulturelle Missverständnisse, Eigen- und Fremdwahrnehmung, Bildung und Zweisprachigkeit.

Bildung und Sensibilisierung

Einig waren sich alle Teilnehmer, dass Bildung der wahre Schlüssel zu einer echten Integration sei und Mitbürger mit Migrationshintergrund hier selbst eine Funktion als Brückenbauer zwischen den Kulturen einnehmen können. „Wir müssen uns engagieren, um zu sensibilisieren“, so lautete der Appell von Dr. Mauro Ricci auch an das Publikum. □

Erster Deutscher Reparaturtag

Gelungenes Debüt in Mainz

Teilnehmer, Sponsoren und Aussteller waren sich nach der Veranstaltung in der Mainzer Phönix-Halle einig: Mit dem 1. Deutschen Reparaturtag ist ein Stein ins Rollen gebracht worden, und darauf hat die Branche gewartet. Es war ein gelungenes Debüt, einfach die richtige Veranstaltung zur richtigen Zeit – so der Tenor. Zufriedenheit herrschte auch bei den Veranstaltern, dem Verband Zertifizierter Sanierungsberater für Entwässerungssysteme e.V. (VSB), dem Institut für Unterirdische Infrastruktur gGmbH (IKT) und der Technischen Akademie Hannover e.V. (TAH).

Erstmals ist es gelungen, Hersteller, ausführende Unternehmen, Auftraggeber und Planer an einen Tisch zu bringen und den Reparaturverfahren eine Plattform zu geben. Und das mit großem Erfolg, wie die Anzahl von mehr als 400 Teilnehmern und Ausstellern belegt. Die Veranstaltung sollte die technische Bandbreite und die vielfältigen Einsatzbereiche einer Verfahrensgruppe aufzeigen – und das hat funktioniert. Hersteller, Planer und Techniker stellten Einsatzmöglichkeiten von Reparaturverfahren vor, nahmen zu Qualitätsaspekten Stellung und berichteten von ihren Erfahrungen. Planungsgrundlagen und wirtschaftliche Aspekte gehörten zu den weiteren zentralen Themen des Forums, das darüber hinaus einen Blick in die Zukunft warf. Der Reparaturbereich und die den letzten Jahren entwickelten Verfahren werden sich weiter etablieren. Reparaturverfahren sind nicht nur unverzichtbar bei Vorsanierungen oder Ergänzungsarbeiten für die Renovierungsverfahren, sie sind eine wirtschaftliche Alternative bei vielen Einzelschadensbildern und -situationen. Auch das hat die Veranstaltung in Mainz ganz deutlich gemacht. Ebenso nachdrücklich wurde der Wunsch nach einer Fortsetzung formuliert. Dem will der VSB im nächsten Jahr mit der Durchführung eines 2. Deutschen Reparaturtages nachkommen.

Schon die Lokation war die Anreize wert: Mit der Mainzer Phönix-Halle hatte die Mannschaft von Organisator Dr.-Ing. Igor Borovsky, Technische Akademie Hannover, einen vielbeachteten Rahmen für die Auftaktveranstaltung der Reparaturbranche gefunden. Das Gebäude wurde 1949 auf den Ruinen der 1944 zerstörten, ehemaligen Fabrikationsgebäude der Waggonfabrik Gebrüder Gastell, später MIP Mainz In-

dustries Panzerwerke, in Mainz-Mombach errichtet. Sie war als Fabrikhalle für die Fertigung von Straßenbahnen, Bahnwaggons und Spezialfahrzeuge konzipiert. Der Name sollte daran erinnern, dass die industrielle Fertigung nach dem Krieg wie Phönix aus der Asche wieder erstand. Somit ein gutes Omen für eine Branche, die in den letzten Jahren eher ein Schattendasein geführt hat. Im Gegensatz zu anderen Sanierungstechniken wurden die Reparaturverfahren bisher weder systematisch untersucht noch die Verlässlichkeit der Herstellerangaben ausreichend diskutiert. Damit haben die Teilnehmer an der Veranstaltung in Mainz jetzt nachdrücklich begonnen. Welche Verfahren gibt es zurzeit auf dem Markt, was können sie leisten, nach welchen Kriterien sind die Techniken planerisch auszuwählen? So lauteten einige der Fragen, auf die es erste Antworten gab. Konsequenter wurden volkswirtschaftliche planerische und technologische Hintergründe zum Einsatz der vielseitig und wirtschaftlich nutzbaren Techniken in Mainz vorgestellt.

Auf dem Vormarsch

In seiner Begrüßungsansprache verwies Borovsky noch einmal auf die letzte von der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA) durchgeführte Umfrage zum Zustand der Kanalisation. Reparaturverfahren sind auf dem Vormarsch, so das Ergebnis der Studie. In konkreten Zahlen bedeutet dies, dass mehr als 36 % aller Sanierungsverfahren in 2009 mit Ausbesserungs-, Injektions- oder Abdichtungsverfahren ausgeführt wurden. „Grund genug, Hersteller, Planer und Anwender an einen Tisch zu bringen, um über den Stand der Technik in Bezug auf Verfahren und Materialien zu dis-

kutieren und Entwicklungspotentiale aufzuzeigen“ so der 1. Vorsitzende der TAH. Aber auch um zu ergründen, warum die Reparatur von Einzelschäden – hierzu zählen unter anderem Injektions- und Roboterverfahren sowie der Einbau von Kurzlinern und auch die partielle Sanierung mit Manschetten – in der Wahrnehmung der Branche noch nicht den Stellenwert genießen, der ihnen eigentlich zukommt.

Eine erste Antwort gab Dipl.-Ing. (FH) Markus Vogel, einer der Initiatoren der Veranstaltung in seinem durchaus kritischen Einführungsvortrag zu „aktuellen Situation der Reparaturtechniken und deren potenzielle Auswirkungen“. „Viele Reparaturtechniken sind seit über 20 Jahren am Markt verbreitet im Einsatz. Eine ganzheitliche und wirtschaftliche Instandhaltung der Entwässerungssysteme wäre heute ohne Reparaturverfahren nicht mehr möglich“, machte der Vorsitzende des Vorstandes des Verbandes Zertifizierter Sanierungsberater für Entwässerungssysteme e. V. deutlich. Das steht in einem scheinbaren Widerspruch zu den nach wie vor vorhandenen Vorurteilen, die über diese Verfahrensgruppe existieren. Die Ursachen hierfür sind laut Vogel vielschichtig. In erster Linie gehören die Vielfalt und Komplexität der Verfahren, die fehlende Entwicklung einer entsprechenden Normung, minderwertige Ergebnisse ganzer Technikgruppen in der Vergangenheit, die fehlende Attraktivität der Verfahren für Planer sowie die Verunsicherung durch das Verhalten mancher Marktteilnehmer dazu. Vor allem der zunehmende Marktdruck und die ungesunde Wettbewerbsentwicklung infolge unzureichender Planungen und oft VOB-widriger Vergaben führen dazu, dass die Technikersteller und -anwender alle Mittel einsetzen, um die eigenen Technikanwendungen im besten Licht erscheinen zu lassen. „Leider ist es bislang oft nicht üblich, die Stärken der eigenen Technik in den Vordergrund zu stellen und vermeintlich viel leichter, die Schwächen der Mitbewerber besonders zu beleuchten“, so Vogels kritisches Fazit. □

Interkulturelle Bildung in Niederbayern:

Integrationspreis für sechs regionale Projekte

Die besten Projekte zur interkulturellen Bildung in der Region hat die Regierung von Niederbayern mit dem diesjährigen Integrationspreis ausgezeichnet. Gewürdigt wurden insgesamt sechs Projekte von Vereinen, Institutionen und Privatpersonen, die sich besonders erfolgreich dafür einsetzen, dass Menschen mit ausländischen Wurzeln in der Region Fuß fassen und Einheimische mit fremden Kulturen vertraut gemacht werden. Das Preisgeld von insgesamt 5.000 Euro stellte das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen zur Verfügung.

Einer der sechs Gewinner des niederbayerischen Integrationspreises 2012 ist das Gymnasium Seligenthal Landshut für das Projekt „Schüler für Schüler – Förderpaten für St. Nikola“ (1.000 Euro Preisgeld). Förderpatinnen der Oberstufe des Gymnasiums Seligenthal betreuen Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund der Grundschule St. Nikola. Seit dem Frühjahr 2010 besuchen 15 bis 20 Schülerinnen einmal wöchentlich ihr „Patenkind“, um Lerninhalte zu wiederholen, Rückstände aufzuarbeiten, spielerisch Lernfreude zu wecken und beim Erzählen die Sprachfertigkeit der Kinder zu trainieren.

Barrieren abbauen

Die Förderpatinnen helfen ihren Schützlingen dabei, die deutsche und bayerische Kultur zu verstehen und Barrieren abzubauen. Sie selbst lernen in dem Projekt den Umgang mit Kindern und erfahren viel über die Kultur des jeweiligen Heimatlandes ihres Patenkindes. Interkulturelles Training ist ein wichtiger und wesentlicher Bestandteil dieser Förderstunden. Betreut werden die Förderpatinnen von den Klassenlehrern und dem Förderlehrer der Grundschule St. Nikola. Die Schülerinnen des sozialwissenschaftlichen Zweigs des Gymnasiums Seligenthal können auch einen Teil ihres Praktikums an der Grundschule St. Nikola absolvieren.

Ausgezeichnet wurde auch die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Orts- und Kreisgruppe Straubing-Bogen, für ihre Kinder- und Jugendarbeit (750 Euro). Seit 2011 ist die Landsmannschaft mit verschiedenen Projekten im Bereich Integration aktiv. Dazu gehören unter anderem Angebote für Vorschulkinder, die Vorbereitung der Eltern auf das deutsche Schulsystem, Unterricht in Deutsch und Mathematik, spielerisches Deutschlernen beim Tanzen, Musizieren und Trommeln sowie Computerkurse für Kinder und Jugendliche.

Aktive Vorbilder

Das Projekt „Toleranz, Achtsamkeit und Vielfalt im Vorschulbereich“ bietet Eltern die Möglichkeit, mit Erziehern die Potentiale ihrer Kinder zu reflektieren. Gleichzeitig können die Erzieher den Eltern den Alltag und die Angebote im Kindergarten näher bringen. Ehrenamtliche Helfer arbeiten unter anderem mit Spätaussiedlern und deren Kindern daran, Hemmschwellen abzubauen und aktive Vorbilder für eine multikulturelle Gesellschaft in der Stadt Straubing und im Landkreis Straubing-Bogen zu werden.

Für ihren privaten und vielfältigen Einsatz in der interkulturellen Bildung wurde Tuba Altuntas aus Vilsbiburg geehrt (750 Euro). Frau Altuntas ist Auszubildende zur Verwaltungsfachangestellten bei der Stadt Vilsbiburg. Sie vermittelt zwischen Bürgern ausländischer Herkunft und der öffentlichen Verwaltung und hilft unter anderem als Dolmetscherin bei Verwaltungsvorgängen, Ortsterminen und schulischen Belangen. Dafür arbeitet sie mit der Integra-

tionsbeauftragten der Stadt und mit den Schulen zusammen. Laut Vilsbiburgs Bürgermeister Helmut Haider geht Altuntas Einsatz weit über ihre dienstliche Tätigkeit hinaus. Außerdem ist sie Mitbegründerin, stellvertretende Vorsitzende und Pressesprecherin des Vereins SODEM für soziale Förderung und Bildung, einer Anlaufstelle für alle Menschen mit ausländischen Wurzeln.

Interkultureller Dialog

Für die Förderung des interkulturellen Dialogs erhielt auch die Türkisch-Islamische Gemeinde der Anstalt für Religion (DITIB) in Neufahrn i. Ndb. den Integrationspreis (750 Euro). Die türkisch-islamische Gemeinde Neufahrn engagiert sich vielfältig für die Förderung des interkulturellen Dialogs. Dazu gehört auch die Beratung von Schulen, Kindertagesstätten, Gemeinden und

Polizei bei Problemen, an denen Menschen mit ausländischen Wurzeln beteiligt sind. Außerdem finden regelmäßig öffentliche Veranstaltungen wie Tage der offenen Tür und Informationsabende statt. Die Gemeinde bietet Moscheeführungen mit detaillierten Erklärungen zur Einrichtung im Gebetsraum und zu den islamisch-geschichtlichen Hintergründen an. Dazu gehört auch die Vorführung des Gebets.

Freiwilligenzentrum

Das Freiwilligenzentrum Straubing wurde für ihr Sprachpatenkonzept mit einem Preisgeld in Höhe von 1.000 Euro ausgezeichnet. Das Projekt Sprachpaten des Freiwilligenzentrums läuft seit 2010 und wird ausschließlich durch Spenden finanziert. Derzeit arbeiten 40 Ehrenamtliche als Sprachpaten, die Grund- und Hauptschulkinder mit Migrationshintergrund und sprachlichem Förderbedarf in der Stadt Straubing und im Landkreis Straubing-Bogen unterstützen. Die Sprachpaten helfen in der Regel bis zu drei Kindern beim Sprachtraining. Das geschieht auf spielerische Weise und ist nicht mit Nachhilfeunterricht zu verwechseln.

Die Paten erhalten vom Frei-

willigenzentrum für ihre Arbeit kostenloses Sprachlernmaterial und über die Schulen werden Haft- und Unfallversicherung abgeschlossen. Schulung und Begleitung der Sprachpaten übernimmt das Freiwilligenzentrum.

Der Sonderpreis für erfolgreiche Integrationsarbeit in Höhe von 750 Euro ging schließlich an Barbara Wiethaler, Sprecherin der Deutsch-Türkischen Frauen- und Müttergruppe Landshut und Fotograf Peter Litvai aus Landshut für das Buch „Der Traum vom roten Mercedes – Vom Bosphorus an die Isar“. Die Publikation beschreibt in Gesprächsprotokollen und Bildern die gelungene Integration von Frauen in Landshut. Von Frauen, die Deutsch gelernt haben, Landshut heute als ihre Heimat bezeichnen und sich in der Deutsch-Türkischen Frauen- und Müttergruppe für die Integration der nachfolgenden Generationen engagiert haben.

Gelungene Beispiele

Vor vier Jahren ist die Fabrik Röderstein im Stadtteil Nikola abgerissen worden. Seitdem sind Peter Litvai und Barbara Wiethaler auf Spurensuche nach Landshuter Geschichte, die zugleich die Geschichte gelungener Integration bedeutet. Wiethaler ist es zu verdanken, dass es diese Geschichte nun in Buchform gibt. Sie hat die Texte ehrenamtlich bearbeitet und Sponsoren gesucht, damit das Buch mit großformatigen Fotos von Litvai ohne Verlagshilfe auf den Markt kommen kann. **DK**

Ministerpräsident Seehofer zu Gast im Landkreis Miltenberg:

Viele gute Eindrücke

Zahlreiche wichtige Erkenntnisse und positive Eindrücke hat Ministerpräsident Horst Seehofer bei seinem Besuch im Landkreis Miltenberg mit nach München genommen: Dass der Landkreis als Forschungs- und Wirtschaftsstandort immer bedeutender wird und dass auch der Tourismus ein immer wichtigerer Wirtschaftsfaktor wird.

Seehofer war zunächst im Zentrum für wissenschaftliche Services (ZeWiS) im Industrie-center Obernburg angekommen, wo er sich davon überzeugen konnte, wie das Autofahren der Zukunft aussehen könnte. Der Ministerpräsident nahm im Fond eines Forschungsfahrzeugs Platz und erlebte am eigenen Leib, wie ein Auto dank intelligenter Technik ein plötzliches Hindernis auf der Straße erkennt und selbstständig ausweicht.

Strukturwandel gemeistert - auch mit Staatshilfe

Interessantes erfuhr Seehofer von Unternehmern, die ihre Firmen vorstellten und Probleme ansprachen, die sie beschäftigten. Landrat Roland Schwing, der die Veranstaltung moderierte, hob zunächst die gute wirtschaftliche Situation im Landkreis Miltenberg hervor. Den Strukturwandel, beispielsweise den Niedergang der Bekleidungsindustrie, habe man gut gemeistert – auch dank Unterstützung des Freistaats Bayern bei ZENTEC, der Initiative Bayerischer Unterein und ZeWiS.

„Wir sind eine Region der Kooperation geworden, über Landkreisgrenzen hinweg“, sagte Schwing. Dass der Landkreis wirtschaftlich so stark sei, liegt Schwings Überzeugung zufolge auch den zahlreichen inhabergeführten mittelständischen Unternehmen.

Im historischen Rathaus von Bürgstadt standen der Tourismus und der Fremdenverkehr im Mittelpunkt. Nach der Begrüßung durch Bürgermeister Bernhard Stolz warf Johannes Faust einen Blick auf die Rolle des Tourismus und die Bedeutung einer effektiven Vermarktung. Mittlerweile habe man mit der Schaffung der touristischen Arbeitsgemeinschaften Odenwald, Räuherland und Churfranken das Marketing vorangetrieben und zunehmend auf digitale Kommunikation gesetzt. Handlungsbedarf bestehe dennoch, wies Faust auf die Grenzen des Tourismus hin, wenn sie an Ländergrenzen stoßen und länderrechtliche Regelungen nicht nahtlos zueinander passen. Hierzu wäre es gut, wenn Bayern und seine Nachbarländer in den betreffenden Rechtsgrundlagen und Verwaltungsdetails so ausgestattet

wären, dass ein praxisorientiertes Tagesgeschäft besser möglich wäre. Von hoher Bedeutung sei es, künftig in der Region als gemeinsame Destination aufzutreten und so die Schlagkraft zu erhöhen. Hilfreich wäre es daher, im Hinblick auf anstehende Investitionen in weiterräumige Effektivität auf Förderungen durch den Freistaat zurückgreifen zu können. Es sei wichtig, die Region mit ihren Arbeitsgemeinschaften über die Metropolregion Rhein-Main, Mannheim und Nürnberg hinaus bundes- und europaweit herauszustellen. „Dafür brauchen wir professionelle Hilfe mit dem Blick von außen“, sagte Faust zu Seehofer und bat um finanzielle Hilfe für die Verbesserung der Strukturen.

Natur ist großer Schatz

In seinem Schlusswort wies Ministerpräsident Seehofer darauf hin, dass laut einer Umfrage vor allem die schöne Natur Grund dafür sei, dass die Menschen so gerne in Bayern leben. „Das ist neben dem Menschen der größte Schatz“, so der Ministerpräsident, deshalb müsse man stets höchste Sorgfalt beim Schutz der Natur walten lassen. Die Wünsche aus Bürgstadt nehme er mit nach München, sagte Seehofer und kündigte an, dass man Möglichkeiten suchen werde, eventuell aus Mitteln der Fremdenverkehrsförderung etwas zu tun. „Landkreisbesuche haben für mich einen unschätzbaren Wert“, sagte Seehofer, schließlich sei die Realität durch nichts zu ersetzen. Er dankte Landrat Roland Schwing ausdrücklich für sein großes Engagement und das bisher Geleistete und überreichte ihm einen Bayerischen Löwen als Zeichen der Anerkennung. Auch Bürgermeister Bernhard Stolz nahm einen Löwen aus der Hand des Ministerpräsidenten entgegen.

Nach dem Eintrag in die Goldenen Bücher des Landkreises Miltenberg und der Marktgemeinde Bürgstadt und zahlreichen Gesprächen mit Politikern und Bürgern trat der Ministerpräsident die Heimreise an. **□**

„Armut macht krank“

Christophorus-Gesellschaft informiert zur Caritas-Jahreskampagne

Würzburg. Sich zu mäßigen, das ist Kurt Foce zur zweiten Natur geworden. „Mir bleiben im Monat nur 200 Euro an Rente zum Leben zur Verfügung“, erzählte der aus Italien stammende Würzburger am Freitag beim Info-Stand der Christophorus-Gesellschaft zur Caritas-Jahreskampagne „Armut macht krank – Jeder verdient Gesundheit“. Am Sternplatz in Würzburg informierten Mitarbeiter des ökonomischen Sozialdienstleisters über ihre Angebote für arme, wohnungslose und aus der Haft entlassene Menschen.

Wer in jüngeren Jahren keine gute Arbeit hat, hat auch im Alter das Nachsehen. Und so reicht dem 72-jährigen Kurt Foce das Geld hinten und vorne nicht aus: „Ich muss öfter ins Mutterhaus der Ritaschwester zum Essen gehen.“ Sorgen bereitet ihm aktuell, dass das Haus, in dem er seit langem wohnt, renoviert wird: „Was wird sein, wenn sie die Miete erhöhen?“ Mehr könne er unmöglich zahlen! Werner Schühler von der Christophorus-Gesellschaft verwies ihn auf die von ihm geleitete Zentrale Beratungsstelle. Sollte er tatsächlich in Not kommen, könne er sich jederzeit hierhin wenden. Dankbar steckte Kurt Foce das Prospekt und auch den „Würzburger Wegweiser“ ein.

Privatinsolvenz und Umschulungen

Er habe das Gefühl, dass alle auf ihn pfeifen, berichtete ein 49 Jahre alter Passant, der, dank der Schuldnerberatungsstelle der Christophorus-Gesellschaft, seit 2008 in Privatinsolvenz ist. Doch sich „wohlzuverhalten“ und dabei gesund zu bleiben, das sei unheimlich schwer, erklärte der arbeitslose Mann, der von Hartz IV lebt. Einst hatte er Bäcker gelernt, konnte seinen Beruf jedoch aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr ausüben. Dann wurde er zum Bürokaufmann umgeschult. Was am Ende überaus frustrierend war: „Nie hat mich jemand danach eingestellt.“ Nun lässt er sich zum Kraftfahrer weiterbilden. Und hofft, danach endlich wieder arbeiten zu können.

Enorme Vorurteile

Wie negativ reißerische Berichte über Kriminalität wirken, auch das erfuhren die Haupt- und Ehrenamtlichen am Info-Stand. „Unser Anliegen, sich freiwillig für strafenlassene Menschen zu engagieren, stößt auf große Ablehnung“, erfuhr die Leiterin der Straffälligenhilfe Andrea Dehler, die sich besonders um Ehrenamtliche in diesem Bereich kümmert. Angst und Vorurteile gegenüber Menschen, die inhaftiert waren, seien enorm. Dabei bräuchten gerade diese Männer Unterstützung, um nach der Haft wieder Fuß fassen zu können, denn ihre Lebenssituation sei von vielfältigen Schwierigkeiten geprägt. Ohne Unterstützung

steigt die Gefahr, dass sie wieder hinter Gittern landen.

Wer einmal zum Schnuppen ins Betreute Wohnen käme, würde sehen, dass Menschen, die eine Haft verbüßen mussten, genauso liebenswert sind wie alle anderen, betonte Brigitte Schott, die seit langem ehrenamtlich im Betreuten Wohnen tätig ist. Wobei es sie selbst gar nicht interessiere, ob ein Mann, dem sie im Betreuten Wohnen begegnet, längere Zeit auf der Straße lebte oder eingesperrt war: „Das ist mir völlig egal.“ Noch nie habe sie eine negative Erfahrung in ihrem Ehrenamt gemacht, berichtete sie am Info-Stand: „Ganz im Gegenteil, mich hier zu engagieren, das ist einfach eine sehr schöne Sache.“ Günther Purlein

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:
Otto Ammon

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Lutz Robmann (Landtag)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Theresa Flotzinger (KPv)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Constanze von Hassel (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 47 vom 01.01.2012

Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWST.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 805 14
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:
Sparkasse Dillingen
Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank
Füssen-Pfronten-Nesselwang
Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:
Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Aus der Hand von Ministerpräsident Horst Seehofer (Mitte) nahm Landrat Roland Schwing (rechts) den Bayerischen Löwen aus Porzellan entgegen. **□**

Bayerischer Städtetag/Bezirksversammlung Unterfranken:

Gegen Spiel der Märkte

Zu Recht hält der Entwurf der Staatsregierung zum Landesentwicklungsprogramm nach Auffassung des Bayerischen Städtetags am Gesamtkonzept für eine mittelfristige räumliche Entwicklung Bayerns fest. Zwar sei der Verband kein Freund der Planwirtschaft, aber ganz ohne Planung gehe es nicht. „Man darf die Landesentwicklung nicht dem Spiel der Märkte überlassen“, erklärte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly bei der unterfränkischen Bezirksversammlung in Gerolzhofen.

Unter der Leitung des Vorsitzenden des Bezirks Unterfranken des Bayerischen Städtetags, Bürgermeister Joachim Bieber (Milttenberg) wies Maly darauf hin, dass der LEP-Entwurf strukturiert und übersichtlich die Probleme in Bayern ansprechen will. Allerdings habe der Entwurf seine Schwächen: So fehle eine gründliche Auseinandersetzung mit den Herausforderungen, die Raumentwicklung, demografischer Wandel, Energiewende oder die Gleichwertigkeit der Lebens- und Arbeitsbedingungen stellen.

LEP-Entwurf

Maly zufolge sind staatliche Vorgaben dort hilfreich, wo die kommunale Betrachtung zu kleinräumig greift, etwa bei der Flächenausweisung für großflächigen Einzelhandel oder Windkraftanlagen. Damit könne man verhindern, dass Bayern mit Einkaufshallen und Parkplätzen zubetoniert wird, die Landschaft mit Windrädern verspargelt oder mit Photovoltaik-Anlagen verspiegelt wird. Das Landesentwicklungsprogramm habe nicht nur beschränkende Wirkung auf Kommunen, „sondern es hilft und es schützt, wenn Städte und Gemeinden ihre ureigene Aufgabe der kommunalen Planungshoheit wahrnehmen“.

Sinnvolle Konzentration

Die Festlegung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen im Regionalplan verhindert Maly zufolge, dass Windräder unkoordiniert im Außenbereich gebaut werden. Somit lasse sich eine sinnvolle Konzentration von Anlagen erreichen. Zudem lasse sich über das Einzelhandelsziel in der Gemeinde die Lage eines Einkaufszentrums steuern. Wie Maly erläuterte, schütze dies die Kommunen vor dem Druck der Wirtschaft, die aus Profitgründen bevorzugt Einkaufshallen samt Parkplätzen auf der „grünen Wiese“ ansiedeln will.

Einige Discounter versuchten bei Standortentscheidungen, Kommunen gegeneinander auszuspielen. Beim Einzelhandelsziel gehe es nicht um Misstrauen gegenüber Kommunen, aber Kommunalpolitikern sollten sorgfältig abwägen können, was ihrem Ort gut tut. „Ist wirklich ein Backshop mit vorgefertigten gefrorenen Backrohlingen und ein Kühlregal mit eingeschweißtem Leberkäse in der Discount-Halle attraktiv? Oder will man den Bäcker oder den Metzger – und somit regionale Wertschöpfung – im Ort halten?“, fragte der Städtetagsvorsitzende.

Beitrag zum Flächensparen

Nur eine sinnvolle Verteilung grundlegender Versorgungseinrichtungen könne einen flächendeckenden, wirtschaftlichen Betrieb zentralörtlicher Einrichtungen sicherstellen, sagte Maly. Das Anbindungsziel im LEP leiste einen wichtigen Beitrag zum Flächensparen. Es sichere die Kulturlandschaft des Freistaats, zusammenhängende Flächen für Natur und Tierwelt und lasse den Außenbereich der Erholung. Eine kompakte Siedlungsstruktur werde dem demografischen Wandel und dem Klimawandel gerecht. Sie sichere kurze Wege, erleichtere die Anbindung an den öffentlichen

Personennahverkehr und ermögliche eine wirtschaftliche Wahrnehmung der Daseinsvorsorge durch die Kommunen. Die Bauleitplanung alleine könne dies nicht leisten. Maly: „Wir müssen das unwechselbare Weichbild der bayerischen Landschaft schützen. Was wir lieben, sollten wir weder mit Beton noch mit Asphalt zuschütten. Denn was in Beton steht, währt lange. Planungsfehler lassen sich nur schwer rückgängig machen, wenn sie einmal in Beton gegossen in der Landschaft stehen.“

Engere Spielräume

Mit Blick auf den Kampf der EU gegen die Staatsschuldenkrise meinte der Vorsitzende: „Auch die Kommunen werden die Auswirkungen des Fiskalpakts zu spüren bekommen.“ Während die deutsche Schuldenbremse auf Land und Bund wirkt, seien die Kommunen beim Fiskalpaket bei der Berechnung des gesamtstaatlichen Defizits mit einbezogen. „Somit werden die Handlungsspielräume von Bund, Ländern und Kommunen enger. Wenn der Fiskalpaket dem bayerischen Finanzminister Daumenschrauben ansetzt, ist schon jetzt absehbar, dass künftige Verhandlungen um den kommunalen Finanzausgleich in Bayern schwieriger werden – der Freistaat darf seine Kommunen nicht im Regen stehen lassen.“

Fiskalpaket

Die innerstaatliche Umsetzung des Fiskalpakts erfolgt laut Maly durch eine Verankerung einer

Euregio Egreensis:

Mitgliederversammlung und Preisverleihung

Eine durchweg positive Bilanz hat das kommunale Netzwerk Euregio Egreensis, die die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Bayern, Sachsen und Thüringen mit der Tschechischen Republik fördert, im Rahmen der Mitgliederversammlung der bayerischen Arbeitsgemeinschaft in Schwandorf gezogen.

Im Rahmen der über 50 Großprojekte des Ziel-3-Programms der Europäischen Union für die Zusammenarbeit im bayerisch-tschechischen Grenzraum, fließen bisher über 20 Mio. Euro in das bayerische Euregio-Gebiet. Zu den größten bisher genehmigten und zum Teil bereits umgesetzten Projekten gehören beispielsweise der grenzüberschreitende Brückenradweg Wunsiedel - Asch mit einem genehmigten Zuschuss auf bayerischer Seite in Höhe von ca. 2,5 Mio. Euro sowie das Umweltprojekt „Tropenhaus am Rennsteig“ im Landkreis Kronach mit einem genehmigten Zuschuss von etwa 3 Mio. Euro.

Dispositionsfonds

Darüber hinaus verwaltet die Euregio Egreensis den Dispositionsfonds für grenzüberschreitende Begegnungsprojekte, der ebenfalls aus dem Ziel-3-Programm Bayern-Tschechien gespeist wird. Seit 2008 wurden rund 230 Projekte in den Fonds eingepflanzt, die mit durchschnittlich ca. 6000 Euro bezuschusst wurden. Die Projekte können den Themenfeldern Bildung,

Obergrenze für das gesamtstaatliche Defizit (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherung) von maximal 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP): Gemessen am BIP für 2011 (2.570 Milliarden Euro) würde sich das zulässige strukturelle Defizit für den Gesamtstaat auf 12,85 Milliarden Euro belaufen.

Mehrere Vollbremsungen

Wie Maly hervorhob, „verbrauchen“ Bund, Länder und Gemeinden heuer aber insgesamt rund 47 Milliarden Euro Neuverschuldung. Der Fiskalpaket verlange also eine sofortige Senkung auf ein Drittel des jetzigen Werts. Wenn schon die Einhaltung der Schuldenbremse bereits unter günstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine Herausforderung sei, brauche es wenig Phantasie, sich auszumalen, „was uns erst nach den Wahlen in Bund und Bayern bevorsteht“: 2013 werde es nicht nur eine, sondern gleich mehrere Vollbremsungen bei der Aufstellung von Haushalten geben. Der Bund werde ebenso wie der Freistaat mit beiden Füßen auf die Bremse treten.

Vereinbarungen umsetzen

Die weiteren Versprechungen von Bund und Ländern - mehr Geld für kommunale Verkehrsprojekte, mehr Finanzierung von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren und die schrittweise Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung - seien aus Sicht der Kommunen grundsätzlich zu begrüßen. Maly: „Allerdings bleibt auch hier abzuwarten, wie und wann tatsächlich die Umsetzungen erfolgen. Bund und Freistaat müssen die Vereinbarungen schnell umsetzen, sonst haben die Kommunen und ihre Bürger das Nachsehen.“ DK

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Na, liebe Sabrina, wie fühlt man sich als Friedensnobelpreisträgerin? Ist es nicht schade, dass wir in Deutschland so im täglichen Kleinklein verstrickt sind, dass wir nicht einmal die Fähigkeit besitzen, kurz in freudiger Genugtuung innezuhalten.“ Mein Chef, der Bürgermeister, hatte mal wieder Lust auf eine Diskussion über Grundsätzliches.

Ich gebe zu, ich habe mich schon gefreut über die Entscheidung des Nobelpreiskomitees – für meinen Opa, der in den Ardennen gekämpft hat und dessen Schweigen mehr über den Schrecken dieser Zeit aussagte, als es Erzählungen gekonnt hätten. Und für den Bruder meiner Oma, der 1918 in Frankreich fiel, als sie noch ein kleines Mädchen war. Was hätten die beiden wohl dafür gegeben, in einem Europa zu leben, das im 68. Friedensjahr nur noch darum ringt, wie die immer engere Zu-



gar nicht mehr zu schätzen wissen. Und dafür, dass es ein einzigartiges Experiment ist, wird Europa beileibe nicht schlecht gemanagt.

Oder hat etwa einer Lust auf die Verkehrsfunkdurchsage „Acht Kilometer Stau am Grenzübergang Walserberg in beiden Richtungen wegen verzögerter Grenzabfertigung“? Will jemand auf seinen Lieblingswein aus

Spanien noch Zoll bezahlen?

Trotzdem haben sich die Politiker aller Couleur zu eher unemotionalen Zeichen der Freude über den Preis hinreißen lassen und die Medien fanden natürlich auch was zu kritisieren. „Eiapoia aus Oslo“ war eine der dümmsten Kommentarstellen und so mancher war so stark in seinem Lamentieren über die Staatsschuldenkrise gefangen, dass gar zu lesen war, auch der Preis könne Europa nicht retten. Nein, die meisten Medien sind nach wie vor fleißig damit beschäftigt herauszuarbeiten, was bei unseren europäischen Partnern so alles schief läuft.

Gut, wir sehen den Balken im Auge des Bruders, aber sehen wir die vielen Splitter in unserem? In Südeuropa gehen die Menschen auf die Straßen, weil sie ihren Wohlstand bewahren wollen (und sei es auf Pump). Bei uns gehen die Menschen auf die Straßen, weil sie keinen Wohlstand mehr erzeugen wollen. Wir sind gegen Bahnhofsneubauten, für Nachtflugverbote, gegen Startbahnen, gegen Autobahnebauten, gegen Stromtrassen und auch beim Thema zukunftsfähige Wasserstraßen sündigt nicht nur Hamburg mit dem Stopp der Elbvertiefung. Alle Parteien machen sich darüber Gedanken, wie man durch teure Korrekturen an der Rente die Beitragszahler von morgen nur ordentlich zusätzlich belasten könnte, um alle Reformfortschritte der vergangenen Jahre zu neutralisieren. Deutschland als Europas Musterknabe?

Mein Chef, der Bürgermeister, ist etwas verunsichert über mein heftiges Plädoyer – er kennt ja die Stimmung bei den Leuten. Deshalb schicke ich ihm ein Zitat des israelischen Präsidenten Jizchak Rabin aufs Handy: „Die Schmerzen des Friedens sind besser als die Qualen des Krieges.“

the Sabrina

Genugtuung über Friedensnobelpreis

sammenarbeit ausgestaltet und auf welcher Zeitschiene es umgesetzt wird? Vielleicht sind die beiden und alle anderen Opfer der mörderischen Bruderkriege Europas der vergangenen Jahrhunderte die wirklichen Preisträger.

Denn so richtig weiß man ja nicht, wer nun den Preis bekommen hat. Die Europäische Union als Rechtsgebilde sui generis, mehr als ein Staatenbund doch weniger als ein Bundesstaat? Ihre derzeitigen Repräsentanten? Ihre Gründer? Die 27 Einzelstaaten? Deren Völker? Und wenn es die Völker selbst wären (was ich gerechtfertigt finde, denn schließlich leitet sich jede Autorität von den Unionsbürgern ab), gilt es dann für alle gleich? Für die eurokritischen Briten ebenso wie für die europabegeisterten Balten?

Ernüchternd war die kalte Reaktion in Deutschland auf die Preisverleihung. Gut, eine Institution auszuzeichnen ist natürlich weniger greifbar als eine Person. Barack Obama hat damals Emotionen ausgelöst und steht heute mit leeren Händen da. Die EU kann von sich behaupten, aus einem von Grenzen durchzogenen und durch nationalen Hass vielfach gespaltenen Kontinent eine Rechts- und Wertegemeinschaft geformt zu haben, deren Vorteile heute für alle von uns so selbstverständlich sind, dass wir es

Tschechisch an. Außerdem vermitteln sie Kinderlieder und einzelne Wörter zu verschiedenen Themen.

Sprachbarrieren überwinden

Bei den neuen Kindern wird spielerisch versucht, die Sprachbarrieren zu überwinden. Dafür ist eine Erzieherin zuständig, die fließend beide Sprachen beherrscht und auch für den zusätzlichen Tschechisch-Sprachunterricht für die Vorschulkinder zuständig ist. Täglich wird der spielerische Umgang mit der tschechischen Sprache geprobt, so dass die Kleinen ihre Eltern schon beim Einkauf unterstützen können. Bei der Vermittlung der tschechischen Sprache sind sowohl Elemente aus der musikalischen Früherziehung als auch Erlebnis- und Waldtage fest eingeplant. Um ein selbstverständliches Miteinander der tschechischen und der deutschen Kinder zu fördern, finden viele gemeinsame Projekte in gemischten Gruppen statt.

Betreuung unter einem Dach

Euregio-Präsidentin Seelbinder erklärte, das Besondere am „Fuchsbau“ sei, dass deutsche und tschechische Kinder gemeinsam unter einem Dach betreut werden. Die Grenznahe mache es möglich. Schon seit 2001 bringen tschechische Eltern aus Hazlov, Franzensbad, Eger und Asch ihre Kinder täglich nach Schirnding.

Von praxisnahen Sprachkursen profitieren seit 2007 auch Eltern, Großeltern und Erzieher.

„Gegenseitige Vorurteile konnten in Schirnding abgebaut werden“, betonte Seelbinder. Dazu habe beigetragen, dass im Elternrat neben deutschen und tschechischen Mitgliedern auch die tschechischen Eltern vertreten sind. Erziehungswert sei auch das von den Eltern erarbeitete deutsch-tschechisch-türkische Kochbuch, hob Seelbinder hervor.

Gegenseitige Toleranz

Ihr böhmischer Amtskollege Frantisek Curka ergänzte, er sei überzeugt, dass die Kinder die Gewohnheit der gegenseitigen Kooperation, Toleranz und die Ablehnung von Vorurteilen ins Leben mitnehmen werden. Ergänzend meinte dazu der Präsident des Gemeinsamen Präsidiums der Euregio Egreensis, Plauens Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer: „Kinder sind der Mittelpunkt und die Zukunft unseres europäischen Hauses.“ DK

Kulmbach:

OB Schramm bestätigt

Der CSU-Politiker Henry Schramm bleibt Oberbürgermeister von Kulmbach. Mit 61,6 Prozent der Wählerstimmen siegte er gegen seinen SPD-Herausforderer Ingo Lehmann, der auf 33,6 Prozent der Stimmen kam und Grünen-Kandidat Hans-Dieter Herold mit 4,8 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei knapp 64 Prozent. DK

Bayerischer Verdienstorden:

Auszeichnung für Gerhard Preß

Zu den 74 Persönlichkeiten, die im Antiquarium der Residenz München von Ministerpräsident Horst Seehofer „als Zeichen ehrender und dankbarer Anerkennung für hervorragende Verdienste um den Freistaat Bayern und das bayerische Volk“ mit dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet wurden, zählten auch einige Kommunalpolitiker - darunter der Landrat des Landkreises Haßberge, Rudolf Handwerker, der Oberbürgermeister der Stadt Coburg, Norbert Kastner, der Altoberbürgermeister der Stadt Freising, Dieter Thalhammer sowie der Erste Bürgermeister der Stadt Rödental, Gerhard Preß.

Gerhard Preß, der eine Woche später einen weiteren Grund zur Freude hatte - er feierte seinen 65. Geburtstag -, „hat in seiner fast drei Jahrzehnte währenden Amtszeit als Bürgermeister die positive Entwicklung der Stadt Rödental entscheidend mitgeprägt“, heißt es in der Laudatio zur Verleihung des Bayerischen Verdienstordens. Mit großem persönlichem Engagement habe er viele Projekte und weit reichende Maßnahmen verwirklicht. Er habe sich „in außergewöhnlicher Weise um die Stadt Rödental und den Landkreis Coburg verdient gemacht“.

Hoher Sachverstand

Darüber hinaus habe er sich in einer Reihe regionaler und überregionaler Gremien mit hohem Sachverstand und Überzeugungskraft eingebracht, zum Beispiel als Kreisrat des Landkreises Coburg, als Vorstandsmitglied im Bayerischen Städtetag und seit 1992 beim Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV)

sowie seit 2008 als dessen Verbandsvorsitzender.

Das Wirken des Rödentaler Bürgermeisters sei herausragend und gehe weit über seine Pflichten hinaus. Er habe sich damit um seine oberfränkische Heimat und Bayern große Verdienste erworben.

Grundschulneubau

Rödental zählt heute rund 13.700 Einwohner und nimmt neben Neustadt und Bad Rodach eine herausragende Stellung im Landkreis Coburg ein. Preß' Motto lautet: „Suchet der Stadt Bestes.“ Danach handelt er im Sinne Rödental. Dafür stehen Projekte wie die Sanierung der Domäne Oeslau, die heute ein Schmuckstück ist, die Erhebung Rödental zur Stadt im Jahr 1988, der Neubau der Grundschule im Zentrum oder die 2012 eingeweihte Ortsumgehung. Insgesamt 14 kommunalpolitische Modellprojekte sind in Preß' bisheriger Amtszeit in Rödental gelaufen: von der Holzhaussiedlung in Spittelstein bis zu dem auf Bundesebene



Gerhard Preß (links) nach der Auszeichnung mit dem Bayerischen Verdienstorden durch Ministerpräsident Horst Seehofer

preisgekröntes Seniorenprojekt „Leben im Alter“.

Höhepunkt der Laufbahn

Rathauschef Preß hob hervor, er verstehe die Ehrung als Anerkennung seiner Arbeit, aber auch des gemeinsamen Wirkens von Stadtrat und Bürgern für die Fortentwicklung Rödental. „Die Ehrung mit dem Verdienstorden ist ein Höhepunkt meiner kommunalpoli-

tischen Laufbahn“, meinte Preß. Der Bayerische Verdienstorden ist durch das Gesetz über den Bayerischen Verdienstorden vom 11. Juni 1957 geschaffen worden. Das Malteserkreuz am weiß-blauen Band ist eine der höchsten Auszeichnungen, die der Freistaat zu vergeben hat. Die Zahl der lebenden Träger ist auf 2000 begrenzt. Derzeit sind es 1846 Frauen und Männer, die den Orden tragen dürfen. **DK**



Herzlich begrüßt wurde beim Treffen der schwäbischen Alt-Landräte im Schloss Höchstädt der frühere Günzburger Landrat und ehemalige Innenminister Dr. Bruno Merk (4. von links). Neben Dr. Merk (v. r.): Dr. Karl Voegelé, Landrat Leo Schrell, Bezirksvorsitzender Gebhard Kaiser, Regierungspräsident a. D. Ludwig Schmid, Hildegard Leifert und Dr. Eduard Leifert. **Bild: jdt**

Unterliezheim, Höchstädt und Dillingen:

Schwäbisches Altlandrätetreffen

Schwabens Altlandräte waren zu ihrem jährlichen Treffen einen Tag lang im Kreis Dillingen, bei viel gelobter Gastfreundschaft des Landkreises Dillingen mit Landrat Leo Schrell. Beim Auftakt im Landratsamt Dillingen betonte Schrell die bayern- und bundesweit beachtete und mehrfach preisgekrönte Entwicklung des Kreises und des Donautals.

Im Mittelpunkt der Rundfahrt standen Kirche und grüne Vorbildgemeinde Unterliezheim, das Schloss Höchstädt und der Goldene Saal in der einstigen Jesuiten-Universität Dillingen. Der Bezirksvorsitzende des Bayerischen Landkreistages, Landrat Gebhard Kaiser, freute sich über die Teilnahme von Innenminister a. D. Dr. Bruno Merk, Dr. Karl Voegelé (Augsburg), Dr. Theo Körner (Aichach-Friedberg), Dr. Hermann Haisch (Unterallgäu), Franz Josef Schick (Neu-Ulm), Dr. Eduard Leifert (Lindau) sowie von Regierungspräsident a. D. Ludwig Schmid.

Erste Station auf der Rundfahrt zu hervorragenden Sehenswürdigkeiten im Kreis Dillingen war die

Pfarr- und Wallfahrtskirche St. Leonhard Unterliezheim. Das einstige Klosterdorf, das in einer Urkunde aus dem Jahr 1026 erstmals erwähnt wurde, gehört mit seiner reichen künstlerischen Ausstattung des Gotteshauses zu den herausragenden Dorfkirchen in Bayern. Die Deckengemälde von Christoph Thomas Scheffler (1700 bis 1737) haben viele Bewunderer der „kleinen Schwester der Dillinger Studienkirche“.

Von großer Heimatliebe geprägt war die Führung durch den Organisten Alois Zengerle. Landrat a. D. Haisch überraschte seine Kollegen als Mitglied der Günztaler Alphornbläser mit dem klangvollen „Dank am Wegkreuz“ auf dem Alphorn. Eine besondere Freude hatten darüber in ihrer Heimat Unterliezheim Landrat Schrell und Persönlicher Referent Peter Hurler, der vielseitig ehrenamtlich engagiert ist, u. a. als Mesner und 2. Bürgermeister. Abgerundet wurden die positiven Eindrücke in Unterliezheim mit den alle drei Jahre stattfindenden inzwischen europaweit bekannten einzigartigen Rosenschauen mit der Bewirtung im hervorragenden „Klosterbräu“ der Familie Girstenbri.

Zwei weitere Höhepunkte waren Führungen im Schloss Höchstädt und im „Goldenen Saal“ der früheren Jesuiten-Universität Dillingen, dort begrüßt von Akademiedirektor Dr. Paul Olbrich und Martin Grober. Der Bezirksvorsitzende des Landkreistages, Gebhard Kaiser und Dr. Bruno Merk beteuerten beide: „Leo Schrell und der Kreis Dillingen waren besonders gute Gastgeber“. **jdt**

Vorschau auf GZ 21

- In unserer Ausgabe Nr. 21, die am 8. November 2012 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:
- EDV · IT · Kommunikation
 - Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
 - Kommunale Baupolitik
 - Dorferneuerung · Stadtsanierung
 - Gestaltung öffentlicher Räume

LIEFERANTEN - **GZ** - NACHWEIS

Abfallbehälter

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Bänke

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kommunale Energieberatung

Parkbänke

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Partner in Sachen Druck

Gemeindezeitungen · Wahldrucksachen · und vieles mehr

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (027 73) 82218
Telefon: (027 73) 82256 · www.hailo-professional.de

Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

Sportgeräte

Urkunden, Diplome, Zertifikate

Urkunden Atelier
Wertschätzung & Anerkennung
Urkunden für jeden Anlass
und Urkundenzubehör
www.urkunden-atelier.at

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 81 71) 93 07-13

Wartehallen/Außenmöblierungen

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

Weihnachtsbeleuchtung

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!